Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

175 Jahre Pflichtexemplarrecht der U(L)B Bonn

Tradler, Marion

Berlin, 2000

urn:nbn:de:hbz:5:1-72550

Visual Library

HL
CO
IV a-d

U4·2014/26
U4/2014/026

175 Jahre Pflichtexemplarrecht der U(L)B Bonn: zur Geschichte der Pflichtexemplargesetzgebung und der Pflichtexemplarverwaltung 1824-1999

Hausarbeit
zum postgradualen Fernstudium
„Wissenschaftlicher Bibliothekar“
am Institut für Bibliothekswissenschaft
der Humboldt-Universität zu Berlin

vorgelegt
von
Dr. phil. Marion Tradler
aus Bonn

UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK BONN

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK BONN

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG 4

1. Die Geschichte der Ablieferung von Pflichtexemplaren von ihren Anfängen bis 1844 6

2. Die Kabinettsorder vom 28.12.1824 und die Verleihung des Pflicht-exemplarrechts an die UB Bonn 9
   2.1. Der Ablieferungspflichtige 10
   2.2. Das Ablieferungsgut 12
   2.3. Das Ablieferungsverfahren 13

3. Die Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn von 1824-1944 14
   3.1. Die Ermittlung von Pflichtexemplaren 15
   3.2. Die Anforderung und Reklamation von Pflichtexemplaren 17
   3.3. Die „Sammelrichtlinien" für Pflichtexemplare 19
   3.4. Die Inventarisierung und Katalogisierung von Pflichtexemplaren 24

4. Die Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets der UB Bonn 1945 28

5. Die Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn von 1945-1962 31
   5.1. Der innere und äußere Wiederaufbau der UB Bonn nach 1944 31
   5.2. Die Anlage einer neuen Verleger-, Serien-, Zeitschriften-, Loseblatt- und Zeitungskartei 32
   5.3. Die Vorakzession und Akzession der Pflichtexemplare 34
   5.4. Der weitere Geschäftsgang 37
   5.5. Der Sondergeschäftsgang NR/ZNR 38

6. Die Aufhebung der Kabinettsorder 1961 und das Landespressegesetz von 1966 40

7. Die Rationalisierung der Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn zwischen 1976 und 1980 47
7.1. Der Sondergeschäftsgang für „minderwichtige" Literatur 48
7.2. Weitere Rationalisierungsmaßnahmen in der Pflichtstelle 50

8. Die Einengung des Sammelumfangs in den 80er Jahren 52

9. Das Pflichtexemplargesetz vom 8.6.1993 und die nochmalige Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets der U(L)B Bonn 54

10. Die Pflichtexemplarverwaltung in der U(L)B Bonn in den 90er Jahren 60

RÜCK- UND AUSBLICK 63
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 65
CHRONOLOGISCHE AUFSTELLUNG DER WICHTIGSTEN BEHANDELTEN GESETZE, VERORDNUNGEN, ERLASSE, VERFÜGUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN 66
LITERATURVERZEICHNIS 68
ANHANG 72

EINLEITUNG

Unter dem Freistück- oder Pflichtexemplarrecht versteht man die durch Rechtsvorschriften geregelte Ablieferung von Druckerzeugnissen an Bibliotheken oder Archive[1]. Während früher die Bezeichnung Freiexemplare oder Freistücke[2] bevorzugt wurde, spricht man heute zumeist von Pflichtexemplaren, da die abzuliefernden Druckerzeugnisse nicht immer unentgeltlich abzugeben sind[3]. Zweck der Pflichtexemplarablieferung ist es, die literarischen Erzeugnisse einer Region den kulturell und wissenschaftlich Interessierten möglichst geschlossen zugänglich zu machen und zukünftigen Generationen einem umfassenden Eindruck vom geistigen Schaffen früherer Epochen zu vermitteln[4].

Die Universitätsbibliothek Bonn ist seit 1824 im Besitz des Pflichtexemplarrechts. 1993 wurde ihr als Anerkennung ihrer Verdienste um das Pflichtexemplarswesen die Bezeichnung „Universitäts- und Landesbibliothek" zuerkannt. Im Folgenden soll zum einen die Geschichte der das Pflichtexemplarrechts der U(L)B Bonn begründenden Gesetzgebung behandelt werden – war die Pflichtexemplarregelung von 1824 noch Teil eines Zensurgesetzes[5], so handelt es sich bei dem heute gültigen Pflichtexemplargesetz von 1993 um ein eigenständiges Gesetz[6], das infolge seiner Selbständigkeit dem kulturpolitischen Zweck der Pflichtexemplarabgabe sehr viel gerechter wird als die in die Zensurgesetzgebung verflochtene Regelung. Zum anderen soll die Geschichte der Pflichtexemplarverwaltung in der U(L)B Bonn behandelt werden. Diese ist insofern interessant, als sich in der U(L)B Bonn Sondergeschäftsgänge für einen Teil der Pflichtexemplare herausbildeten und außerdem bis 1999 eine Pflichtstelle existierte, in der sämtliche Pflichtexemplare, also Monographien, Fortsetzungen, Zeitschriften, Zeitungen, Loseblattsammlungen u.s.w. inventarisiert wurden – in den beiden anderen nordrhein-westfälischen Pflichtexemplarsbibliotheken hingegen, den Universitäts- und Landesbibliotheken Düsseldorf und Münster, waren und sind Sondergeschäftsgänge für die Inventarisierung von Pflichtexemplaren ebenso unbekannt wie eine sämtliche Akzessionsarbeiten verrichtende Pflichtstelle[7].

---

[1] H. Treplin – H. Kirchner in: Handbuch der Bibliothekswissenschaft II (^{2}1961) 788.

[2] Ebenda; der Begriff „Freiexemplare" findet sich häufig im 19. Jh., wie z. B. im Reichspressegesetz von 1873, die Bezeichnung „Freistücke" wurde im Dritten Reich im Rahmen der bewußten Vermeidung von Fremdwörtern bevorzugt (M. Stois, ZfB 54, 1937, 315).

[3] s. u. 42f. 58f.

[4] So das BverfG am 14.7.1981, als es entschied, daß die kostenlose Pflichtabgabe in der Regel nicht gegen das Grundgesetz verstößt, s. u. 58f.

[5] s. u. 9f.

[6] s. u. 54f.

[7] Pflichtmonographien wurden und werden hier also in der Monographienakzession inventarisiert, Pflichtzeitschriften in der Zeitschriftenstelle.

Die vorliegende Arbeit endet mit dem Jahr 1999, als die Pflichtstelle der ULB Bonn im Zuge der Einführung des integrierten Geschäftsgangs mit SIERA aufgelöst wurde. Denn die deutlichen Unterschiede der Erwerbungssysteme „SIERA-Monographien" und „SIERA-Zeitschriften" ließen es ratsam erscheinen, Zeitschriften, Zeitungen und zeitschriftenartige Reihen aus dem Pflichtbereich zukünftig in der Zeitschriftenstelle zu bearbeiten, Monographien hingegen in einer „Restpflichtstelle", bestehend aus drei Pflichtinventarisierern und einem Katalogisierer[8].

[8] Die Verf. dieser Hausarbeit ist seit 1990 in der U(L)B angestellt, und zwar war sie von 1990-1993 als studentische Hilfskraft tätig, von 1993-1996 als Halbtagskraft und seit 1997 als Ganztagskraft. Von Januar 1993 – April 1999 inventarisierte sie „wichtige" Pflichtmonographien, seit Mai 1999 bearbeitet sie die Pflichtzeitschriften.

1. Die Geschichte der Ablieferung von Pflichtexemplaren von ihren Anfängen bis 1824

Das Pflichtexemplarrecht basiert in seiner heutigen Form auf einer langen Entwicklung, die bereits kurz nach der Erfindung des Buchdrucks im 15. Jh. mit der Ausbreitung des gedruckten Schrifttums in ganz Europa begann[9]. Ursache für die gesetzlich geregelte Pflichtablieferung von Druckerzeugnissen waren jedoch in den Anfängen nur ausnahmsweise kulturpolitische Überlegungen, die die Abgabe von Sammel- bzw. Bibliotheksexemplaren zum Gegenstand hatten[10]. Der gesetzlich geregelte Anspruch des Staates auf Freistücke gründete zunächst fast ausschließlich im Zensur- und Privilegienwesen – die vorgelegten Zensur- und Privilegienexemplare wurden jedoch bisweilen nach entsprechender Bearbeitung durch die Zensur- bzw. Privilegienbehörde an Bibliotheken weitergeleitet. Darüber hinaus war in einigen Zensur- und Privilegiengesetzen auch die Abgabe von Pflichtexemplaren an Bibliotheken geregelt[11].

Zensurexemplare lassen sich bereits für die 80er Jahre des 15. Jhs. nachweisen: 1486 erließ der Mainzer Erzbischof Berthold von Henneberg das früheste gegen die Verbreitung unliebsamer *Druck*schriften[12] gerichtete Zensurgesetz innerhalb des deutschen Reiches. Es sah eine Präventivzensur vor, d. h. das Manuskript war dem Zensor vor dem Druck zwecks Überprüfung vorzulegen. Später mußte die Bescheinigung über die erfolgte Zensur sowie der Name des Zensors am Anfang des Werkes abgedruckt werden. Der Zensor bzw. das Zensurkollegium erhielten nach Fertigstellung des Druckes ein oder mehrere Exemplare des Werkes, um nachträgliche Änderungen im Text ausfindig machen zu können[13].

Der Mainzer Erzbischof erließ das genannte Zensurgesetz in seiner Eigenschaft als geistlicher Oberhirte, nicht als Kurfürst[14]. Weltliche Präventivzensur begegnet erstmalig im Wormser Edikt vom 26.5.1521, in dem ein Verbot der Werke Luthers ausgesprochen und für alle anderen Schriften theologischen Inhalts die Vorzensur angeordnet wurde[15].

Privilegienexemplare lassen sich ebenso wie Zensurexemplare seit dem späten 15. Jh. nachweisen. Da bis zum Ende des 18. Jhs. noch kein genereller Schutz des geistigen Eigentums,

---

[9] H. Kaspers, Börsenblatt 17, 1961, 373; zur Entwicklung außerhalb des Deutschen Reiches: J. Franke, Die Abgabe der Pflichtexemplare von Druckerzeugnissen (1889) 46ff. 98ff. 156ff.

[10] Ebenda. – Zur „Ordonnance von Montpellier" Franz I. von Frankreich, durch die bereits 1537 aus kulturpolitischen Erwägungen heraus die Abgabe von Bibliotheksexemplaren angeordnet wurde, s. u. Anm. 18

[11] Franke a.O. 1ff.; Kaspers a. O. 374; W. Raub, 160 Jahre Pflichtexemplare für Bonn und Münster (1984) 11ff.

[12] D. Breuer, Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland (1982) 23f. – Zu Zensurbestimmungen hinsichtlich handschriftlich verbreiteter Texte, die z. B. bereits die römischen Zwölftafelgesetze enthielten: Franke a.O. 8f. – Daß gerade der Mainzer Erzbischof die frühesten Zensurgesetze gegen unliebsame Druckschriften erließ, ist insofern verständlich, als Mainz, die Stadt Gutenbergs, über die fortschrittlichsten Druckereien verfügte: Breuer a.O. 23.

[13] Raub a.O. 11; W. Wüst, Censur als Stütze von Staat und Kirche in der Frühmoderne (1998) 43.

[14] Breuer a.O. 23.

also noch kein Urheberrechtsschutz bestand, wurde dem Verleger oder Drucker ein staatliches, d. h. kaiserliches oder landesherrliches, Privileg erteilt[16], das zur alleinigen Herstellung und Verbreitung bestimmter Werke ermächtigte und vor Nachdruck schützte. Als Gegenleistung für die Verleihung des Privilegs wurden Freiexemplare der Druckerzeugnisse gefordert – so etwa in Sachsen seit 1612 bis zu 20 Exemplare aller privilegierten Bücher, von denen jeweils ein Stück der kurfürstlichen Bibliothek zugute kommen sollte[17].

Eine Pflichtablieferung von Druckerzeugnissen aus ausschließlich kulturpolitischen Gründen, also die Abgabe von Bibliotheksexemplaren, die nach dem Fortfall der Zensur und des Privilegienwesens im 19. Jh. die einzige in Deutschland noch existierende Form der Pflichtablieferung darstellt, wurde erstmals 1527 in Frankreich durch die „Ordonnance von Montpellier" Königs Franz I. angeordnet[18]. Eine der frühen Regelungen innerhalb des deutschen Reiches, die im Sinne des heutigen Pflichtexemplarrechts die unentgeltliche Ablieferung von Pflichtexemplaren aller Druckartikel an die Hofbibliothek in München vorschrieb, war eine bayrische Verfügung vom 12.12.1663[19]. In Preußen wurde durch einen Erlaß vom 26.10.1699 die Abgabe von jeweils zwei Exemplaren aller „in unseren Landen ausgehenden Büchern"[20] angeordnet. Das erste Exemplar sollte der Königlichen Bibliothek in Berlin zukommen, das zweite Exemplar Tauschzwecken dienen. Der Erlaß fand jedoch bei den Ablieferungspflichtigen ein nur so geringes Gehör, daß ihm innerhalb der nächsten 90 Jahre zwölf weitere Verfügungen folgten[21]. Am 28.9.1789 schließlich erging ein „Rescript wegen der zur Königl. Bibliothek von den Buchführern und Buchdruckern abzuliefernder Bücher"[22]. Letzteres ist insofern interessant, als es im Gegensatz zu der das Pflichtexemplarrecht der UB Bonn begründenden preußischen Kabinettsorder vom 28.12.1824, die äußerst knapp gehalten ist, genauere Angaben zum Sinn und Zweck der Pflichtexemplarabgabe, den Kreis der Ablieferungspflichtigen, die Beschaffenheit des Ablieferungsgutes sowie die Ablieferungstermine machte[23]: die Königliche Bibliothek in Berlin sollte mit Hilfe des Pflichtexemplarzwangs zu einer „Sammlung aller im Lande ans Licht tretenden Bücher und Schriften"[24] gestaltet werden. Abliefe-

---

[15] U. Eisenhardt, Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1970) 24ff.

[16] Kaspers a. O. 374; Raub a.O. 11f. – Zum Nebeneinander von kaiserlichem und landesherrlichem Bücherregal: U. Eisenhardt a.O. 9.

[17] Raub a.O. 12

[18] Franke a.O. 94; Kaspers a.O. 373f.; Raub a.O.12. – In der Ordonnance heißt es: „secundo, in graecis, quae ipse primus in lucem edet, singula exemplaria ex singulis editionibus, in nostram bibliothecem inferet: ut, si qua calamitas publica literas inclementius afflixerit, hinc liceat posteriati librorum jacturam aliqua ex parte sarcire".

[19] H. Kirchner, Bibliotheks- und Dokumentationsrecht (1981) 179f.

[20] Franke a.O. 40; Raub a.O. 12.

[21] Raub a.O. (Anm. 11) 14.

[22] NCC 8, 1791, 239ff.

[23] Ebenda; Franke a.O. (Anm. 9) 43; Raub a.O. (Anm. 11) 15.

[24] Franke a.O. (Anm. 9) 43.

rungspflichtig waren die Verleger bzw. die Drucker, wenn sie als Selbstverleger auftraten oder „auf andere, als der Buchführer Unkosten„[25] druckten, d. h. wenn sie für andere Selbstverleger oder nichtpreußische Verleger arbeiteten[26]. Das in zwei Exemplaren abzuliefernde Ablieferungsgut umfaßte alles, was „für die Buchführer oder Drucker einen Gegenstand des Verlags und Handels ausmachen“[27] – als Ausnahmen wurden jedoch Leichenpredigten, Gelegenheitsgedichte und Schulprogramme genannt. Geliefert werden mußte bis jeweils 14 Tage nach der Oster- bzw. Michaelismesse in Leipzig, der Lieferung hatte ein Verzeichnis der eingesandten Bücher in doppelter Ausfertigung beizuliegen, wobei eines mit Quittung der Bibliothek zurückgesandt wurde[28]. Kamen Verleger bzw. Drucker ihrer Ablieferungspflicht nicht rechtzeitig nach, so war neben der Nachlieferung „eine bis auf den doppelten Ladenpreis willkürlich zu bestimmende Geldstrafe zum Besten der Bibliothekskasse“[29] zu leisten.

Das Reskript von 1789, das ausführlichste Pflichtexemplargesetz, das in Preußen jemals erlassen wurde, wurde bereits 1819 außer Kraft gesetzt – interessanterweise wurde es Opfer der Zensur[30]. Am 20.9.1819 erließ nämlich König Friedrich Wilhelm III. eine neue, auf fünf Jahre befristete Verordnung über die Zensur, der entsprechend einem Beschluß des deutschen Bundes alle Schriften unterworfen sein sollten. In § 15 dieser Zensurverordnung hieß es, daß Verleger und Drucker „zu keiner Entrichtung für Zensurgebühren, auch von Bekanntmachung gegenwärtiger Zensur-Vorschrift an, zu keiner Ablieferung von irgendeinem Frei-Exemplar an eine Bibliothek verbunden“[31] seien. Verlegern und Druckern sollte also vermutlich die neue, verschärfte Zensur durch das Entgegenkommen, keine Bibliotheksexemplare mehr abliefern zu müssen, erträglicher gemacht werden[32].

Dem Reskript von 1789 folgte am 28.12.1824 eine Kabinettsorder, die inmitten neuer Zensurbestimmungen die Verpflichtung zur Lieferung von Bibliotheksexemplaren in Preußen wieder einführte und die, da durch sie die Verleihung des Pflichtexemplarrechts an die neugegründete UB Bonn erfolgte, im folgenden ausführlich behandelt werden soll[33].

---

[25] Ebenda.
[26] Ebenda.
[27] Ebenda.
[28] Ebenda.
[29] Ebenda.
[30] Raub a.O. (Anm. 11) 15. – Normalerweise profitierten Bibliotheken eher von der Zensur, s. o. 6
[31] Ebenda.
[32] Raub a.O. 16.

2. Die Kabinettsorder vom 28.12.1824 und die Verleihung des Pflichtexemplarrechts an die UB Bonn

Durch die „Allerhöchste Kabinettsorder vom 28sten Dezember 1824, über einige näher die Zensur betreffende Bekanntmachungen“[34] wurde in Preußen die Verpflichtung zur Lieferung von Bibliotheksexemplaren wiedereingeführt. § 5 der ansonsten ausschließlich zensurrechtliche Bestimmungen enthaltenden Kabinettsorder besagt, daß „jeder Verleger wiederum schuldig seyn soll, zwei Exemplare jedes seiner Verlagsartikel, und zwar das eine an die große Bibliothek hieselbst, das andere an die Bibliothek der Universität derjenigen Provinz, in welcher der Verleger wohnt, unentgeltlich einzusenden“[35]. Neu gegenüber früheren preußischen Pflichtexemplarregelungen war, daß erstmals zwei empfangsberechtigte Bibliotheken genannt wurden, nämlich die „große Bibliothek hieselbst“, also die Königliche Bibliothek in Berlin, sowie die Universitätsbibliothek derjenigen Provinz, in der der „Verleger wohnt“[36].

Nachdem Preußen nach dem Sieg über Napoleon am 8.2.1815 die Rheinlande zugesprochen worden waren, wurde durch eine königliche Order vom 30.4.1815 eine Verwaltungsreform eingeleitet, nach der ganz Preußen in zehn Provinzen eingeteilt wurde. Die neu gewonnenen rheinischen Gebiete bildeten zunächst zwei Provinzen, nämlich die Provinz Großherzogtum Niederrhein, bestehend aus den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Aachen sowie der Provinz Jülich-Kleve-Berg, bestehend aus den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf und Kleve. 1822 wurden jedoch die beiden rheinischen Provinzen zu einer einzigen Provinz vereinigt, für die sich ab ca. 1830 der Name „Rheinprovinz“ einbürgerte[37]. Sitz der einzigen Universität der Rheinprovinz war Bonn[38] - hier hatte bereits zwischen 1786 und 1798 eine kurfürstliche Hochschule bestanden, die jedoch ebenso wie die sehr viel ältere Kölner Universität in der Zeit der französischen Besetzung des Rheinlandes aufgelöst wurde[39]. Nachdem Preußen bereits im Besitzergreifungspatent vom 1.4.1815 die Gründung einer neuen rheinischen Hochschule versprochen hatte, entschloß sich Friedrich Wilhelm III. 1818 für die Neugründung der Bonner Universität, da bei einer Neugründung der traditionsreichen Kölner Univer-

---

[33] GS 1825, 2f. (= Anhang 1).
[34] Ebenda
[35] Ebenda.
[36] Ebenda; Franke a.O. (Anm. 9) 123; Raub a.O. (Anm. 11) 17.
[37] Raub a.O. (Anm. 11) 17.
[38] A. Oppenhoff, Heimatjahrbuch Kreis Ahrweiler 48, 1991, 98ff.; Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon ([1]1993) 324 s. v. Provinzialverwaltung (H.-J. Behr).
[39] W. Erman, Geschichte der Bonner Universitätsbibliothek (1919) 6. 8; M. Braubach, Kleine Geschichte der Universität Bonn (ca. 1951) 9f.

sität eine für den protestantischen Staat zu stark katholische Ausrichtung des Lehrbetriebes zu befürchten gewesen wäre[40].

Durch die Kabinettsorder vom 28.12.1824 wurde das Pflichtexemplarrecht der Universitätsbibliothek der neuerrichteten Bonner Hochschule begründet. Es umfaßte ein Gebiet von Wesel im Norden bis Saarbrücken im Süden und vom Oberbergischen Land im Osten bis nach Aachen im Westen[41]. Die Kabinettsorder von 1824 sollte bis zum 31.12.1961 in Kraft bleiben, wenn auch seit 1945 lediglich für ein auf den nordrhein-westfälischen Teil der preußischen Rheinprovinz reduziertes Gebiet[42]. Nachdem nämlich § 1-4 und § 6 der Kabinettsorder durch die Aufhebung der Zensur am 17.3.1848 außer Kraft gesetzt worden waren, bestätigten eine Verordnung vom 30.6.1849 sowie das preußische Pressegesetz vom 12.5.1851 die weitere Gültigkeit von § 5 der Kabinettsorder[43]: „an der bisherigen Verpflichtung des Verlegers, zwei Exemplare seiner Verlagsartikel (...) unentgeltlich einzusenden, wird nichts geändert“[44].

Der nur aus einem Satz bestehende, die Pflichtablieferung begründende § 5 der Kabinettsorder war nicht nur kurz, sondern auch derart unpräzise, daß er in den folgenden Jahrzehnten durch Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen, Erlasse und Gerichtsurteile mühsam interpretiert werden mußte[45]. Im folgenden soll auf die durch die Knappheit von § 5 aufgeworfenen Kernprobleme eingegangen werden, nämlich den Kreis der Ablieferungspflichtigen, den Umfang des Ablieferungsgutes sowie das Ablieferungsverfahren.

2. 1. Der Ablieferungspflichtige

Als Träger der Ablieferungsverpflichtung nennt die Kabinettsorder von 1824 lediglich den Verleger – ob hiermit lediglich gewerbliche Verleger oder auch Selbstverleger gemeint waren, blieb unklar. Deshalben erging bereits am 1.3.1826 folgende vom Ministerium in Berlin „für nöthig erachteten näheren Festsetzungen“[46]: „Es kann zwar keinem Zweifel unterworden seyn, daß, wenn ein inländischer [=preußischer] Schriftsteller Selbst-Verleger einer von ihm verfaßten Schrift ist, er selbst auch für dir richtige Ablieferung des (...) Frei-Exemplars einstehen und dafür Sorge tragen muß. Nicht minder aber ist er hierzu verpflichtet, wenn er selbst auch nicht die Druckkosten des Werkes getragen hat, sondern diese von einem Andern

[40] Braubach a.O. 10; E. Ennen, Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt ([4]1985) 200.
[41] S. Anhang 2f.
[42] Raub a.O. (Anm. 11) 17; E. Will, Die Abgabe von Druckwerken an öffentliche Bibliotheken (1955) 17; s. auch u. 28f. 40.
[43] Franke a.O. (Anm. 9) 125.
[44] Ebenda.
[45] Erman a.O. 116f.; Raub a.O. (Anm. 11) 17f.
[46] Franke a.O. (Anm. 9) 129. 219 Anlage b; Raub a.O. (Anm. 11) 181.

bestritten sind. Ist der Selbst-Verleger der Schrift ein Auswärtiger, so muß der inländische Buchdrucker, welcher dieselbe gedruckt hat, für die richtige Ablieferung des Freiexemplars sorgen“[47] .

In der Kabinettsorder von 1824 ungenannt blieben die Drucker als Ablieferungspflichtige. Doch bereits die eben zitierten „näheren Festsetzungen“ des Königlichen Ministeriums in Berlin von 1826 nannten den Drucker als ablieferungspflichtig, sofern er für nichtpreußische Verleger arbeitete. Daß hier lediglich nichtpreußische Selbstverleger, nicht aber gewerbliche Verleger genannt wurden, lag im Gesamtzusammenhang begründet – die „näheren Festsetzungen“ nahmen nur zu strittigen Fragen hinsichtlich der Selbstverleger Stellung[48]. Für die folgenden Jahrzehnte eindeutig geklärt wurde die Frage nach der Ablieferungspflicht der Drucker erst durch eine Zirkularverfügung vom 25.2.1840, in der „die inländischen (...) Buchdruckereibesitzer (...) zur Einsendung der Pflichtexemplare von den von ihnen verlegten oder für ausländische Buchhändler oder gedruckte Bücher oder Zeitschriften“[49] aufgefordert wurden. Nachdem jedoch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jhs. immer stärker über den Sinn und die Berechtigung der Pflichtexemplare reflektiert wurde[50], sie also nicht mehr wie bisher in erster Linie als Mittel der Bereicherung von Bibliotheken angesehen wurden[51], kamen immer stärkere Zweifel auf, ob die Ablieferungspflicht der preußischen Drucker für außerhalb Preußens erschienene Werke mit dem Zweck des Pflichtexemplars zu vereinbaren sei[52] - zumal man sich bereits 1888 „einig darüber [war], daß der zur Ablieferung Pflichtige nur der buchhändlerische Verleger oder Selbstverleger, kurzum der Besitzer des Schriftwerkes, nicht der Hersteller, der Drucker desselben, sein könne“[53]. Infolgedessen verwundert es nicht, daß am 5.4.1928 eine Entscheidung des III. Senats des Preußischen Oberverwaltungsgerichtes erging, die die Ablieferungspflicht des Druckers als aufgegeben erklärte[54].

In der Kabinettsorder von 1824 ebenfalls nicht genannt waren die Kommissionsverleger. Infolgedessen weigerte sich etwa der Bonner Verleger und Buchhändler Habicht 1834, Kommissionsartikel an die UB Bonn abzuliefern, da „die (...) Schriften, wovon jetzt Frey-Exemplare verlangt würden, nicht sein, sondern fremder Verleger Eigenthum seyen, und daß er sich mithin umso weniger verbunden glaube dieselben abzuliefern, da die bezogene Aller-

---

[47] Franke a.O. (Anm. 9) 219 Anlage b.
[48] Ebenda.
[49] MiV 1, 1840, 93f.; Raub a.O. (Anm. 11) 20.
[50] s. u. 21ff.
[51] s. o. 21.
[52] Als Sinn des Pflichtexemplarrechts wurde nämlich die Sammlung, Aufbewahrung, Erschließung und Bereitstellung der *innerhalb* einer Region erschienenen Literatur erkannt – Raub a.O. (Anm. 11) 21; W. Krieg, Landesbibliotheksaufgaben in Nordrhein-Westfalen (1979) 5.
[53] O. Hartwig, Bericht über die einheitliche Regelung des Pflichtexemplarwesens (1888) 12 – ein Exemplar des als Handschrift gedruckten Berichts befindet sich in Akte IV a der ULB Bonn.

höchste Kabinettsorder nur vom Verlags-, nicht aber vom Commissions-Artikeln rede“[55]. Auf Veranlassung des damals in Bonn als Oberbibliothekar amtierenden Altphilologen Friedrich Gottlieb Welcker wandte sich der Bonner Universitäts-Kurator Joseph von Rehfues an das Kölner Regierungspräsidium. Letzteres erwiderte in einer durchaus abgewogenen Entscheidung, der Kommissionsverleger habe nur dann Pflichtexemplare abzuliefern, wenn das Werk im Ausland verlegt worden sei und der mit der Kommission beauftragte inländische Verleger auf dem Titelblatt genannt sei. Sollten aber sowohl Verleger als auch Kommissionsverleger in Preußen ansässig sein, so sei nur der Verleger zur Ablieferung von Pflichtexemplaren heranzuziehen[56].

2.2. Das Ablieferungsgut

Auch hinsichtlich des Ablieferungsgutes waren infolge der Knappheit von § 5 der Kabinettsorder, der allgemein von „Verlagsartikeln“ sprach, zahlreiche weitere Ergänzung- und Ausführungsbestimmungen nötig. Bereits am 29.3.1825 erging eine Verfügung des Königlichen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, nach der nicht nur Monographien, sondern auch Zeitschriften und Zeitungen ablieferungspflichtig seien[57]. Nach einer weiteren Verfügung desselben Ministeriums vom 24.12.1839 unterlagen auch veränderte und unveränderte Neuauflagen sowie Sonderdrucke, sofern sie vom Verlag wie selbständige Schriften vertrieben wurden, der Ablieferungspflicht[58]. Landkarten und Druckgraphiken waren nach einer Kabinettsorder vom 12.3.1847 abgabepflichtig, wenn sie in „Begleitung eines gedruckten Textes, gleichviel von welchem Umfang und welcher Bedeutung“[59] erschienen. Nach einer Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 15.8.1895 schließlich waren auch von Musikalien, d.h. von Notendrucken, Pflichtexemplare abzuliefern[60].

Erschien ein Werk in verschiedenen Ausstattungen, „z. B. auf Druck- und Schreib oder Velin-Papier, ohne Kupfer und Karten, und mit denselben (...), so muß immer ein Exemplar der besten und vollständigsten Ausgabe (...) unentgeltlich abgeliefert werden; Pracht- und Präsentexemplare auf dickem und steifem Papier jedoch ausgenomen“[61].

---

[54] Raub a.O. (Anm. 11) 21.
[55] Akte IV c der ULB Bonn.
[56] Ebenda ; Raub a.O. (Anm. 11) 19f.
[57] Raub a.O. 23.
[58] Franke a.O. (Anm. 9) 129f.
[59] MiV 8, 1847, 257; Franke a.O. (Anm. 9) 222 Anlage a.
[60] Raub a.O. (Anm. 11) 26.
[61] Franke a.O. (Anm. 9) 219 Anlage b.

Hinsichtlich des Ablieferungsgutes sei abschließend angemerkt, daß gemäß einer Anordnung des Innenministers von 1821 sämtliche seit 1816 erschienene Amtsblätter der rheinischen Regierungsbezirke kostenlos an die UB Bonn abzuliefern waren[62]. Durch mehrere Verwaltungsverordnungen der preußischen Ministerien vom 21.6., 9.7., 18.8., 30.8. und 4.9.1907 wurde die UB Bonn sogar Sammelstelle aller Amtsdrucksachen der Rheinprovinz[63], d. h. aller von Behörden oder öffentlich-rechtlichen Stellen herausgegebenen Druckerzeugnisse periodischer oder nichtperiodischer Art[64].

2.3. Das Ablieferungsverfahren

Hinsichtlich des Ablieferungsverfahrens besagt die Kabinettsorder von 1824, daß die Verlagsartikel „unentgeltlich abzuliefern" seien – der Ablieferungspflichtige hatte Pflichtexemplare folglich kostenlos abzugeben und darüber hinaus die Versandkosten zu tragen[65]. Über den Zeitpunkt der Ablieferung bestimmte die Kabinettsorder nichts. Nach einem ministeriellen Erlaß vom 1.3.1826 jedoch hatte die Ablieferung der Neuerscheinungen bis spätestens vier Wochen nach der Oster- bzw. Michaelismesse zu erfolgen[66]. Für Zeitschriften und Zeitungen wurde der Erlaß von 1826 insofern modifiziert, als einzelne Stücke, sofern es die Bibliotheksverwaltung wünschte, sogleich nach Erscheinen abzuliefern waren, alle übrigen Titel erst am Ende des Jahres in vollständigen Jahrgängen abgegeben werden mußten[67]. Die genannten Lieferfristen wurden, solange die Kabinettsorder von 1824 gültig war, nicht gesetzlich neu festgelegt[68] – auch wenn z. B. bereits 1888 Otto Hartwig in einem Gutachten zum Pflichtexemplarwesen feststellte, daß „die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über die Ablieferungsfristen (...) antiquiert (...) sind. Es giebt z. B. gar keine Michaelismesse mehr. Die weitgesetzten Fristen haben auch zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt (...). Davon ganz zu schweigen, daß das Nichtvorhandensein eines in Preußen verlegten Buches durch ein Jahr hin zu den unangenehmsten Beschwerden und Klagen auf den betreffenden Bibliotheken geführt hat (...). Es ist deshalb darauf zu bestehen, daß, wie in anderen Ländern, die Pflichtexemplare unmittelbar nach dem Erscheinen des Buches oder der Lieferung der betreffenden

---

[62] Erman a.O. (Anm. 39) 119.
[63] Abschriften der Verwaltungsverordnungen in Akte D/1 der ULB Bonn.
[64] Kirchner a.O. (Anm. 12) 197.
[65] Raub a. O. (Anm. 11) 28.
[66] MiV 8, 1847, 85f.; Franke a.O. (Anm. 9) 131.
[67] Bekanntmachung des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 24.12.1839, Franke a.O. (Anm. 9) 131. 217 Nr. 1.
[68] Raub a.O. (Anm. 11) 31.

Zeitschrift, etwa acht Tage also nach der officiellen Anzeige des Buches selbst direkt an die zum Empfang berechtigten Bibliotheken zu liefern sind“[69].

Über Zwangsmaßnahmen gegenüber lieferungsunwilligen Verlegern besagt die Kabinettsorder wiederum nichts. Am 11.2.1847 erging jedoch eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, nach der „diejenigen Verleger von Druckschriften, welche ihrer gesetzlichen Verpflichtung nicht unerinnert nachkommen, zu gewähren haben, daß diejenigen Verlags-Artikel, von denen die Freiexemplare nicht spätestens binnen 3 Monate nach Ablauf des Jahres der Herausgabe an die betreffenden beiden Bibliotheken eingesendet sind, unverzüglich im Weg des Buchhandels angekauft und die Kosten des Ankaufs von den Säumigen eingezogen werden“[70].

3. Die Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn von 1824-1944

Aussagen zur Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn von 1824-1944 müssen leider lükkenhaft bleiben, da die bis 1944 im Ostflügel des ehemaligen kurfürstlichen Residenzschlosses untergebrachte Universitätsbibliothek infolge eines Bombenangriffs am 18.10.1944 bis auf die Grundmauern niederbrannte[71]. Zerstört wurden ca. 25% des Gesamtbestandes, nämlich fast 200000 von insgesamt etwa 780000 Bänden. Hierbei handelte es sich einerseits um Werke, die nicht ausgelagert worden waren, da sie als für den Lehrbetrieb unbedingt notwendig erachtet wurden[72], andererseits um Schriften, deren Wert als zu gering angesehen wurde, um sie an einen sicheren Ort zu verbringen, nämlich die gesamte Abteilung „RV“ (= „Rheinische Verlage“) – letztere bestand aus Pflichtexemplaren „ohne wissenschaftlichen Wert“[73], die, wie im folgenden noch gezeigt werden soll, einen verkürzten Geschäftsgang durchlaufen hatten und in einem Sonderraum des Magazins nach der laufenden Nummer unter dem Oberbegriff „RV“ aufgestellt waren[74].

Neben dem hohen Bestandsverlust war auch die Zerstörung des gesamten Verwaltungsapparates mit sämtlichen Karteien sowie einem Teil der Akten[75], des ca. 200 Foliobände umfas-

---

[69] O. Hartwig, Bericht über die einheitliche Regelung des Pflichtexemplarwesens (1888) 17.
[70] Franke a.O. (Anm. 9) 218f. Nr. 2
[71] Chronik 65, 1949/50, 111; C. Schürfeld, Die Universitätsbibliothek Bonn 1921-1968 (1974) 15f.
[72] Schürfeld a. O. 62; es handelte sich insbesondere um Werke zur Rechts- und Staatswissenschaft, klassischen Philologie, Geschichte, Philosophie, Pädagogik und Geographie – die Abteilungen moderne Literatur, Theologie, Mathematik, Astronomie, Technik und Medizin hingegen waren ausgelagert worden und blieben infolgedessen unzerstört.
[73] Chronik 35, 1910, 80.
[74] Ebenda; Schürfeld a.O. 34f.
[75] Chronik 65, 1949/50, 111.

senden Realkataloges[76] sowie des Zeitschriften- und Schlagwortkataloges zu beklagen[77]. Glücklicherweise erhalten blieb jedoch der Alphabetische Katalog – er sollte einzige Grundlage der ab 1953 durchgeführten Revision des Altbestandes sowie des Aufbaus eines Katalogs der Kriegsverluste werden. Da jedoch die Revisionsarbeiten 1976 aus Personalmangel eingestellt wurden, ist bis heute nur etwa die Hälfte des Altbestands durchgesehen und der Katalog der Kriegsverluste folglich noch immer lückenhaft[78].

Zur Rekonstruktion der Pflichtexemplarverwaltung von 1824-1944 stehen heute im wesentlichen nur noch die lückenlos erhaltenen Akzessionsjournale[79], der unvollständige Katalog der Kriegsverluste sowie die für die Zeit von 1824 bis 1899 vorhandenen Pflichtakten zur Verfügung. Letztere enthalten insbesondere die Korrespondenz mit Regierungsstellen und Verlegern sowie von den Zensurbehörden übersandte Titelverzeichnisse, die damals die wichtigste bibliographische Quelle zur Ermittlung von Pflichtexemplaren darstellten – Angaben zum Geschäftsgang bzw. zu den für die Pflichtexemplare eingerichteten Sondergeschäftsgänge sind jedoch in den Pflichtakten nicht zu finden.

3.1. Die Ermittlung von Pflichtexemplaren

Die Ermittlung von Pflichtexemplaren, die heute, sofern eine möglichst umfassende Erfassung des regionalen Schrifftums erreicht werden soll, mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden ist[80], war im 19. Jh. infolge der Zensur- und Polizeiverzeichnisse schnell und problemlos zu bewältigen. Durch die Karlsbader Beschlüsse von 1819 waren im Deutschen Reich sämtliche Schriften mit weniger als 320 Seiten der Vorzensur unterworfen, alle übrigen Veröffentlichungen der Nachzensur[81]. In einer am 1.3.1826 ergangenen Ausführungsbestimmung zur Kabinettsorder von 1824 wies der preußische Kultusminister die Oberpräsidenten der Provinzen an, „am Schlusse eines jeden Jahres ein Verzeichnis der in dortiger Provinz

---

[76] Schürfeld a.O. 63; R. Vogt in: Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn (1993) 52f. – Der Realkatalog, der zugleich Standortkatalog war, war in den letzten Kriegsjahren sicherheitsverfilmt worden – aufgrund der schlechten Qualität der Filme waren jedoch die nach dem Krieg angefertigten Rückvergrößerungen unleserlich und unbrauchbar (Vogt a.O. 53 Anm. 36).

[77] Schürfeld a.O. 64. – Zum alphabetischen und systematischen Zeitschriftenkatalog, der zu Beginn der 30er Jahre des 20. Jhs. angelegt worden war und nicht nur die laufenden Zeitschriften, sondern auch Serienwerke beinhaltete: Chronik 57, 1933, 62. – Zum Schlagwortkatalog, der ab 1930 angelegt wurde: H. D. Gebauer – M. Weber in: Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn (1993) 77ff.

[78] Schürfeld a.O. 143ff.; U. Fedder in: Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn (1993) 77ff.

[79] Da jedoch zahlreiche Pflichtexemplare, wie etwa die oben genannten Werke der Abteilung „RV", nicht in die Akzessionsjournale eingetragen wurden, sondern lediglich in einem nicht mehr vorhandenen Standortkatalog, der zugleich als Zugangsbuch diente, Aufnahme fanden (Chronik 35, 1910, 80; s. auch u. 27), besitzen die Akzessionsjournale für Fragen der Pflichtexemplarverwaltung bei weitem nicht den Wert, den man ihnen im ersten Moment beimessen möchte.

[80] s. u. 47. 62

gedruckten Schriften, mit Einschluß der Wochen-, Monats- und allgemeinen Zeitschriften (...) der Königlichen Bibliothek zu übersenden, welches umso leichter möglich sein wird, da alljährlich von jedem Zensor ein Verzeichnis der von ihm censierten Schriften dem Oberpräsidio seiner Provinz eingereicht werden muß“[82]. Den Bonner Pflichtakten ist zu entnehmen, daß diese Zensurverzeichnisse nicht nur nach Berlin, sondern auch an die Bonner Universitätsbibliothek gesendet wurden und dort als wichtigste bibliographische Quelle zur Ermittlung von Pflichtexemplaren dienten[83].

Nach der Abschaffung der Zensur in der Märzrevolution 1848[84] war die UB Bonn vorübergehend gezwungen, neu erschienene Pflichtexemplare eigenständig zu ermitteln. Wie den Pflichtakten zu entnehmen ist, geschah dies anhand der Leipziger Meßkataloge[85]. Diese zeigten allerdings lediglich das im Buchhandel erschienene Schrifttum an - ob[86] und wie die außerhalb des Buchhandels erschienene Literatur in den nächsten Jahren ermittelt wurde, bleibt unklar.

Nur drei Jahre nach Abschaffung der Zensur wurde durch das preußische Pressegesetz vom 12.5.1851 wiederum ein Überwachungsexemplar von sämtlichen Zeitungen und Zeitschriften sowie aller übrigen Schriften von weniger als 20 Bogen gefordert. Gemäß einer Verfügung des preußischen Innenministers wies 1853 der Oberpräsident der Rheinprovinz die örtlichen Polizeibehörden an, Abschriften der Verzeichnisse der bei ihnen eingegangenen Überwachungsexemplare an die Universitätsbibliothek zu übersenden[87]. Diese Abschriften liegen in den Akten der UB Bonn nach Jahren und Orten geordnet von 1854 bis 1893 vor[88]. Im Anhang 4 sind Kopien dreier Abschriften aus dem Jahr 1854 beigefügt: sie verzeichnen jeweils die Neuerscheinungen eines Quartals, wobei Titel, Verleger, Herausgeber, Drucker und oftmals sogar der Erscheinungsverlauf der Periodika genannt sind.

Infolge der Überwachungsexemplarslisten blieb der UB Bonn die wohl schwierigste bibliographische Ermittlungsarbeit, nämlich die Erfassung von Kleinschriften, die damals wie heute häufig im Selbstverlag erschienen, erspart. Zur Ermittlung der Druckwerke über 20 Bogen

---

[81] O. Büsch (Hrsg.), Handbuch der preussischen Geschichte II (1992) 185.
[82] MiV 8, 1847, 85f.; Raub a.O. (Anm. 11) 32 f.
[83] Akte IV c der ULB Bonn.
[84] Franke a.O. (Anm. 9) 125; Büsch a.O. 230ff.; Raub a.O. (Anm. 11) 32.
[85] Akte IV c der ULB Bonn.
[86] Ob man sich in der UB unter dem von 1819-1854 als Oberbibliothekar und Bibliotheksleiter amtierenden Altphilologen Friedrich Gottlieb Welcker überhaupt der Mühe unterzog, graue Literatur zu ermitteln und einzufordern, bleibt zumindest fraglich, da Welcker die infolge des Pflichtexemplarrechts „eintretende Überschwemmung mit soviel minderwertigen, für die Aufgaben einer Universitätsbibliothek ganz überflüssigen Druckschriften gar nicht erwünscht“ (Erman a.O. (Anm. 39) 117) war – zu Welckers „Erwerbungsrichtlinien“ s. auch u. 19ff.
[87] Raub a. O. 33.
[88] Akte IV c der ULB Bonn.

Umfang schaute man weiterhin die Leipziger Meßverzeichnisse durch[89], außerdem das 1834 begründete „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" sowie die seit 1842 erscheinenden „Wöchentlichen Verzeichnisse der erschienenen und vorbereiteten Neuigkeiten des deutschen Buchhandels"[90]. Darüber hinaus befinden sich in den Bibliotheksakten aus Zeitungen und Zeitschriften der Rheinprovinz ausgeschnittene Verlagsinserate[91], d. h. zumindest zeitweise müssen die wichtigsten rheinischen Periodika auf die Ankündigung von Pflichtexemplaren hin durchgesehen worden sein.

3.2. Die Anforderung und Reklamation von Pflichtexemplaren

Die Anforderung und Reklamation von Pflichtexemplaren erfolgte im 19. Jh. und in der ersten Hälfte des 20. Jhs. ebenso wie heute anhand gedruckter Anforderungsschreiben, die auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Ablieferungspflicht hinwiesen. Die frühesten erhaltenen Anforderungsformulare der UB Bonn stammen aus den fünziger Jahren des 19. Jhs. und verweisen nicht nur auf die Kabinettsorder von 1824, sondern auch auf die zahlreichen hierzu ergangenen Ausführungs- und Ergänzungsbestimmungen[92]. Handschriftlich wurde den Formularen hinzugefügt, welche Schriften abzuliefern seien und ob die betreffende Schrift eventuell schon einmal oder sogar mehrere Male reklamiert worden war.

Da die Ablieferungsmoral in der Rheinprovinz keineswegs gut war, zahlreiche Verlage, Selbstverleger und Drucker ihre Werke also nicht unaufgefordert an die UB Bonn sandten, war, „um Pflichtexemplare beizubringen (...), eine recht weitläufige, nicht immer angenehme Korrespondenz mit den Verlegern erforderlich"[93]. Letztere ist heute noch zum Teil in den Pflichtakten erhalten[94]. Mehrmals reklamiert werden mußte etwa bei dem Kölner Domvikar Adolf Kolping, da er die in seinem Selbstverlag erschienen „Rheinischen Volksblätter für Haus, Familie und Handwerk" zunächst nicht ablieferte[95]. Zahlreiche Reklamationen gingen auch an heute noch renommierte Verlage wie Bagel und DuMont. Die weitläufigste Korrespondenz aber scheint mit dem Düsseldorfer Verlag Arnz geführt worden zu sein, der insbesondere seine teuren Atlanten und Tafelwerke nicht an die UB abliefern wollte. Im Juni 1854

---

[89] Akte IV a der ULB Bonn. – Die Leipziger Meßverzeichnisse stellten jedoch 1860 ihr Erscheinen ein: M. Rehm, Lexikon Buch, Bibliothek, Neue Medien (1991) 193 s. v. Meßkataloge.
[90] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 35.
[91] Akte IV c der ULB Bonn.
[92] Akte IV c der ULB Bonn; s. auch Anhang 5 (=Konzept eines Mahnschreibens an den Verlag Arnz in Düsseldorf).
[93] Chronik 26, 1901, 78; dieselben Klagen werden jedoch auch in früheren und späteren Jahrgängen der Chronik wiederholt; s. hierzu auch Raub a.O. (Anm. 11) 33ff.
[94] Akte IV c der ULB Bonn.
[95] Ebenda; Raub a.O. (Anm. 11) 35.

hatte er etwa, um nur zwei Beispiele zu nennen, noch immer nicht die von 1824-1832 erschienenen Lieferungen 1-16 des „Naturhistorischen Atlas“ von A. Goldfuss sowie die von 1926-1931 erschienenen Lieferungen 1-16 der „Petrefacta Germaniae (...) iconibus et descriptionibus illustrata“ desselben Herausgebers an die UB Bonn übersendet[96]. Vermutlich waren die genannten Werke dem Verlagshaus Arnz zu teuer für eine „unentgeldliche Abgabe“[97] Abgabe: gemäß einer Anzeige des Verlages, die sich ebenfalls in den Bonner Akten befindet, kosteten nämlich die kompletten 23 Lieferungen des „Naturhistorischen Atlas“ 92 Taler, die insgesamt 175 Bogen Text und 200 Tafeln der „Petrefacta Germaniae (...)“ 84 Taler – ein stolzer Preis, da etwa ein gebundener Gedichtsband oder Roman, wie anderen in den Bonner Akten befindlichen Inseraten dieser Zeit zu entnehmen ist, durchschnittlich ein bis eineinhalb Taler kostete.

Da das Düsseldorfer Verlagshaus Arnz die wiederholte Reklamation der genannten Werke ignorierte, wandte sich der Oberbibliothekar und Bibliotheksleiter Friedrich Ritschl 1854 an das Universitätskuratorium, die der UB zunächst vorgesetzte örtliche Behörde[98]. Das Kuratorium seinerseits beklagte sich beim Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Berlin, das gemäß einem Schreiben vom 10.2.1855 das Verlagshaus Arnz zur „Erfüllung seiner Verpflichtung erforderlichenfalls im Wege der administrativen Exekution anzuhalten“[99] plante. Zu diesen Zwangsmaßnahmen kam es jedoch nicht mehr, da der Verlag, wie einer Mitteilung Ritschls an das Universitätskuratorium vom 24.6.1855 zu entnehmen ist, zu diesem Zeitpunkt bereits die angeforderten Werke abgeliefert hatte[100].

Der geschilderte Ablauf des Ignorierens von Reklamationen seitens des Verlagshauses, der Einschaltung von Universitätskuratorium und Königlichem Ministerium in Berlin sowie des dann doch erfolgten Ablieferns der Pflichtexemplare, um Zwangsmaßnahmen zuvorzukommen, wiederholte sich, wie den Bonner Bibliotheksakten zu entnehmen ist, unzählige Male - nicht nur im Fall des Düsseldorfer Verlagshauses Arnz, sondern auch bei anderen Verlagshäusern[101].

Da die Einforderung von Pflichtexemplaren sehr zeit- und schreibintensiv war, konnte sie infolge des geringen Personalstands der UB Bonn nicht immer konsequent bewerkstelligt

---

[96] Akte IV c der ULB Bonn.

[97] § 5 der Kabinettsorder von 1824, GS 1825, 2. – Heute wäre bei diesen teuren Werken eventuell eine Selbstkostenerstattung möglich, s. u. 58f.

[98] Akte IV c der ULB Bonn; Erman a.O. (Anm. 39) 47.

[99] Akte IV c der ULB Bonn (Abschrift eines Schreibens des Ministeriums an das Universitätskuratorium Bonn vom 10.2.1855).

[100] Akte IV c der ULB Bonn.

[101] Ebenda. - Auch heute ist dies nicht anders, s. u. 46f.

werden – Klagen, daß „bei der Einforderung der Pflichtexemplare (...) Reste entstanden[102] bzw. „die Einmahnung der Pflichtexemplare (...) wegen Arbeitsüberhäufung des Akzessionsbeamten noch nicht zu Ende geführt werden“[103] konnte, finden sich in den Pflichtakten der UB Bonn sowie in der Bonner Universitätschronik immer wieder.

3.3. Die „Sammelrichtlinien“ für Pflichtexemplare

Den Bibliothekare der ersten zwei Drittel des 19. Jhs. war der eigentliche Sinn des Pflichtexemplarrechts, nämlich die literarischen Erzeugnisse einer Region den wissenschaftlich und kulturell Interessierten möglichst *umfassend* und *geschlossen* zugänglich zu machen, noch fremd - sie sahen Pflichtexemplare vielmehr als Mittel zur Entlastung des Bibliotheksetats an[104]. Unter den Pflichtexemplaren befanden sich jedoch naturgemäß nicht nur wissenschaftliche Werke, die die Bibliothek ohne Pflichtexemplarrecht hätte kaufen müssen, sondern auch Trivialliteratur, Schul- und Kinderbücher, Liederhefte, patriotischen Schriften und Gebetbücher, also Werke, die nicht dem Erwerbungsprofil einer wissenschaftlichen Bibliothek entsprechen[105]. Der von 1819-1854 amtierende Bonner Oberbibliothekar Friedrich Gottlieb Welcker war ebenso wie seine Nachfolger nicht gewillt, den aufgrund des Pflichtexemplarrechts eingegangenen „wenig ersprießlichen Zuwachs“[106] tatsächlich in den Bibliotheksbestand einzuarbeiten. Die unerwünschten Schriften wurden stattdessen der Dublettensammlung zugefügt und über das Köln-Bonner Auktionshaus Lempertz verkauft[107]. Schriften, die sich „nur so wenig verwerthen (...) [ließen], daß der Antiquar Lempertz nur ungern ihre Titel in die Cataloge der von ihm veranstalteten Auctionen aufnimmt“[108], wurden als Altpapier verkauft – der Vorschlag von Welckers Nachfolger Ritschl, die unerwünschten Schul-, Kinder und Gebetbücher den Bonner Armenschulen zu schenken, „statt sie (...) zu reiner Maculatur zu machen, als welche sie kaum nennenswerthen, mehr nach Pfennigen als nach Groschen berechneten Gewinn abwerfen“[109], wurde durch das Bonner Universitätskuratorium in einem

---

[102] Chronik 38, 1913, 95.
[103] Chronik 38, 1913, 97 Anm. 1
[104] Erman a.O. (Anm. 39) 118; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 34; Raub a.O. (Anm. 11) 7. 44ff.
[105] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 34; s. auch Anhang 6. – Wissenschaftliche Verlage waren in der ersten Hälfte des 19. Jhs. hauptsächlich nur in der einzigen Universitätsstadt der Rheinprovinz, also Bonn vorhanden: Erman a.O. (Anm. 39) 117; A. Henseler, Bonner Geschichtsblätter 7, 1953, 7ff.
[106] Erman a.O. (Anm. 39) 118.
[107] Raub a.O. (Anm. 11) 46. – Der Verkauf unerwünschter Pflichtexemplare war damals keine Bonner Besonderheit, sondern auch andernorts zu finden: ebenda.
[108] Akte IV a der ULB Bonn (Konzept eines Schreibens des Oberbibliothekars Ritschl an das Bonner Universitätskuratorium vom 24.10.1856).
[109] Ebenda.

Schreiben vom 27.10.1856 zurückgewiesen, da „wir zu Geschenken aus Universitätseigenthum zu ermächtigen nicht befugt sind“[110].

Über Einarbeitung bzw. Verkauf der Pflichtexemplare entschied der Oberbibliothekar[111]. Die Kriterien hierzu waren „ziemlich schwankend; nicht einmal der Gesichtspunkt, dass alles, was inhaltlich auf die Rheinlande bezüglich ist, aufbewahrt werden muß, ist folgerichtig durchgeführt worden“[112], feste Richtlinien, wie sie heute existieren[113], waren dem 19. Jh. noch fremd. Da die nicht in die Bibliothek aufgenommenen Pflichtexemplare nur in den ersten Jahren des Bonner Pflichtexemplarrechts akzessioniert wurden[114], später aber nicht mehr bzw. an keiner heute noch erhaltenen Stelle verzeichnet sind[115], muß unklar bleiben, um welche Schriften es sich bei den verkauften Exemplaren im einzelnen handelte. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß die unerwünschten Werke von derselben Art waren wie diejenigen Schriften, die von 1908-1944 in einem verkürzten Sondergeschäftsgang eingearbeitet wurden[116] - es wird sich also um populäre Schriften, Erbauungsliteratur Schulbücher, Kinderbücher, Liederhefte u.s.w. gehandelt haben.

Über die Menge der in Welckers Amtszeit verkauften Pflichtexemplare liegen lediglich vereinzelte Angaben vor: 1832 wurden von insgesamt 369 Stücken mehr als 100 zu den Dubletten bzw. zum Altpapier gegeben, 1848 von 300 Schriften 150, 1853 sogar von 339 Exemplaren 200[117]!

Während die Entscheidung, Verfasserschriften und Zeitschriften nicht einzustellen, erst nach Anlieferung und Autopsie gefällt wurde, sah Bonns erster Oberbibliothekar Friedrich Gottlieb Welcker von der Einforderung der meisten Zeitungen, insbesondere der Lokalblätter, von vornherein ab: in seiner Amtszeit wurden in der UB Bonn nur vier Zeitungen gehalten, und zwar das Bonner Wochenblatt, die Kölnische Zeitung, die Elberfelder Allgemeine sowie die Trierer Zeitung, also die großen Blätter der Rheinprovinz[118]. Denn obwohl Welcker als Gei-

---

[110] Akte IV a der ULB Bonn (Schreiben des Bonner Universitätskuratoriums an die UB Bonn vom 27.10.1856). – Zum Verkauf an das Auktionshaus Lempertz bzw. an den Altpapierhändler war die UB natürlich auch nicht befugt, s. u. 24 – diesbezüglich hatte man aber offensichtlich nicht beim Universitätskuratorium nachgefragt und infolgedessen auch keine negative Antwort erhalten.

[111] Erman a.O. (Anm. 39) 118f. 180; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 35.

[112] Erman a.O. (Anm. 39) 119. – Da es Sinn der Pflichtexemplare ist, die literarischen Zeugnisse einer Region zu sammeln, sind natürlich auch in der Region erschienene Schriften über die Region von großem Interesse.

[113] s. u. 52ff.

[114] Im Akzessionsjournal von 1825 finden sich 11 Schriften, die mit dem Vermerk „zu den Dubletten gegeben“ versehen sind; es handelt sich um Schriften zum Weinbau, ein Rechenbuch sowie religiöses Material.

[115] Möglicherweise wurden sie wie heute in der Verlegerkartei als „nicht eingestellt“ - eine solche Eintragung wäre allein schon aus dem Grund sinnvoll gewesen, um zu verhindern, daß ein makuliertes Pflichtexemplar noch einmal beim Verlag angefordert wurde. Es ist jedoch unklar, seit wann eine Verlegerkarte existierte – belegt ist eine solche erst ab 1921 - Schürfeld a.O. (Anm. 71) 35. Sie wurde beim Luftangriff 1944 zerstört.

[116] s. u. 27.

[117] Erman a.O. (Anm. 39) 119.

[118] Raub a.O. (Anm. 11) 47.

steswissenschaftler eigentlich den Wert der Zeitung als historische Quelle kennen mußte[119], veranlaßten ihn vermutlich Raumprobleme und hohe Einbandkosten zum Verzicht auf die Archivierung von Zeitungen[120].

Unter Welckers Nachfolger Ritschl, der von 1854-1864 als Oberbibliothekar amtierte, wurden weitaus weniger Pflichtexemplare als „unbrauchbar“[121] eingestuft: von insgesamt 6065 in den Jahren 1854-1865 eingegangenen Pflichtexemplaren wurden nur 1140 makuliert oder zu den Dubletten gegeben, also etwa 19%. Leider ist nicht mehr zu klären, inwieweit sich die „Sammelrichtlinien“ Ritschls von Welcker unterschieden, welche Schriften also unter Ritschl erstmals eingestellt wurden[122].

Auch die Zahl der eingeforderten rheinischen Zeitungen stieg unter Ritschl stark an, und zwar von 4 auf 60[123]. Ursache dürfte aber nicht der plötzlich anerkannte wissenschaftliche Wert des Zeitungspflichtexemplars gewesen sein, sondern das Interesse des Akademischen Lesevereins, dem „es willkommen [war], dem im Rheinland sehr lebhaften Lokalpatriotismus der Studenten auf so billigem Wege genügen zu können“[124]. Die aktuellen Ausgaben der Zeitungen hingen folglich in den Räumlichkeiten des Akademischen Lesevereins aus, die älteren Ausgaben wurden ungebunden ins Bibliotheksmagazin verbracht[125].

Unter Friedrich Ritschls Nachfolger Jakob Bernay, der von 1866-1881 als Oberbibliothekar amtierte, sank die Zahl der gehaltenen Pflichtzeitungen auf 30 Titel ab[126]. Der Prozentsatz der Pflichtexemplare, die „als der Bibliothek unwürdige Bücher“[127] eingestuft wurden, lag nunmehr bei 21% gegenüber 19% unter Ritschl[128]. Interessant ist, daß die unerwünschten Pflichtexemplare nur noch bis 1875 makuliert oder verkauft wurden – danach wurden sie unkatalogisiert und zumeist sogar uninventarisiert „reponiert“[129]. Letzteres ist auf den während der Beratungen zum Reichspressegesetz 1873/74 entbrannten Streit um Rechtmäßigkeit und Sinn

---

[119] Zur Zeitung als historischer Quelle: M. Mommsen, Archiv für Politik und Geschichte 6, 1926, 244ff.; W. Barton, Der Archivar 21, 1968, 269.

[120] Zum Problem, daß Zeitungspflichtexemplare aus Gründen des Platzes und der Einbandkosten generell unbeliebt waren und sind: W. Barton in: Zeitung und Bibliothek (1974) 74ff.

[121] Erman a.O. (Anm. 39) 179.

[122] Ebenda 180. – Angesichts der heutigen Katalogsituation ist es aussichtslos, den Unterschied in den „Sammelrichtlinien“ Welckers und Ritschls klären zu wollen. Der Realkatalog wurde bei einem Luftangriff 1944 zerstört (Vogt a.O. (Anm. 76) 52f.), der alphabetische Katalog ist heute in einen revidierten und einen unrevidierten Teil sowie den Katalog der Kriegsverluste in zwei Alphabeten (eines hiervon unvollständig) unterteilt.

[123] Erman a.O. (Anm. 39) 179. – Es sei in diesem Zusammenhang allerdings angemerkt, daß sich die Zahl der rheinischen Zeitungen in den Revolutionsjahren 1848/49 verdoppelt hatte: Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon ([1]1993) 318 s. v. Presse (H. Neumann).

[124] Erman a.O. (Anm. 39) 179.

[125] Ebenda; Raub a.O. (Anm. 11) 51f.

[126] Erman a.O. (Anm. 39) 225.

[127] Ebenda.

[128] Ebenda.

[129] Ebenda.

der Pflichtexemplarbestimmungen zurückzuführen, auf den in diesem Zusammenhang kurz eingegangen werden soll.

Nach der Verabschiedung der Reichsgewerbeordnung am 21.6.1869 verweigerten einige Verleger die Abgabe von Pflichtexemplaren , da durch letztere „alle Abgaben, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden, sowie die Berechtigungen, dergleichen Abgaben aufzuerlegen“[130] aufgehoben wurde. Unter Hinweis auf die Reichsgewerbeordnung versuchten sie darüber hinaus, den späteren § 30 Abs. 3 des Reichspressegesetzes zu Fall zu bringen, nach dem die Pflichtexemplarbestimmungen der Länder weiter galten[131]. Auch wenn ihnen hiermit kein Erolg beschieden war, da sich die Auffassung durchsetzte, „daß die Verpflichtung zur Hergabe von Pflichtexemplaren gegen die Vorschriften der Reichsgewerbeordnung § 7 Abs. 6 nicht verstoße, weil sie nicht als eine Abgabe, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden muß“[132] anzusehen sei, entbrannte nunmehr eine interessante Diskussion um Sinn und Zweck des Pflichtexemplarrechts. Jakob Bernay, der Bonner Oberbibliothekar, verfaßte eine an den Reichstag überreichte Petition für die Beibehaltung der Pflichtexemplare, in der er darlegte, daß nur so „die im öffentlichen Interesse wünschenswerte *vollständige* und sichere Aufbewahrung *aller* einheimischer Preßerzeugnisse“[133] erreicht werden könne. Weiterhin schrieb er, seinen eigenen Sammelgepflogenheiten völlig widersprechend, daß „Zeitungen der Mittel- und Kleinstädte, die so oft bei amtlichen Nachforschungen unentbehrlich sind, die populären Zeitschriften und die belletristischen Productionen zweiten und dritten Ranges, welche oft erst im Lauf der Zeit einen kulturgeschichtlichen Werth erhalten“[134] durch das Pflichtexemplarrecht der Nachwelt erhalten werden müßten. Denn „jeder Kundige weiß, wie sehr manchmal in wenigen Jahrzehnten die wissenschaftlichen Strömungen wechseln und wie leicht es vorkommen kann, daß Bücher, die bei ihrem Erscheinen von der Antipathie herrschender Schulen so lauth als werthlos bezeichnet werden, daß kein über beschränkte Mittel verfügender Bibliothekar ihre Anschaffung wagen darf, nach und nach durch durch veränderte Strömungen der wissenschaftlichen Kreise oder durch neue Erfahrungen, welche das früher als Träumerei Verschrieene bestätigen, werthvoll und gesucht werden. Es sei nur in aller Kürze an die Vorläufer Darwins erinnert, deren Werke lange Zeit einer völligen Verachtung Preis gegeben waren und daher jetzt auf vielen Bibliotheken vergeblich gesucht werden“[135].

---

[130] Raub a.O. (Anm. 11) 37f.
[131] Ebenda 38.
[132] Ebenda (Endurteil des I. Senats des Königlich-Preußischen Oberverwaltungsgerichts am 15.12.1899).
[133] Akte IV a der ULB Bonn; Erman a.O. (Anm. 39) 225 – die kursiven Stellen wurden von der Verf. der Hausarbeit kursiv gesetzt.
[134] Akte IV a. der ULB Bonn; Raub a.O. (Anm. 11) 40.
[135] Ebenda.

Interessant ist, daß den Verlegern sehr wohl bekannt war, daß entgegen dem Wortlaut der Bonner und anderer bibliothekarischer Petitionen in Wirklichkeit bei weitem nicht alle Pflichtexemplare in den Bibliotheken eingestellt wurden[136]. So erhob etwa der Verleger Dr. Eduard Brockhaus in der Reichstagsdebatte anläßlich der 2. Lesung des Pressegesetzes am 23.3.1874 den Vorwurf, daß „die Klagen, welche die Bonner Petition darüber anstellt, daß mit der Aufhebung der Freiexemplare viele Literaturzweige ganz verschwinden würden (...) nicht begründet"[137] seien. Denn „die Bibliotheken übernehmen gar keine Verpflichtung, die Freiexemplare vollständig aufzuheben, die ihnen gegeben werden (...). Es ist bei vielen Bibliotheken Sitte, die Bücher, die man nicht aufheben will, die man entweder nicht des Aufhebens werth erachtet, oder die nicht in die Gattung von Büchern hineinpassen, die man speziell bevozugt, zum Verkauf zu stellen"[138].

Wie bereits erwähnt, entschloß sich Jakob Bernay nach der Eingabe seiner Petition, die in Bonn unerwünschten Pflichtexemplare nicht weiterhin zu verkaufen oder makulieren, sondern sie unkatalogisiert und häufig auch uninventarisiert aufzubewahren. Ob dies jedoch tatsächlich aus Einsicht in den von ihm selbst in seiner Petition herausgearbeiteten Sinn des Pflichtexemplarrechts geschah, darf bezweifelt werden. In einem Bericht an das Ministerium von 1877 schrieb er nämlich: „In alter Zeit wurden die unbrauchbaren Pflichtexemplare mit den Dubletten verkauft, in neuerer Zeit jedoch, um jeden Anstoss zu vermeiden (...), seitdem die Buchhändler daraus Vorwände für ihre Agitation hernehmen, unkatalogisiert aufbewahrt"[139].

Um den groben Überblick über die „reponierten" Pflichtexemplare zu wahren, wurden sie anfangs alphabetisch geordnet – die Ordnung schien jedoch schon bald in Verwirrung geraten zu sein[140]. Dennoch entschloß sich erst 1901 Bernays Nachfolger Staender, keine weiteren Pflichtexemplare mehr unakzessioniert und unkatalogisiert aufzubewahren, sondern alle eingegangenen Stücke inventarisieren, katalogisieren und einbinden zu lassen, es wurden nun also erstmalig sämtliche Pflichtexemplare erschlossen und für die Benutzer zugänglich[141]. Der Grundsatz, alle Pflichtexemplare einzuarbeiten, blieb auch nach 1908 bestehen, als ein verkürzter Sondergeschäftsgang für Trivialliteratur, Erbauungsschriften, Gebet-, Schul- und Kinderbücher, Liederhefte usw. eingerichtet wurde[142].

Während als Pflichtexemplare eingegangene Monographien und Zeitschriften seit 1875 nicht mehr makuliert wurden, bat der Oberbibliothekar Schaarschmidt noch 1898 das Ministerium

---

[136] Raub a.O. (Anm. 11) 44.
[137] Ebenda.
[138] Ebenda.
[139] Akte IV a der ULB Bonn; Erman a.O. (Anm. 39) 226.
[140] Erman a.O. (Anm. 39) 225.
[141] Chronik 35, 1910, 80.
[142] Ebenda; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 34.

um Erlaubnis, die auf dem Speicher des Magazins aufbewahrten Pflichtzeitungen makulieren zu dürfen[143]. Sie seien nämlich mittlerweile zu solchen Massen angewachsen, daß das Gewölbe des Magazins beschädigt zu werden drohte. Da aber an anderer Stelle kein Platz für sie sei und sie außerdem „durchweg auf so schlechtes Papier gedruckt werden, daß sie nach einer bestimmten Reihe von Jahren ohnehin zerfallen und untergehen"[144], sei es besser, sie gleich zu makulieren als durch teures „Einbinden die Existenz solcher an sich auf ein ganz vorübergehendes Dasein berechneten Blätter künstlich zu verlängern"[145]. Das Ministerium gestattete jedoch die beantragte Makulierung nicht, da der Verpflichtung der Verleger, ein Exemplar ihrer Druckwerke abzuliefern, auch eine Pflicht zur Aufbewahrung seitens der Bibliotheken entspräche – eine Feststellung, die heute nicht mehr in Frage gestellt wird, damals aber erstmalig seitens des preußischen Staates in dieser Deutlichkeit formuliert wurde[146].

3.4. Die Inventarisierung und Katalogisierung von Pflichtexemplaren

Das Bibliotheksreglement vom 7.5.1819 sah insgesamt fünf Mitarbeiter für die UB Bonn vor, vier Wissenschaftler und einen Bibliotheksdiener[147]. Die wissenschaftlichen Beamten, der Oberbibliothekar, der zugleich Bibliotheksleiter war, zwei Bibliothekare und ein sogenannter „Bibliothekssekretär"[148] sollten „soviel als möglich Dozenten sein"[149] – ihre Dienststunden in der Bibliothek von sechs Stunden täglich im Sommer bzw. fünf Stunden täglich im Winter konnten jederzeit zugunsten ihrer Lehrtätigkeit reduziert werden[150].

Während der Oberbibliothekar und die Bibliothekare insbesondere für die Bücherauswahl, die Katalogisierung, die Ausleihe und die Auskunftserteilung zuständig waren, fielen dem Sekretär das Rechnungs-, Registratur- und Kanzleiwesen einschließlich der Reinschrift der Berichte zu: u. a. besorgte er die Einziehung der Pflichtexemplare, die Führung des Akzessionsjournals sowie den Verkauf der Dubletten und unerwünschten Pflichtstücke[151].

---

[143] Akte IV a der ULB Bonn (Konzept des Schreibens an das Ministerium); Raub a.O. (Anm. 11) 51.
[144] Akte IV a der ULB Bonn (Konzept des Schreibens an das Ministerium).
[145] Ebenda.
[146] Ebenda (Schreiben des Ministeriums an die UB Bonn vom 9.8.1989).
[147] Erman a.O. (Anm. 39) 47.
[148] Ebenda. – Zur Amtsbezeichnung „Sekretär" für einen wissenschaftlichen Bibliotheksbeamten: LGB I (^{2}1987) 382 s. v. Bibliothekarische Amtsbezeichnungen (R. Jung).
[149] Erman a.O. (Anm. 39) 46. – Der Oberbibliothekar Friedrich Gottlieb Welcker etwa hatte hauptamtlich eine Professur für Klassische Philologie inne; erster hauptamtlicher Bibliotheksleiter der UB Bonn war Karl Schaarschmidt, der 1881 sein Amt antrat (R. Sander, Bonner Mitteilungen 12,1933,24).
[150] Erman a.O. (Anm. 39) 47.
[151] Ebeda 30. – Dem Bibliothekssekretär Theodor Bernd, der seit 1821 immerhin eine außerordentliche Professur für Diplomatik, Heraldik und Sphragistik innehatte, waren die genannten, eher mechanischen Arbeiten bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt 1854 übertragen, da er sich zur Mitarbeit am Realkatalog als unfähig erwiesen hatte – ebenda.

Die neu eingegangenen Pflichtexemplare wurden vermutlich zunächst dem Oberbibliothekar vorgelegt, der in Zweifelsfällen entschied, ob das Stück in die Bibliothek aufgenommen werden sollte oder nicht[152]. Anschließend erfolgte die Aufnahme in das Akzessionsjournal, wobei die Schriften, die verkauft werden sollten, anfangs noch mit dem Vermerk „zu den Dubletten gegeben" in das Journal eingetragen wurden – seit den 50er Jahren des 19. Jhs. wurde jedoch auf eine Verzeichnung der „der Bibliothek unwürdigen Bücher"[153] im Zugangsbuch verzichtet. Unter dem Oberbibliothekar Welcker und dem Bibliothekssekretät Bernd, die beide bis 1854 im Amt waren[154], sind die Akzessionsjournale leider höchst unübersichtlich: ohne nach den einzelnen Zugangsarten zu differenzieren, sind Kauf-, Geschenk-, Tausch- und Pflichtexemplare in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs eingetragen, so daß man auf der Suche nach einem speziellen Pflichtexemplar gegebenenfalls den Gesamtzugang eines Jahres durchschauen muß. Zudem wurden nicht die einzelnen Schriften, sondern nur die jeweiligen Lieferungen mit einer laufenden Nummer versehen, eine für jedes Druckwerk individuelle Inventarnummer existierte also noch nicht. Unter den Nachfolgern Welckers und Bernds, dem Oberbibliothekar Friedrich Ritschl und dem Bibliothekssekretär Karl Schaarschmidt, wurden die Akzessionsjournale übersichtlicher: im Zugangsbuch von 1855 sind im Abschnitt „insgemein" zwar immer noch Kauf-, Geschenk-, Tausch- und Pflichtexemplare ungetrennt in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs eingetragen, die Pflichtexemplare sind jedoch durch die Angabe „Pfl. Ex." in einer eigenen Spalte leicht zu erkennen[155]. Außerdem ist jede Schrift mit einer eigenen Zugangsnummer versehen und die Erwerbungen bei den großen Bonner Buchhandlungen A. Marcus und E. Weber sowie dem Antiquariat M. Lempertz[156] sind im Anschluß an den Abschnitt „insgemein" in eigenen Abschnitten zusammengefaßt – auf der Suche nach einem speziellen Pflichtexemplar mußte also nicht mehr der gesamte Neuzugang des Jahres durchgesehen werden. Noch einmal übersichtlicher wurden die Journale ab 1901, als der Pflichtzugang von den anderen Zugangsarten getrennt wurde – von den Zugangsbüchern der Nachkriegszeit unterscheiden sich diese Journale nur noch dahingehend, daß Monographien, Zeitschriften und Zeitungen ungetrennt verzeichnet wurden, während später für periodische und nichtperiodische Schriften separate Nummernkontingente vergeben wurden, ihre Eintragung also in verschiedenen Abschnitten erfolgte.

---

[152] Ebenda 118; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 35.

[153] Erman a.O. (Anm. 39) 225.

[154] Ebenda 156. 160. – Bibliothekssekretär Bernd war 1854 bereits 80 Jahre alt und konnte nur mit Druck zur Einreichung seines Pensionierungsgesuchs bewegt werden; er war mittlerweile „völlig unfähig geworden" und hatte „alle seine Geschäfte in heillose Unordnung" (ebenda 160) versetzt.

[155] In den älteren Journalen sind Pflichtexemplare nicht extra als solche kenntlich gemacht; man kann lediglich aus dem Erscheinungsort erschließen, daß es sich um Pflichtexemplare gehandelt haben muß.

Nachdem die Schriften in das Akzessionsjournal eingetragen und mit einer Zugangsnummer versehen worden waren, erfolgte höchst wahrscheinlich eine Eintragung in Karteien oder andere Inventarisierungsunterlagen, über die wir jedoch völlig im Unklaren sind: die Existenz einer Verlegerkartei z. B. ist erst ab 1921 bezeugt[157], über Unterlagen zur Nachtragung neu eingegangener Zeischriften- und Zeitungsbände ist nichts bekannt[158].

Von 1818 bis 1944 wurden sämtliche Neuerwerbungen mit Ausnahme der Zeitungen sowie der Pflichtexemplare des Sondergeschäftsgangs „RV“[159] gebunden. Die aktuellen Hefte der noch nicht bindereifen Zeitschriften wurden zum Teil zusammen mit den Tageszeitungen in den Räumlichkeiten der 1818 begründeten „Akademischen Lesegesellschaft“ ausgelegt. 1920 eröffnete die UB ein eigenes Zeitschriftenzimmer, in dem die neuesten Hefte „aller von der Bibliothek gehaltenen“[160] Zeitschriften einsehbar waren – das jeweils aktuelle Heft war auf einem Auslageregal frei zugänglich, die älteren , aber noch nicht bindereifen Nummern wurden den Benutzern vom Personal ausgehändigt[161].

Nach der Inventarisierung und buchbinderischen Bearbeitung erfolgte die Katalogisierung der Schriften in den standortgebundenen Realkatalog, der, da der alphabetische Katalog erst nach mehreren Anläufen 1918 fertiggestellt wurde, lange Zeit der einzige Katalog blieb. Die Katalogisierung wurde ebenso wie die Beschriftung des Buches mit der Signatur durch Bibliothekare bewerkstelligt[162].

Bis zum Ende des 19. Jhs. sind in der UB Bonn Wissenschaftler als Bibliothekssekretäre bezeugt, die mit Inventarisierungsarbeiten beschäftigt waren[163]. Erst als um die Wende vom 19. zum 20. Jh. die Klagen darüber, daß „die ganze Arbeitskraft einer großen Zahl von Bibliothekaren lediglich in untergeordneten Bureau- und Registriergeschäften verbraucht“[164] werde, größer wurden und 1909 der „mittlere Dienst“, der seine Ausbildung mit einer Diplomprüfung abschloß, geschaffen wurde[165], gingen die eher mechanischen Arbeiten an Nichtwissen-

---

[156] Zu den genannten Buchhandlungen und dem Antiquariat: A. Henseler, Bonner Geschichtsblätter 7, 1953, 61ff. 111ff.

[157] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 35; Näheres ist über diese im Krieg zerstörte Verlegerkartei nicht bekannt. Auch wenn eine Verlegerkartei erst ab 1921 bezeugt ist, wird es früher ein entsprechendes Arbeitsinstrument gegeben haben, da es zu zahlreichen Vorgängen, wie etwa der Reklamationsverwaltung, unentbehrlich ist – zur Nachkriegsverlegerkartei s. u. 32.

[158] Auch solche Unterlagen muß es allein schon aus Gründen der Vollständigkeitskontrolle gegeben haben.

[159] s. u. 27.

[160] Chronik 45, 1929, 97.

[161] Erman a.O. (Anm. 39) 147; R. Sander, Bonner Mitteilungen 12, 1933, 29; Chronik 45, 1920, 97. – Daß alle Pflichtzeitschriften ausgelegt wurden, darf bezweifelt werden; vermutlich gelangten, ebenso wie heute, nur die gefragtesten Pflichtzeitschriften ins Auslageregal des Zeitschriftenzimmers.

[162] Vogt a.O. (Anm. 76) 43ff.

[163] Erman a.O. (Anm. 39) 30. 160. 212.

[164] H. Füchsel, ZfB 26, 1909, 49f.

[165] LGB I (^{2}1987) 380 s. v. Bibliothekar (R. Jung) – aus dem „mittleren Dienst“, der seine Ausbildung mit einer Diplomprüfung abschloß, wurde später der „gehobene Dienst“.

schaftler über. In einem 1910 veröffentlichtem Aufsatz zu Geschäftsgang und Arbeitsteilung in wissenschaftlichen Bibliotheken forderte Wilhelm Erman, der damalige Leiter der UB Bonn, daß die Pflichtexemplareinziehung, die Führung des Zugangsverzeichnisses, die Vorbereitung und Kontrolle der Buchbinderarbeiten etc. mittleren Beamten übertragen werden solle – eine Forderung, die er sogleich in Bonn in die Realität umsetzte[166]. Die Pflichtexemplarverwaltung wurde also numehr größtenteils einer Fachkraft des mittleren Dienstes übertragen. Lediglich die Entscheidung, welche Schriften den Sondergeschäftsgang „RV" (Rheinische Verlage") durchlaufen sollten sowie die Aufnahme der Pflichtexemplare in den Realkatalog und den in den frühen 30er Jahren angelegten Schlagwortkatalog, erfolgten durch Bibliothekare[167].

Seit 1908 wurden, wir bereits an anderer Stelle erwähnt, nur noch die „wissenschaftlich wertvollen"[168] oder inhaltlich auf die Rheinprovinz bezogenen Pflichtexemplare gebunden und vollständig katalogisiert. Die übrigen Schriften, insbesondere Gebet-, Erbauungs- und Märchenbücher, Ratgeber und Liederhefte[169], wurden lediglich in einem Standortkatalog, der zugleich als Zugangsverzeichnis diente, eingetragen und unter der Signatur RV nach der laufenden Nummer ungebunden in einem Sonderraum des Magazins aufgestellt[170]. Außerdem wurde eine verkürzte Titelaufnahme in den alphabetischen Katalog aufgenommen[171], so daß die Pflichtexemplare dieses Sondergeschäftsgangs für die Benutzer zu ermitteln waren. Da eine inhaltliche Erschließung, also die Aufnahme in den systematischen Realkatalog sowie später in den Schlagwortkatalog[172] unterblieb, konnten RV-Schriften allein von der Fachkraft des mittleren Dienstes eingearbeitet werden.

RV-Signaturen erhielten nicht nur die populären Schriften, die ab 1908 in der Universitätsbibliothek einliefen, sondern auch die von 1875-1901 reponierten Pflichtexemplare[173]. Infolgedessen umfaßte der 1908 neu angelegte Sonderstandortkatalog bereits ein Jahr später 2930 Nummern. Bis 1944 erhielten etwa 15000 Schriften eine RV-Signatur.

Abschließend sei noch kurz die durchschnittliche Anzahl der jährlich in die Bibliothek eingearbeiteten Pflichtexemplare von 1825-1944 genannt: unter dem ersten Oberbibliothekar

---

[166] W. Erman, Mitteilungen des Österreichischen Vereins für Bibliothekswesen 13, 1910, 182ff.
[167] Chronik 35, 1910, 80; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 34f.; H.-D. Gebauer – M. Weber a.O. (Anm. 77) 77ff.
[168] Chronik 35, 1910, 80.
[169] s. Anhang 6, wo sämtliche, im Katalog der Kriegsverluste aufgeführten Werke des Alphabetabschnitts Aa-Ac mit RV-Signatur zusammengestellt sind; man beachte die beiden letzten Titel: auch Heimatkundliches wurde in den verkürzten Geschäftsgang gegeben, was heute nicht mehr geschehen würde, s. u. 39.
[170] Chronik 35, 1910, 80.
[171] Ebenda. – Der alphabetische Katalog enthielt damals noch nicht den Gesamtbestand der UB; der den Gesamtbestand der UB beinhaltende alphabetische Katalog wurde erst 1918 fertiggestellt.
[172] Ebenda; zum Schlagwortkatalog s. o. Anm. 77.
[173] Chronik 35, 1910, 80. – Die von 1901-1907 eingegangenen Pflichtexemlare waren ausnahmslos vollständig katalogisiert und gebunden worden, s. o. 77.

Welcker (1818-1854) belief sich die Gesamtzahl auf ca. 300 Exemplare jährlich, unter Ritschl (1854-1865) auf ca. 606 physische Einheiten, unter Schaarschmidt (1881-1901) auf 1227 Bände, unter Ständer (1901-1907) auf 1394 Pflichtexemplare jährlich und unter Erman (1907-1920) auf 1471 Exemplare. Im Akademischen Jahr 1924/25 gingen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage lediglich 514 physische Einheiten als Pflichtexemplare ein, im Akademischen Jahr 1930/31 jedoch bereits 2302 Bände, 1932/33 1899 Bände und 1937/38 2161 Pflichtexemplare[174].

4. Die Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets der UB Bonn 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkiegs und der Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen unterstanden die nördlichen Teile der Rheinprovinz, also die Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf und Aachen den Briten, während die südlichen Teile der Rheinprovinz, d. h. die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, französisch besetzt waren. Eine britische Verordnung vom 23.8.1946 verfügte die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen sowie die Bildung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen unter Zusammenschluß der Nordrheinprovinz sowie der Provinz Westfalen[175]. Nur sieben Tage später, also am 30.8.1946, wurden die Regierungsbezirke Koblenz und Trier Bestandteil des durch Verordnung der französischen Militärregierung neugebildeten Landes Rheinland-Pfalz[176].

Bereits am 6.8.1945 wandte sich Karl Lelbach, der seit 1945 die kommissarische Leitung der UB Bonn innehatte[177], an den Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz. Er wies daraufhin, daß die Bibliothek Sammelstelle für die Pflichtexemplare der Rheinprovinz sei und bat „das Pflichtexemplar-Gesetz wieder in Kraft zu setzen, damit ihr nicht unter Umständen wertvolles Sammelmaterial verloren geht“[178]. In seinem Antwortschreiben vom 6.9.1945 führte der Oberpräsident der Nordrheinprovinz aus, daß „für die Rheinprovinz Ziffer 5 der Kabinettsorder von 1824 noch in Geltung“[179] sei und er infolgedessen „von einer besonderen Wiederinkraftsetzung des Pflichtexemplargesetzes (...) abgesehen“[180] habe. Auch wenn in diesem

---

[174] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 35.

[175] Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon ([1]1993) 75ff. s. v. Britische Besatzungszone (W.-R. Schleidgen). – Ende 1946 wurde dem neugebildeten Land Nordrhein-Westfalen noch Lippe angegliedert, womit NRW seine endgültige territoriale Gestalt erhielt.

[176] Raub a. O. (Anm. 11) 58.

[177] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 71.

[178] Akte D 1 der ULB Bonn (Durchschlag des Schreibens an den Oberpräsidenten).

[179] Ebenda.

[180] Ebenda. – Auch in den rheinlandpfälzischen Teilen der ehemaligen Rheinrpovinz besaßen die alten Bestimmungen noch Gültigkeit, wurden jedoch praktisch nicht mehr beachtet; mit Unterstützung des Landesverbands

Schreiben eine Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebietes der UB Bonn noch nicht angesprochen wurde, dürfte sie angesichts der politischen Lage bereits auf der Hand gelegen haben. Folglich wurde nur 1 ½ Monate später, nämlich am 22.10.1945, im Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz bekannt gegeben, daß „für die *Nord*-Rheinprovinz (...) die Kabinettsorder von 1824, Ziffer 5, noch in Geltung [ist], so daß die Verpflichtung zur Abgabe von je einem Exemplar der Neuerscheinungen an die Universitätsbibliothek Bonn bestehen geblieben ist“[181].

Bei dem auf den nordrhein-westfälischen Teil der preußischen Rheinprovinz reduzierten Sammelbereich der UB Bonn sollte es bis zur nochmaligen Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets 1993 bleiben[182] - mehrere Anläufe zu einer Länderneugliederung in den Jahren 1948, 1953-1955 und 1970-1973, in denen u. a. die Umgliederung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier nach Nordrhein-Westfalen verfochten wurde, blieben ohne Ergebnis[183]. Ebenfalls folgenlos für den Sammelbereich der UB Bonn blieb die Auflösung des Regierungsbezirks Aachen im Rahmen einer kommunalen Neugliederung 1972 – das Gebiet des Regierungsbezirks Aachen wurde dem Regierungsbezirk Köln zugeschlagen, ohne daß es zu territorialen Verschiebungen gekommen wäre[184].

Da gemäß Art. 123 Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich alles Recht, gleichgültig ob Reichs-, Landes- oder Gewohnheitsrecht, fort gilt, sofern es nicht dem Grundgesetz widerspricht, blieb die Kabinettsorder von 1824 noch bis zum 31.12.1961 in Kraft. Interessant ist, daß seit 1950[185] eine Neuregelung des Pflichtexemplarrechts angestrebt wurde, da die „Notwendigkeit im Einzelfall Bestimmungen z. T. aus dem Beginn des vorigen Jahrhunderts zitieren zu müssen, deren Gültigkeit dem heutigen Menschen nicht ohne weiteres einleuchtet“[186] immen wieder zu längerem, aufwendigen Schriftverkehr mit den Verlagen führte[187]. Aus dem Jahr 1953 z. B. stammt ein Entwurf Viktor Burrs[188] für ein neues nord-

---

der Verleger erhielt die UB Mainz aber auf freiwilliger Basis ein Freiexemplar der Veröffentlichungen rheinlandpfälzischer Verleger (H. Treplin – H. Kirchner in: Handbuch der Bibliothekswissenschaft II (^{2}1961) 277).

[181] Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz 1, 1945, 43.

[182] s. Anhang 7f.

[183] Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon (^{1}1993) 243 s. v. Länderneugliederung (H. Romeyk).

[184] H. Hirsch, Ökonomische Maßstäbe für die kommunale Gebietsreform (1971) 1ff.; Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon (^{1}1993) 141ff. s. v. Gebietsreform (H. Hoebink).

[185] In Akte D 1 der ULB Bonn befindet sich ein Einladungsschreiben des Kultusministers an die Direktoren der Universitätsbibliotheken Bonn und Münster sowie die Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Verleger- und Buchhändlerverbandes zu einer Besprechung am 19.10.1950 zwecks einer Neuregelung des Pflichtexemplarrechts.

[186] Akte D 1 der ULB Bonn (Einleitung zu einem 1953 verfaßten Entwurf eines neuen Pflichtexemplargesetzes von Viktor Burr).

[187] So heißt es etwa in einem Schreiben des Kölner Verlags Benziger, der sich der Ablieferung von Pflichtexemplaren entziehen wollte: „Im übrigen wollen wir uns doch darüber klar sein, , dass die Verpflichtung der Verleger zur Abgabe von Freistücken an Universitätsbibliotheken (...) ein Überbleibsel aus der reaktionärsten Zeit Deutschlands bezw. Preussens ist“ (Akte D 1 der ULB Bonn).

rhein-westfälisches Pflichtexemplarrecht, der am 13.3. des Jahres dem Kultusminister[189] übersendet wurde. In ihm finden sich im Gegensatz zu dem das Pflichtexemplarrecht der UB neu begründenden Landespressegesetz von 1966[190] genaue Definitionen des Ablieferungspflichtigen, des Ablieferungsgutes mit Angabe der nicht abzuliefernden Materialien[191], der Ablieferungsfristen und der Zwangsmaßnahmen bei Nichtablieferung[192]. Leider wurden jedoch bis Ende der 50er Jahre die Bemühungen um eine Neuregelung des Pflichtexemplarrechts eingestellt, da mittlerweile von einigen Verwaltungs- und Presserechtlern Einwände gegen die Rechtmäßigkeit der Pflichtexemplargesetze erhoben wurden: sie definierten die unentgeltliche Abgabe von Pflichexemplaren als Enteignung und damit unvereinbar mit Artikel 14 des Grundgesetzes[193]. Infolgedessen heißt es in einem Schreiben des Kultusministers an Viktor Burr vom 20.5.1959: „Besprechungen mit den Juristen des Ministeriums haben ergeben, daß die Aussichten, ein juristisches Gutachten zu erhalten, das sich für eine Vereinbarkeit des Pflichtexemplarrechts der beiden Universitätsbibliotheken [d. h. Bonn und Münster, die beiden Universitätsbibliotheken mit Pflichtexemplarrecht in NRW] mit dem Grundgesetz ausspreche, sehr gering seien. Es wurde mir empfohlen, solange die tatsächliche Praxis einigermaßen günstig für die Bibliotheken in Bonn und Münster sei, nicht grundsätzlich an die Angelegenheit heranzugehen“[194]. Man hielt es also für das Beste, sich weiterhin auf die Kabinettsorder von 1824 zu berufen, auch wenn diese mit Mängeln behaftet und antiquiert war.

---

[188] Akte D 1 der ULB Bonn.

[189] Die Zuständigkeit für das Bibliothekswesen ist auf zwei Ministerien aufgeteilt, nämlich auf das Ministerium für Wissenschaft und Forschung für die Hochschul- und Fachhochschulbibliotheken und das Kultusministerium für das übrige Bibliothekswesen. Somit gehören landesbibliothekarische Aufgaben in den Geschäftsbereich des Kultusministers, während die sie erfüllenden Universitätsbibliotheken in den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministers fallen

[190] s. u. 41ff.

[191] Akte D 1 der ULB Bonn; nicht ablieferungspflichtig sollten Akzidenzdrucksachen für das häusliche und gesellige Leben (Faminlienanzeigen, Ansichts-, Spruch-, Glückwunsch- und Festkarten, Tagesabrißkalender u.s.w.), Akzidenzdrucksachen für geschäftliche, gewerbliche und innerbetriebliche Zwecke (Prospekte, Musterbücher, Preislisten, Werbeschriften, Verkaufskataloge, Gebrauchsanweisungen, Bedienungsanleitungen, Speisekarten, Eintrittskarten, Wahlstimmzettel u.s.w.) sowie Akzidenzdrucksachen, die in erster Linien dem Hereinschreiben dienen (Rätselhefte, Malbücher, Notizkalender, Fachtaschenkalender ohne fachlichen Text, Poesiealben u.s.w.), sein – Akzidenzdrucksachen waren in der UB Bonn nie gesammelt worden, auch wenn sie bisher nicht ausdrücklich von der Ablieferungspflicht ausgenommen waren.

[192] Ebenda.

[193] Raub a.O. (Anm. 11) 64.

5. Die Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn von 1945-1962

5.1. Der innere und äußere Wiederaufbau der UB Bonn nach 1944

Infolge eines Luftangriffs auf Bonn am 18.10.1944 wurde die damals im ehemaligen kurfürstlichen Residenzschloß beheimatete UB Bonn bis auf die Grundmauern zerstört[195] . Nach einer provisorischen Unterbringung der Bibliothek im Gebäude des ehemaligen Schaaffhausenschen Bankvereins unweit des Universitätshauptgebäudes, konnte Anfang 1957 mit den Ausschachtungsarbeiten für einen Neubau begonnen werden. Der am Rhein gelegene, ebenfalls in der Nähe des Universitätshauptgebäudes gelegene Bibliotheksneubau der Architekten Pierre Vago und Fritz Bornemann war Anfang 1960 so weit fertiggestellt, daß mit der Überführung der Buchbestände begonnen werden konnte. Nachdem in der Zeit vom 3. - 15.10.1960 der Umzug der Verwaltung, der Lesesaalbestände und der Kataloge folgte, nahm die Bibliothek am 17.10.1960 ihre Arbeit in dem neuen Gebäude auf[196].

Dem Bombenangriff von 1944 waren nicht nur 25% des Bücherbestands, sondern auch die wichtigsten Kataloge und der gesamte Verwaltungsapparat zum Opfer gefallen. Einschneidenste Neuerung beim inneren Wiederaufbau der Bibliothek war der Übergang von der systematischen zur akzessorischen Aufstellung für alle Neuerwerbungen ab 1945: Monographien, Zeitschriften und Universitätsschriften wurden in verschiedenen Abteilungen und nach Formaten getrennt nach Zugangsjahren und innerhalb der Zugangsjahre nach der laufenden Nummer aufgestellt[197]. Ursache für diesen Übergang zum numerus currens, zu dem sich auch andere große und durch den Krieg schwer geschädigte Bibliotheken entschlossen[198], war einerseits die hierdurch zu erzielende Platzersparnis, andererseits die Unzufriedenheit mit der alten Systematik, die modernen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden konnte[199].

Die akzessorische Aufstellung bedingte die Neuanlage eines Standortkatalogs für alle Neuerscheinungen ab 1945. Außerdem wurden ein standortunabhängiger systematischer Katlog sowie ein Schlagwortkatalog neu angelegt[200].

---

[194] Akte D 1 der ULB Bonn.
[195] Chronik 64, 1950, 111.
[196] Chronik 75, 1961, 112; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 79. 103ff.
[197] Chronik 64, 1950, 114; Schürfeld a.O. (Anm. 71) 77; Gebauer – Weber (Anm. 77) 80ff. – Die Abkehr von der systematischen Aufstellung erfolgte trotz der Einwände zahlreicher Professoren, die befürchteten, daß durch den numerus currens ihr Recht auf freie Buchauswahl in den Magazinen unbrauchbar würde. Für den vor 1945 erworbenen Altbestand blieb die systematische Aufstellung mit Ausnahme der noch laufenden Zeitschriften bestehen, so daß noch heute die Werke des unrevidierten Altbestandes Paginalsignaturen aufweisen.
[198] Chronik 64, 1950, 114.
[199] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 77; R. Vogt a.O. (Anm. 76) 42ff.; Gebauer – Weber a. O. (Anm. 77) 78ff. – Unzufriedenheit mit der Systematik und den standortgebundenen Realkatalogen war im deutschen Bibliothekswesen schon seit dem Beginn des 20. Jhs. allgemein zu beobachten: Gebauer – Weber a.O. (Anm. 77) 78ff. mit Lit.
[200] Chronik 64, 1950, 114f.

Hinsichtlich der Pflichtexemplare sehr interessant ist die Tatsache, daß der Wiederaufbau des Verwaltungsapparats zum Teil auf Kosten der Pflichtzeitungen erfolgte: da nämlich in den Nachkriegsjahren die Papierbeschaffung schwierig war, gestattete die Universitätsverwaltung der Bibliothek, einen Teil der in Pakete verpackten, ungebundenen Zeitungsbestände an die Papierfabriken abzuliefern, um sie gegen Papier für den Geschäftsbedarf einzutauschen. Auf diese Weise gingen wichtige rheinische Zeitungen verloren wie etwa zahlreiche Jahrgänge des „Bonner Generalanzeigers", der wohl wichtigsten Zeitung Bonns[201].

5.2. Die Anlage einer neuen Verleger-, Serien-, Zeitschriften-, Loseblatt- und Zeitungskartei

Um die Pflichtexemplarverwaltung wieder aufnehmen zu können, wurden 1945 eine neue Verlegerkartei sowie Karteien der Pflichtserien, Pflichtzeitschriften, Pflichtzeitungen und Loseblattlieferungen angelegt. Bei der Verlegerkartei handelte es sich um eine DIN-A-5-Steilkartei, die nach Verlagsorten und innerhalb der einzelnen Orte nach Verlagen bzw. Selbstverlagen alphabetisch geordnet war. Regelwerk für die Ordnung der Karten waren die Preußischen Instruktionen[202]. Alle gelieferten Monographien eines Verlags wurden chronologisch nach Zugang auf der bzw. den Karteikarten des Verlags handschriftlich nachgetragen, reklamierte Werke wurden bis zu ihrem Eingang unter Angabe des Reklamationsdatums mit Bleistift festgehalten. Die 1945 angelegte Verlegerkartei sollte bis 1978 in Gebrauch sein, obwohl sie sich auf Dauer als unrationell erwies: wollte man etwa beim Eingang eines Werkes überprüfen, ob es sich um eine Dublette oder ein reklamiertes Exemplar handelte, so mußte man, da die Eintragungen innerhalb der einzelnen Verlage chronologisch, nicht alphabetisch[203] angeordnet waren, gegebenenfalls die Nachtragungen des gesamten Jahres oder sogar mehrere Jahre durchschauen – eine Arbeit, die bei der jährlich steigenden Zahl von Pflichtexemplaren[204] allmählich immer aufwendiger wurde.

Bei der Zeitschriftenkartei handelte es sich ebenfalls um eine alphabetisch geordnete DIN-A-5-Steilkartei. Auf den Kopfzeilen der Karteikarten wurden der Zeitschriftentitel, die Signatur und gegebenenfalls die Sonderstandortsignatur[205] vermerkt, am linken Rand die Adresse des

---

[201] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 77.

[202] Bis zum Erscheinungsjahr 1989 wurde in der UB Bonn ausschließlich mit den Preußischen Instruktionen gearbeitet – im Folgenden werden die PI als Regelwerk für die Ordnung von Karteien und Katalogen nicht mehr ausdrücklich erwähnt.

[203] Eine alphabetische Ordnung hätte auch nur mittels einer Zettelkartei erzielt werden können – s. hierzu u. 50f.

[204] s. u. 34 Anm. 210.

[205] Einige stark gefragte Titel, wie etwa das Bundesgesetzblatt wurden damals wie heute bereits ungebunden an den Hauptlesesaal der UB weitergeleitet, wo sie, in einem Aktenordner provisorisch abgeheftet, einsehbar wa-

Ablieferungspflichtigen. Auf dem Hauptteil der Karteikarten waren sämtliche eingegangenen Hefte nachgetragen; nicht erschienene oder reklamierte Hefte waren ebenfalls vermerkt. Zeitschriftenjahrgänge oder-hefte, die Bindereife erreicht hatten und an die Einbandstelle weitergeleitet worden waren, wurden durch eine geschweifte Klammer als solche gekennzeichnet und mit dem Datum der Abgabe an die Einbandstelle versehen. Die 1945 angelegte Zeitschriftenkartei war noch bis 1989 in Gebrauch – 1990 wurde eine neue, nach den RAK-WB angelegte Kartei aufgebaut.

Auch bei der Serienkartei handelte es sich um eine DIN-A-5-Steilkartei, deren einzelne Karteikarten ähnlich den Zeitschriftenkarteikarten mit Serientitel, Signatur[206] und Eintragung sämtlicher eingegangener Bände unter Angabe des Verfassers, des Sachtitels und des Erscheinungsjahres versehen waren. Im Gegensatz zur Serienkartei der Kaufakzession, die nur solche gezählte Serien beinhaltete, die lückenlos erworben wurden, umfaßte die Serienkartei der Pflichtstelle auch gezählte Reihen, die bei verschiedenen Verlagen erschienen, von denen also einzelne Bände nicht unter die Ablieferungspflicht fielen – letztere wurden mit „nicht P" auf der Karteikarte eingetragen, wodurch z. B. ihre irrtümliche Reklamation verhindert werden sollte. In die Serienkartei aufgenommen wurden nicht nur gezählte Reihen, sondern auch mehrbändig begrenzte Werke, sofern die einzelnen Bände nicht gleichzeitig erschienen und in der Pflichtstelle eingegangen waren[207], sowie zeitschriftenartige Reihen. Warum letztere nicht in die Zeitschriftenkartei eingeordnet wurden, ist heute nicht mehr zu klären[208]. Leider wurde ihre Aufnahme in die Serienkartei bei der Neuanlage einer RAK-Kartei 1990 beinhalten, so daß in diesem Jahr infolge der Einführung des integrierten Geschäftsgangs mit SIERA Serien und zeitschriftenartige Reihen mühsam voneinander getrennt werden müssen[209].

Loseblatt- und Zeitungskartei, wiederum DIN-A-5-Steilkarteien, stimmten in ihrer Anlage mit der Zeitschriftenkartei überein – in der Zeitungskartei wurde allerdings aus Mengengründen nicht jedes Exemplar einzeln nachgetragen, sondern am Monatsanfang die im Vormonat eingegangenen Exemplare zu einer Eintragung zusammengefaßt.

---

ren; auf der Karteikarte war auch vermerkt, wenn das neueste Heft eines Zeitschriftentitels in die Auslage des Zeitschriftenlesesaals gegeben wurde, was etwa bei zahlreichen rechtswissenschaftlichen Zeitschriften des Verlags Carl Heymann in Köln der Fall war und ist.

[206] Standen die einzelnen Bände einer Serie nicht auf einer Gesamtsignatur, sondern auf Einzelsignaturen, so war „Einzelsignatur" auf der Karteikarte vermerkt.

[207] Waren alle Bände eines mehrbändig begrenzten Werkes gleichzeitig eingegangen, so begnügte man sich mit einer Nachtragung in der Verlegerkartei, da ja auf keine noch ausstehenden Bände, die eventuell reklamiert werden mußten, geachtet werden mußte.

[208] Dies wäre sinnvoller gewesen, da zeitschriftenartige Reihen im Gegensatz zu Serien nur selten Stücktitel besitzen und einen regelmäßigen Erscheinungsverlauf aufweisen.

5.3. Die Vorakzession und Akzession der Pflichtexemplare

In den Jahren 1945-1962 wurden die Vorakzessions- und Akzessionsarbeiten sämtlicher Pflichtexemplare, also von Monographien, Zeitschriften, Zeitungen, Loseblattsammlungen, Landkarten und Musikalien, von nur einer Diplombibliothekarin erledigt. Angesichts der ständig steigenden Zahl jährlich eingehender Pflichtexemplare[210] war diese Arbeit bereits Ende der fünziger Jahre kaum noch zu bewältigen – es bildeten sich Rückstände uninventarisierter Landkarten und Notenblätter, die erst nach der zweiten Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebietes der UB Bonn 1993 akzessioniert wurden[211]. Ursache für die gegenüber der Vorkriegszeit sprunghaft angestiegene Zahl der Pflichtexemplare trotz verkleinerten Sammelbereichs[212] war die Tatsache, daß sich nach dem Krieg mehrere größere Verlage aus Berlin und Ostdeutschland in Nordrhein-Westfalen niedergelassen hatten: so etwa, um nur einige Beispiele zu nennen, der Berliner Verlag Carl Heymann in Köln[213], der Leipziger Klepzig-Verlag in Düsseldorf[214] und der Berliner VDI-Verlag ebenfalls in Düsseldorf[215]. Hinzu kamen Verlagsneugründungen, wie etwa der 1948 in Köln neugegründete Verlag Kiepenheuer & Witsch[216], der 1950 in Köln neugegründete Phaidon-Verlag[217] sowie der in Düsseldorf gegründete Econ-Verlag[218]. Weiterhin gelang es alteingesessenen Bonner Verlagen wie Stollfuß, Bouvier und Dümmler, ihren Publikationsbereich zum Teil wesentlich zu erweitern[219].

---

[209] Serien werden infolge der Stücktitel mit dem Programm „SIERA-Monographien" inventarisiert, für zeitschriftenartige Reihen hingegen sind Fortsetzungsleitkarten nach „SIERA-Zeitschriften" zu generieren.

[210] Im akademischen Jahr 1949/50 betrug der Zuwachs an Pflichtexemplaren 1632 physische Einheiten (Chronik 65, 1951, 77), 1951/52 2742 Einheiten (Chronik 68, 1954, 96), 1953/54 3278 Bände (Chronik 69,1955, 93), 1955/56 4508 Einheiten (Chronik 71, 1957, 107), 1959/60 4262 Einheiten (Chronik 75, 1961, 117) und 1960/61 4361 Bände (Chronik 77, 1963, 118).

[211] s. u. 62.

[212] In den 30er Jahren betrug der Gesamtzuwachs an Pflichtexemplaren durchschnittlich etwa 2000 bibliographische Einheiten (Chronik 56, 1932, 87; Chronik 57, 1933, 57; Chronik 58, 1934, 69; Chronik 59, 1935, 76; Chronik 60, 1936, 85; Chronik 61, 1937, 103; Chronik 62, 1938, 71), im Akademischen Jahr 1955/56 hingegen bereits 4508 physische Einheiten (Chronik 71, 1957, 107).

[213] C. H. Ule (Hrsg.), Recht im Wandel (1965) 623ff.; N. Reuter, Börsenblatt 36, 1980, 2462ff. – Bei Heymann erscheint hauptsächlich juristische Literatur.

[214] K. Möller-Klepzig, Verlagspraxis 8, 1961, 183f. – Der Klapzig-Verlag war auf technische Literatur, insbesondere zum Maschinenbau, Eisenhüttenwesen und Wärmetechnik spezialisiert. Zu Düsseldorf als Spitzenort des technischen Verlagswesens, wo sich nach dem Krieg auch zahlreiche andere technische Verlage niederließen: ebenda 183ff.

[215] Ebenda 183; der VDI(„Verein Deutscher Ingenieure")-Verlag ist für eine vielseitige technische Verlagsproduktion bekannt.

[216] 40 Jahre Kiepenheuer & Witsch (1989) 5ff. – Kiepenheuer & Witsch ist insbesondere für ein breites Belletristikprogramm bekannt.

[217] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 87.- Im Phaidon-Verlag erschienen kunsthistorische Werke.

[218] Ebenda. – Der Econ-Verlag ist für Sachbücher bekannt.

[219] Ebenda 87f.; Stollfuß ist insbesondere für Publikationen aus dem Steuerrecht (z. B. Steuertabellen), aber auch zur Landesgeschichte bekannt, Bouvier verlegt Belletristik und Sachbücher, aber auch zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen, Dümmler Schulbücher, didaktische Literatur und wissenschaftliche Abhandlungen.

Zur Ermittlung von Pflichtexemplaren wurden zwar in der Regel die Reihen A und B der „Deutschen Bibliographie“ durchgesehen, zeitweise mußte jedoch aus Gründen der Arbeitsüberlastung der Diplombibliothekarin hierauf verzichtet werden[220]. Da etwa 33% der in der „Deutschen Bibliographie“ verzeichneten Schriften, die außerhalb des Buchhandels erscheinen, nicht automatisch abgeliefert werden[221], sondern eingefordert werden müssen, dürfte der Universitätsbibliothek zeitweise dieser Prozentsatz der grauen Literatur, deren Sammlung eines der wichtigsten Ziele des Pflichtexemplarrechts ist, entgangen sein. Da außerdem Anzeigen in Zeitschriften, wie etwa „Neues Rheinland“, „Köln“ oder dem Börsenblatt, die seit den 70er Jahren zur Ermittlung von Pflichtexemplaren ausgewertet wurden, in den 50er und frühen 60er Jahren ebenfalls nicht durchgesehen wurden, wird der UB Bonn weiteres wichtiges Material unbekannt geblieben sein.

Schriftlich fixierte Sammelrichtlinien für Pflichtexemplare existierten in der Nachkriegszeit nicht. Im großen und ganzen scheinen jedoch alle eingegangenen Druckwerke eingearbeitet worden zu sein – Trivialliteratur, Märchen- und Schulbücher, Kochbücher[222] u.s.w. jedoch in einem weiter unten zu besprechenden Sondergeschäftsgang. Nicht eingestellt wurden lediglich Akzidenzdrucksachen, Werbedrucksachen, Fahrpläne u.s.w., die, wie bereits erwähnt, der damalige Direktor Viktor Burr in seinem 1953 verfaßten Entwurf für ein neues Pflichtexemplargesetz von der Ablieferungspflicht ausnahm[223].

Nach Eingang der Pflichtexemplare in der Pflichtstelle, die seit Bezug des Bibliotheksneubaus 1960 in unmittelbarer Nähe der Zeitschriftenstelle untergebracht ist[224], erhielten die neu einzuarbeitenden Stücke eine Inventarnummer und wurden unter Angabe dieser Nummer, des Verfassers, des Titels und des Erscheinungsjahres ins Akzessionsjournal eingetragen - Monographien und Zeitschriften[225] waren damals wie heute aus Gründen der Statistik getrennte Nummernkontingente zugewiesen. Monographische Literatur wurde anschließend in die Verlegerkartei eingetragen und gestempelt[226]. Sofern das betreffende Werk innerhalb einer

---

[220] Akte D 1 der ULB Bonn; W. Krieg, Landesbibliotheksaufgaben in Nordrhein-Westfalen (1979) 10. – In Akte D 1 befindet sich u. a. das Konzept eines Schreibens (an das Kultusministerium?) vom 14.7.1955, in dem es heißt, daß von den im laufenden Jahr erschienenen 27 Heften der Reihe B der Deutschen Bibliographie nur fünf hätten durchgesehen werden können. Weiter heißt es: “Die Arbeit läßt sich ohne eine dauernde zusätzliche Arbeitskraft ohne Schädigung der Bibliothek nicht mehr schaffen.“

[221] Der Prozentsatz von 33% gilt zumindest heute und wird auch von Krieg (1979) 10 erwähnt – es besteht kein Grund anzunehmen, daß die Ablieferungsmoral in den 50er Jahren besser war.

[222] s. u. 38ff.

[223] s. o. 29f.

[224] Dies liegt darin begründet, daß sich hier Spezialregale zur Aufnahme noch nicht bindereifer Zeitschriftenhefte befinden, die naturgemäß auch die Pflichtstelle benötigt.

[225] Das Nummernkontingent für Zeitschriften wurde und wird auch für zeitschriftenartige Reihen und Zeitungen verwendet.

[226] Das Stempeln erfolgte erst jetzt, da erst jetzt festgestellt werden konnte, ob es sich um eine Dublette handelte; Dubletten wurden in der Regel an den Verlag zurückgegeben (Akte P 400 der ULB Bonn) – lediglich Dubletten

gezählten Serie erschien, schloß sich außerdem eine Eintragung in die Serienkartei an. Bei Zeitschriften, von denen nur der gesamte Jahrgang, nicht das Einzelheft akzessioniert wurde, erfolgte die Nachtragung in der Zeitschriftenkartei, bei Loseblattausgaben die Nachtragung in der Loseblattkartei – fehlte das vorhergehende Heft bzw. die letzte Lieferung, so wurde diese sofort reklamiert.

Für Monographien war im Anschluß an die Eintragung in die Verlegerkartei ein Laufzettel auszufüllen, der das Buch durch alle weiteren Stellen des Geschäftsgangs begleitete. Auf den Laufzetteln, die in der Nachkriegszeit neu eingeführt worden waren[227], wurden die Akzessionsnummer, das Datum der Inventarisierung sowie Verfasser, Titel, Erscheinungsort und Erscheinungsjahr des Werkes vermerkt. Nachdem außerdem eine Titelaufnahme für den Interimskatalog im internationalen Bibliotheksformat erstellt und in den IK eingelegt worden war, konnten monographische Werke die Pflichtstelle verlassen.

Zeitschriftenhefte wurden bis zur Bindereife der Zeitschrift im Bereich der Pflichtstelle in Kapseln gelagert, wobei die Kapseln alphabetisch nach Zeitschriftentiteln geordnet waren. Von stark gefragten Zeitschriften, wie etwa juristischen Zeitschriften des Verlages Heymann in Köln, wurde das jeweils aktuelle Heft damals wie heute in der Zeitschriftenauslage im Benutzerbereich ausgelegt. Hatte die Zeitschrift Bindereife erreicht, so war für den bzw. die betreffenden Jahrgänge wiederum ein Laufzettel auszufüllen, der den Band auf seinem weiteren Weg durch den Geschäftsgang begleitete. War der Zeitschriftentitel neu, d. h. hatte noch kein Band des betreffenden Titels den Geschäftsgang durchlaufen, so mußte wiederum ein IK-Zettel geschrieben werden. Außerdem war in der Pflichtstelle eine Titelaufnahme für den alphabetischen und systematischen Zeitschriftenkatalog zu erstellen.

Loseblattlieferungen wurden nach ihrer Nachtragung in den Lesesaal weitergereicht, da sie das dortige Personal nachlegte. Zeitungen und zeitschriftenartige Reihen wurden wie Zeitschriften behandelt, Landkarten und Musikalien wurden, wie bereits erwähnt, aus Gründen der Arbeitsüberlastung nicht inventarisiert, sondern in Kisten gesammelt – ihre Einarbeitung erfolgte erst, als nach der nochmaligen Verkleinerung des Sammelbereichs 1993 zusätzliche Kapazitäten frei wurden[228].

---

von Zeitschriftenheften wurden wegen ihres vergleichsweise geringen Wertes bis zur Bindereife aufgehoben und dann, falls das erste Heft nicht verlorengegangen war, makuliert.

[227] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 85.

[228] Zur Ehrenrettung der Bibliothek sei angemerkt, daß nach Landkarten und Musikalien keine Nachfrage besteht – die Benutzer scheinen diese Materialien lieber im Geographischen bzw. Musikwissenschaftlichen Institut einzusehen.

5.4. Der weitere Geschäftsgang

Nach ihrer Inventarisierung verließen die Pflichtexemplare die Pflichtstelle – in den nachfolgenden Abteilungen wurden sie zusammen mit Kauf-, Geschenk- und Tauschexemplaren bearbeitet. Zunächst gelangten Monographien in das sogenannte „Vorsignierregal", aus dem sie der zuständige Fachreferent wieder entnahm, um zu entscheiden, wieviele Laufzettel des betreffenden Werkes für den systematischen Katalog sowie den Schlagwortkatalog benötigt wurden und ob das Stück gegebenenfalls eine Sonderstandortsignatur erhalten sollte. Nachdem der Fachreferent die entsprechenden Angaben auf dem Laufzettel vermerkt hatte, reichte er die Werke an die Einbandstelle weiter. In den 50er Jahren wurden noch immer die meisten Neuzugänge gebunden, allerdings nicht mehr in farbigem, dem Inhalt der Werke eingepaßtem Inhalt, wie es noch in der Vorkriegszeit der Fall war, sondern in einheitlichem Standardeinband[229]. Von der Einbandstelle gelangten die Werke zur Abteilung Standortkatalog, wo die Signatur vergeben wurde. Da man nach Kriegsende zur Aufstellung nach dem numerus currens übergegangen war, waren und sind Pflichtexemplare anhand ihrer Signatur nicht von Einheiten anderer Erwerbungsarten zu unterscheiden[230] - infolgedessen ist es z. B. nicht möglich, eine Ausleihstatistik für Pflichtexemplare zu erstellen. Der Abteilung Standortkatalog folgte die Katalogisierung, die bis in die frühen 50er Jahre mangels Schreibmaschinen handschriftlich erfolgen mußte. Erst seit 1953 wurden die von einer Diplomkraft handschriftlich erstellten Titelaufnahmen von Schreibkräften mittels Schreibmaschinen auf Wachsmatrizen übertragen und in einer Roto-Maschine vervielfältigt[231]. Katalogzettel mußten für den alphabetischen Dienstkatalog, den alphabetischen Benutzerkatalog, den Standortkatalog, den Schlagwortkatalog, den Systematischen Katalog und gegebenfalls für die Sonderstandortkataloge angefertigt werden. Bei Fortsetzungen war außerdem der soeben den Geschäftsgang passierende Band auf der Fortsetzungskarte der Alphabetischen Kataloge nachzutragen. Bevor die für den Schlagwortkatalog sowie den Systematischen Katalog bestimmten Zettel eingelegt werden konnten, hatte sie der Fachreferent mit der Systemstelle bzw. den Schlagwörtern zu versehen. Anschließend erfolgten die Beschriftung der Neuerwerbungen mit der Signatur, eine Endkontrolle durch die Schlußstelle sowie die Aufstellung im Magazin.
Der Geschäftsgang, den Zeitschriften zu durchlaufen hatten, unterschied sich nicht wesentlich von demjenigen der Monographien. Bei neuen Zeitschriften war jedoch von der Diplomkraft der Pflichtstelle ein provisorischer Zettel für den alphabetischen Benutzerkatalog mit der

---

[229] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 89.
[230] Ausnahmen sind die u. 38ff. 48ff. zu besprechenden Signaturen der Sondergeschäftsgänge für Pflichtexemplare.
[231] Schürfeld a.O. (Anm. 71) 91.

Verweisung „bitte im Zeitschriftenzimmer nachfragen“ anzufertigen – bis zur Bindereife und Katalogisierung konnten schließlich je nach Dicke und Erscheinungsweise der Zeitschrift noch mehrere Jahre vergehen, in denen der Titel ohne das Provisorium für den Benutzer nicht ermittelbar gewesen wäre. Neue Zeitschriften, von denen erstmals ein Band den Geschäftsgang passierte, durchliefen sämtliche bei den Monographien genannte Abteilungen, nachfolgende Bände konnten die Katalogisierung und das Fachreferat überspringen. Allerdings wurde im Standortkatalog, den alphabetischen Katalogen sowie gegebenenfalls den Sonderstandortkatalogen der jeweilige Band nachgetragen.

5.5. Der Sondergeschäftsgang NR/ZNR

Für diejenigen Pflichtexemplare, die nicht in das eigentliche Erwerbungsprofil der UB paßten, wurde in den Nachkriegsjahren wiederum ein Sondergeschäftsgang geschaffen. Anstelle der früheren Oberbezeichnung „RV“ wurde nunmehr der Oberbegriff „NR“ (Nebenreihe) bzw. „ZNR“ (Zeitschriftennebenreihe) gewählt. Im Vergleich zum alten Geschäftsgang RV, der so stark vereinfacht war, daß die ihn durchlaufende Literatur keine weiteren Dienststellen außer der Pflichtstelle passieren mußte, war der Geschäftsgang NR/ZNR sehr viel aufwendiger: die betreffenden Pflichtexemplare wurden zunächst in der üblichen, eben geschilderten Weise akzessioniert, erhielten also eine normale Inventarnummer, während beim Geschäftagang RV die Zugangsnummer zugleich Signatur war. In der Abteilung Standortkatalog erfolgte die Vergabe der Signatur, die mit den Buchstaben NR bzw. ZNR begann. Im Falle von NR folgten das Jahr, ein Bruchstrich sowie eine laufende Nummer, im Falle von ZNR nur eine laufende Nummer[232]. In der Katalogisierung wurden vollständige, also nicht wie bei RV verkürzte Titelaufnahmen für die alphabetischen Kataloge erstellt. Der einzige Unterschied zum normalen Geschäftsgang bestand darin, daß NR/ZNR-Exemplare nicht inhaltlich erschlossen und zumeist nicht gebunden wurden – bei Zeitschriften erfolgte z. B. lediglich eine Verkapselung. Außerdem ermöglichte die Sonderstandortsignatur die Aufstellung in einem abgegrenzten Bereich des Magazins, dem sogenannten „Käfig“[233], in dem die Stücke, unter denen sich Trivialliteratur, Hobbyliteratur, Märchenbücher etc. befanden, vor den Mitarbeitern des Hauses geschützt waren, die diese Pflichtexemplare zuvor immer wieder ohne Ausleihverbu-

[232] Also z. B. NR 47/1 – die Signatur war somit analog zu den Signaturen des Normalgeschäftsgangs aufgebaut, die aus dem Jahr, einem Bruchstrich und der laufenden Nummer bestanden, also z. B. 47/1.
[233] Es handelte sich tatsächlich um eine Art Käfig, da der Bereich vom normalen Magazinbereich durch Gitterwände getrennt war.

chung „entliehen" hatten. 1992 wurden die 1973 abgebrochenen Gruppen NR und ZNR[234] geschlossen ins nordrhein-westfälische Speichermagazin Bochum[235] ausgelagert, nachdem die Zeitschriften zuvor noch in die ZDB katalogisiert worden waren[236]. Der Bestand an NR/ZNR-Exemplaren war mittlerweile auf 350 laufende Meter in der Gruppe NR und 300 laufende Meter in der Gruppe ZNR angewachsen, umfaßte also, wenn man von 35 Bänden pro laufendem Meter ausgeht, mehr als 20000 physische Einheiten[237].

Ein schriftlich ausgearbeiteter Kriterienkatalog für die Zuordnung von Pflichtexemplaren zur Gruppe NR/ZNR ist nicht erhalten. Infolgedessen kann heute nur noch die Durchsicht des Standortkataloges Aufschluß darüber geben, welche Stücke in den Sondergeschäftsgang gegeben wurden. Es handelte sich ausschließlich um Werke, die für die wissenschaftliche Arbeit an der Universität Bonn nicht von Interesse waren, nämlich Trivialliteratur[238], Frauenzeitschriften[239], Kinder-, Märchen- und Schulbücher[240], Erbauungsliteratur[241], Hobbyliteratur[242], Zeitschriften und Jahrbücher für Handwerksbetriebe[243] und Verbrauchsliteratur[244]. Daneben wurden jedoch leider auch landeskundliche und landesgeschichtliche Schriften[245], die heute entsprechend den Aufgaben der Bibliothek als Landesbibliothek nicht mehr in einen verkürzten Geschäftsgang gegeben würden[246], dem Sondergeschäftagang zugewiesen – sie sind infolgedessen nicht inhaltlich erschlossen und für den heutigen Bibliotheksbenutzer , da mittlerweile nach Bochum ausgelagert, nur über Fernleihe bestellbar.

---

[234] Im Falle der Zeitschriften bedeutet „abgebrochen" nur, daß keine neuen ZNR-Signaturen mehr vergeben wurden. Die Zeitschriften, die bereits auf einer ZNR-Signatur standen und nicht ihr Erscheinen einstellten, laufen noch heute auf dieser Signatur, wie etwa „Das goldene Blatt" aus dem Bastei-Verlag in Bergisch Gladbach.

[235] Zum Speichermagazin Bochum: Krieg a.O. (Anm. 52) 60ff.

[236] Für die NR-Literatur wurde auf eine EDV-Katalogisierung verzichtet, da sie im Zuge der Retrokonversion automatisch in den Verbundkatalog des Hochschulbibliothekszentrums Nordrhein-Westfalen übernommen werden wird.

[237] Akte P 400 der ULB Bonn (Schreiben vom 8.1.1991, in dem H. Lohse, der damalige Direktor der Bibliothek, P. Rau, den damaligen Leiter des Hochschulbibliothekszentrums, um Aufnahme der Gruppen NR und ZNR in das Speichermagazin Bochum bat).

[238] So etwa: R. Bouton: Arzt im Waisenhaus : Arztroman. – Wuppertal-Barmen : Wiesemann, ca. 1959 (=NR 60/6). Oder: Brandenfels, Ina: Zu jedem Opfer bereit : Frauenroman. – Viersen : Falter-Verl., ca. 1959 (=NR 60/7). – S. auch Anhang 9, wo die NR-Signaturen der Jahre 1947 und 1948 sowie eine Auswahl weiterer NR- und ZNR-Signaturen zusammengestellt sind.

[239] Etwa: Das goldene Blatt. – Bergisch Gladbach : Bastei (=ZNR 464).

[240] Etwa: Geissel, Charlotte: Das Märchen vom Zwergen Tippeltapp, dem Raben Huckepack und der Kräutermuhme. – Wuppertal-Elberfeld : Geissel, 1946 (=NR 47/2). Oder: Brentano, Clemens: Das Märchen vom Murmeltier. – Köln : Volker-Verl., 1948 (Volker-Schulbuchreihe) (=NR 48/15).

[241] Etwa: Die Botschaft : Monatsschrift zur Förderung der Erbauung bibelgläubiger Christen. – Wuppertal-Vohwinkel : Brockhaus (=ZNR 16).

[242] Etwa: Dale, Norman: Zelten – Paddeln – Abenteuer. – Wuppertal : Putty, ca. 1947 (=NR 48/19).

[243] Etwa: Jahrbuch für Poliere und Schachtmeister. – Düsseldorf : Werner (=ZNR 33).

[244] Etwa Telefon- und Adreßbücher.

[245] Etwa: Böhle, Lis: Zwesche Ring un Rhing. – Köln : Pick, 1947 (=NR 48/12; es geht um die Kölner Altstadt, die zwischen den Kölner Ringen, also bogenförmigen Straßen, und dem Rhein liegt). Oder: Klemisch, Franz-Josef: Unser Bistum Essen. – Essen : Driewer, 1960 (=NR 61/11).

[246] s. u. 59.

Über die Zuweisung eines Werkes zum Geschäftsgang NR/ZNR entschied der Direktor, der zugleich Leiter der Erwerbungsabteilung war. Im großen und ganzen sollten sich diese Entscheidungen als richtig herausstellen, da die Ausleihfrequenz der NR/ZNR-Literatur äußerst gering war und ist: eine am 8.1.1991, also kurz vor der Auslagerung der Signaturengruppe ins Speichermagazin Bochum durchgeführte Zählung im Couponregister[247] ergab z. B., daß von den insgesamt ca. 20000 Einheiten nur 15 Exemplare aus der Nebenreihe NR und sieben Bände aus der Zeitschriftennebenreihe ZNR entliehen waren – von den also ingesamt 22 Stücken waren darüber hinaus mehr als die Hälfte von Mitarbeitern der UB Bonn entliehen[248].

6. Die Aufhebung der Kabinettsorder 1962 und das Landespressegesetz von 1966

Von 1959 bis 1963 wurde auf der Ständigen Konferenz der Innenminister der Bundesländer der Modellentwurf eines Landespressegesetzes ausgearbeitet, der in § 12 auch das Pflichtexemplarrecht regelte[249]. In der Erwartung, daß die Endredaktion dieses Musterentwurfes unmittelbar bevorstehe, entschloß sich Nordrhein-Westfalen, die preußische Pflichtexemplarregelung bereits im Vorgriff außer Kraft zu setzen[250]. Als am 7.11.1961 das „Gesetz zur Bereinigung des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts“[251] verkündet wurde, das ab dem 1.1.1962 alle preußischen Rechtsvorschriften aufhob, die nicht in einer Anlage als weiter gültig aufgeführt waren, fehlte § 5 der Kabinettsorder und die darauf bezüglichen Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen in der Anlage.

Da sich sowohl die Endredaktion des Modellentwurfs der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder als auch die Verabschiedung des hierauf basierenden Landespressegesetzes von Nordrhein-Westfalen verzögerten, sollte Nordrhein-Westfalen vom 1.1.1962 bis zum 11.5.1966 pflichtexemplargesetzlos sein. Am 5.6.1962 gelang es jedoch dem Kultusministerium, eine Besprechung zwischen den Direktoren der Universitätsbibliotheken Münster und Bonn sowie dem Rheinisch-Westfälischen Verleger- und Buchhändlerverband herbeizuführen. Um die Kontinuität der Sammlung wahren zu können, sicherte die Verlegerseite zu, weiterhin kostenlose Exemplare abzuliefern, sofern bald eine gesetzliche Regelung erfolge[252]. Offensichtlich schienen auch die meisten Selbstverleger der Bitte um weitere Ablieferung von Freiexemplaren nachgekommen zu sein – die Anzahl der jährlich von der Pflichtstelle einge-

[247] Eine EDV-Ausleihverbuchung wurde erst im November 1994 eingeführt.
[248] Akte P 400 der ULB Bonn.
[249] E. Will, Bibliothek und Wissenschaft 5, 1968, 279.
[250] Raub a.O. (Anm. 11) 67.
[251] GVBl NW 15, 1961, 325ff.

arbeiteten Exemplare stieg nämlich in der gesetzlosen Zeit gegenüber den Vorjahren sogar an[253]: im Akademischen Jahr 1960/61 wurden 4361 Einheiten als Pflichtexemplare geliefert[254], 1962/63 5084 Titel[255] und 1964/65 4464 Bände[256]. Vermutlich hatten die Ablieferungspflichtigen durchaus erkannt, daß sie aus der Ablieferung auch Vorteile zogen. In einer Denkschrift des Vereins Deutscher Bibliothekare über „Notwendigkeit und Berechtigung des Deutschen Pflichtexemplarrechts“[257] war z. B. 1960 darauf hingewiesen worden, daß durch die Aufnahme des Pflichtexemplars in Kataloge oder auch Bibliographien das Werk bekannt und für es geworben würde[258], außerdem die Archivierung von Druckwerken durch Bibliotheken den Ablieferungspflichtigen gegebenfalls der Notwendigkeit enthob, eigene Archive zu unterhalten[259] - so seien etwa viele im Krieg ausgebombte Verlage über den Erhalt von Bibliotheksexemplaren dankbar[260].

Der von der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder zwischen 1959 und 1963 ausgearbeitete Modellentwurf eines Pflichtexemplargesetzes war, wie bereits erwähnt, in das Muster eines Pressegesetzes eingebunden. Dem kulturpolitischen Zweck der Ablieferungspflicht hätte ein eigenständiges Pflichtexemplargesetz, wie es z. B. 1993 in Nordrhein-Westfalen erlassen werden sollte[261], mehr entsprochen - denn die Einbindung in ein Pressegesetz fußte letztendlich auf der Einbindung der Pflichtexemplargesetze in die Zensurgesetzgebung in den letzten Jahrhunderten[262].

Nachdem der von der Ständigen Konferenz der Innenminister ausgearbeitete Modellentwurf eines Landespressegesetzes vorlag, erließen in den Jahren 1964 und 1965 nacheinander Baden-Württemberg, Schlewig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Berlin hierauf basierende Pressegesetze[263]. Lediglich in Nordrhein-Westfalen sollte die Verabschiedung des neuen Pressegesetzes erst 1966 erfolgen. Ursache für diese Verzögerung war u. a. die Tatsache, daß § 12 des Modellentwurfs, also der das Pflichtexemplarrecht re-

---

[252] Raub a.O. (Anm. 11) 68; W. Krieg, Der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen von seiner Gründung bis zum Sommer 1964 (1989) 248f.

[253] Raub a.O. (Anm. 11) 68 geht zu Unrecht von „von 1962-1966 entstandenen Lücken“ aus – die Statistik widerlegt dies.

[254] Chronik 76, 1962, 118.

[255] Chronik 78, 1964, 144.

[256] Chronik 80, 1966, 183.

[257] ZfBB 7, 1960, 375ff.

[258] Dies trifft nach Erfahrungen der Bonner Pflichtstelle insbesondere für Selbstverlage zu, die über die Katalogisierung in den HBZ-Verbund oder die ZDB oder auch über die Aufnahme in die seit 1984 erscheinende Nordrhein-Westfälische Bibliographie sehr erfreut sind und infolgedessen gern abliefern.

[259] So verweist etwa die in Köln ansässige „Bundesstelle für Außenhandelsinformation“, die ihre Druckwerke nicht vollständig archiviert, bei Anfragen nach ihren Publikationen stets auf die ULB Bonn.

[260] ZfBB 7, 1960, 380.

[261] s.u. 54ff.

[262] Raub a.O. (Anm. 11) 67.

[263] Will a.O. (Anm. 42) 279.

gelnde Paragraph, die herkömmliche Ablieferungspflicht durch eine Anbietungspflicht ersetzte, d. h. er stellte die Einforderung der angebotenen Pflichtexemplare ins Ermessen der Bibliotheken[264]. Gegen eine solche Anbietungspflicht, die zwar gegenüber der Ablieferungspflicht raum- und personalsparender gewesen wäre, jedoch dem eigentlichen Sinn des Pflichtexemplarrechts widersprochen hätte[265], wandte sich vehement der „Verein der Bibliotheken Nordrhein-Westfalens". So heißt es in einer in den Bonner Pflichtakten erhaltenen Kritik des Verbandes zum „Entwurf zu einem Pressegetz für das Land NRW"[266], der ebenfalls in den Bonner Akten enthalten ist und in § 22a die Anbietungspflicht der Verleger vorsah: „Wir lehnen grundsätzlich „Auswahlpflichtexemplarrecht" ab. Man kann nicht den Bibliotheken Auswahlrechte zugestehen, die rein subjektiv und zeitlich gebunden sind und jede Vollständigkeit der Sammlung, worauf es gerade ankommt, unmöglich machen"[267]. Die vehemente Stellungnahme der Bibliothekare Nordrhein-Westfalens sollte Erfolg haben. Bei der abschließenden 3. Lesung des neuen Pressegesetzes am 11.5.1966 war anstelle der Anbietungspflicht des Modellentwurfes wiederum eine Ablieferungspflicht getreten[268].

§ 12 des von der Ständigen Konferenz der Innenminister ausgearbeiteten Landespressegesetzmodells sah für abgelieferte Druckwerke eine Entschädigung in Höhe der Selbstkosten vor[269]. Diese Neuregelung sollte den verfassungsrechtlichen Bedenken Rechnung tragen, die von einigen Presserechtlern gegen die Rechtmäßigkeit der Pflichtexemplare erhoben worden waren: sie definierten die unentgeltliche Abgabe von Bibliotheksexemplaren als entschädigungslose Enteignung und damit als unvereinbar mit Artikel 14 des Grundgesetzes. Andere namhafte Juristen hingegen sahen die Ablieferungspflicht als öffentliche Abgabe und somit als verfassungskonform an[270]. Da jedoch die Bibliotheken die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts nicht wagten[271], sollte eine Entscheidung des BVerfG erst am 4.7.1981 ergehen[272].

---

[264] Ebenda; Raub a.O. (Anm. 11) 69.
[265] s.o. 4. 19. 22.
[266] Akte P 400 der ULB Bonn; in § 22a des Entwurfes heit es: „Von jedem Druckwerk, das im Geltungsbereich dieses Gesetzes verlegt wird, hat der Verleger den vom Kultusministerium bezeichneten Stellen ein Sück anzubieten und auf Verlangen abzuliefern (Pflichtexemplar)".
[267] Akte P 400 der ULB Bonn; das Schreiben vom 29.3.1962 wurde von H. Kaspers verfaßt.
[268] GVBl NW 20,1966, 341 (=Anhang 10).
[269] Will a.O. (Anm. 42) 280.
[270] Zur rechtlichen Wertung der Pflichtexemplare als entschädigungslose Enteignung insbesondere: M. Löffler, Presserecht (1955) 452ff.; zur rechtlichen Wertung des Pflichtexemplars als öffentliche Abgabe: ZfBB 7, 1960, 378 mit Lit.; Treplin – Kirchner a.O. (Anm. 1) 276.
[271] In einem Schreiben H. Kirchners an die UB Bonn vom 26.5.59 heißt es z.B.: „Wenn die Frage der Rechtsgültigkeit der Pflichtexemplare zweifelhaft ist, so sollte man der UB Bonn nicht empfehlen, sich durch Anrufung des BVerfG möglicherweise selbst das Grab zu graben" (Akte P 400 der ULB Bonn).
[272] s.u. 58f.

Die nordrhein-westfälischen Bibliothekare wandten sich auch gegen eine uneingeschränkte Erstattungsmöglichkeit der Selbstkosten. Denn es wäre faktisch unmöglich gewesen, die anfallenden Erstattungskosten vorauszuschätzen. Wären aber die tatsächlich notwendigen Aufwendungen höher ausgefallen als die veranschlagte Summe, so hätte dies wiederum zu der prinzipiell abzulehnenden Auswahl aus der Pflichtliteratur genötigt. Darüber hinaus wäre zusätzlich Personal zur Prüfung und Bearbeitung der Erstattungskosten erforderlich gewesen[273].
Auch hinsichtlich ihrer Ablehnung einer uneingeschränkten Erstattungsmöglichkeit waren die nordrhein-westfälischen Bibliothekare erfolgreich: im Landespressegesetz vom 11.5.1966 war die Erstattungsmöglichkeit deutlich eingeschränkt. Abs. 3 besagte: „Auf Antrag ist eine Entschädigung in Höhe der Selbstkosten zu gewähren, wenn die unentgeltliche Ablieferung insbesondere wegen der Auflage oder des Wertes des Druckwerks dem Verleger nicht zugemutet werden kann“[274]. In der Praxis führte dies in der UB Bonn dazu, daß Entschädigungen nur selten gewährt wurden, und zwar wenn die Auflagen unter 200 Exemplaren lagen und das Verlagsunternehmen ebenfalls klein oder Selbstverleger war[275]. Ein eigener Haushaltstitel für Entschädigungszahlungen war nicht eingerichtet worden – die Entschädigungszahlungen, die sich etwa 1970 auf 1235 DM beliefen, wurden aus Titel 533, der eigentlich für „Lehrmittel, Büchereien und Sammlungen“ gedacht war, gezahlt. Auf einige bibliophile und limitierte Ausgaben mußten jedoch seitens der Bibliothek verzichtet werden, da hier eine Entschädigungszahlung zu hoch und für Titel 533 nicht zu verkraften gewesen wäre[276].
Eine Anbietungs- statt der Ablieferungspflicht hatte im Landespressegesetz NRW vom 11.5.1966 zwar verhindert werden könne, § 12 Abs. 2 enthielt aber eine Bestimmung, die die neue Pflichtexemplarregelung doch bedenklich einem „Auswahlpflichtexemplarrecht“[277] annäherte. Es hieß: „Der Innenminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Kultusminister durch Rechtsverordnung weitere Ausnahmen von der Ablieferungspflicht zu bestimmen. Dabei sind insbesondere die Druckwerke von der Ablieferungspflicht auszunehmen, bei denen ein wissenschaftliches oder öffentliches Interesse an der Sammlung nicht besteht“[278] . In einer Änderung vom 26.9.1967 hieß es sogar in § 2 Abs. 1: „Die empfangsberechtigte Bibliothek kann auf die Ablieferung von Musikalien und besprochenen Tonträgern sowie von

[273] Akte P 400 der ULB Bonn (Durchschlag eines Schreibens des Bonner Oberbibliotheksrats R. Mummendey an den Kultusminister NRW vom 29.10.1962, in dem das Angebot einer generellen Entschädigung als nicht vertretbar zurückgewiesen wird).
[274] GVBl NW 20, 1966, 341 (=Anhang 10).
[275] Akte P 400 der ULB Bonn (Schreiben H. Lohses, des leitenden Direktors der Bibliothek an den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW vom 27.4.1971, in dem H. Lohse um die Einrichtung eines besonderen Titels für Entschädigungszahlungen bat, der jedoch nicht eingerichtet wurde).
[276] Ebenda.
[277] s.o. Anm. 267.
[278] GVBl NW 20, 1966, 341 (=Anhang 10).

Neben- oder Unterausgaben einer Hauptzeitung verzichten, soweit das wissenschaftliche oder öffentliche Interesse an der Sammlung dem Verzicht nicht entgegensteht“[279]. Weiter lautete § 2 Abs. 2: „Die empfangsberechtigte Bibliothek kann auch auf die Ablieferung anderer Druckwerke verzichten, an deren Erfassung in einer Regionalsammlung ein wissenschaftliches oder öffentliches Interesse nicht besteht“[280]. In einem Schreiben des Innenministers vom 14.11.1967 an die UB Bonn ist darüber hinaus zu lesen: „Ich möchte hierzu noch bemerken, , daß es dem bei den parlamentarischen Beratungen zum Ausdruck gekommenen Willen des Gesetzgebers entspricht, wenn von den Ihnen eingeräumten Verzichtmöglichkeiten großzügig Gebrauch gemacht wird“[281]. Den großzügigsten Gebrauch von ihrer Verzichtsmöglichkeit machte die UB Bonn bei den Zeitungen, die bereits in der Vorkriegszeit nur in strengster Auswahl gesammelt worden waren. Ein Antwortschreiben der Bibliothek an die Kommission für Zeitungsfragen des VDB, die sich nach Verabschiedung der neuen Landespressegesetze um den ungestörten Pflichtzugang der Zeitungen sorgte, ist zu entnehmen, daß die UB Bonn lediglich 15 Hauptblätter und zwei regionale bzw. kommunale Nebenausgaben hielt. Der Anspruch auf weiter Blätter wurde, wie demselben Schreiben zu entnehmen ist, nicht geltend gemacht, da man sich auf deren Sammlung im Institut für Zeitungsforschung in Dortmund verließ[282].

In § 12 Abs. 1 des Landespressegesetzes NRW von 1966 ist wiederum die Universitätsbibliothek Bonn als empfangsberechtigte Bibliothek für Pflichtexemplare der Regierungsbezirke Aachen, Köln und Düsseldorf genannt. Letzteres war vor Verabschiedung des Gesetzes noch einmal in Frage gestellt worden, da sich auch die UB Düsseldorf und die UuStB Köln um das Pflichtexemplarrecht bemühten[283]. Im Interesse der Kontinuität der Sammlung wurde jedoch Bonn das Pflichtexemplarrecht belassen, da „damit eine seit dem Jahre 1824 bestehende Tradition fortgeführt wird, deren Bruch eine Erschwerung der Benutzungslenkung im auswärtigen Leihverkehr mit sich bringen würde“[284].

Das Landespressegesetz vom 12.5.1966 sowie die Änderung vom 29.6.1967 enthalten einige weitere interessante Bestimmungen, die in diesem Rahmen nur noch kurz gestreift werden können: von der Ablieferungspflicht ausgenommen waren, ebenso wie zu Zeiten der Gültigkeit der Kabinettsorder und ihrer Ausführungs- und Ergänzungsbestimmungen, bildliche Dar-

---

[279] GVBl NW 21, 1967, 181 (=Anhang 11).
[280] Ebenda.
[281] Akte P 400 der ULB Bonn.
[282] Ebenda.
[283] Krieg a.O. (Anm. 52) 12ff.; Akte P 400 der ULB Bonn (hierin z. B. ein Schreiben des Kultusministers an die UB Bonn vom 20.5.1959, in dem es heißt, daß die UuStB Köln mündlich Anspruch auf Verleihung des Pflichtexemplarrechts erhoben habe).

stellungen ohne Text[285] und Sonderdrucke aus Druckwerken, die als solche bereits ablieferungspflichtig waren[286]. Gegenüber den preußischen Bestimmungen neu war, daß unveränderte Neuauflagen nur noch dann abzuliefern waren, wenn sie nicht im gleichen Verlag und nicht früher als zehn Jahre nach der früheren Auflage erschienen[287].

Ebenfalls von der Ablieferungspflicht ausgenommen waren, wie es z. B. bereits 1953 Viktor Burr in seinem Entwurf eines neuen Pflichtexemplargesetzes vorgeschlagen hatte, Akzidenzdrucksachen und Druckwerke, die ausschließlich Zwecken der Werbung und des Verkehrs dienen, wie etwa Fahrpläne, Preislisten und Werbedrucksachen[288]. Wenig glücklich war man in der UB Bonn darüber, daß entsprechend dem von der Ständigen Konferenz der Innenminister ausgearbeiteten Modellentwurf auch Geschäfts-, Jahres- und Verwaltungsberichte nicht als Pflichtexemplare angefordert werden konnten[289]. Ebenfalls sehr unglücklich war man über die Formulierung, , daß den Bestimmungen des Gesetzes „amtliche Druckwerke, soweit sie ausschließlich amtliche Mitteilungen enthalten“[290] nicht unterliegen. Denn die Abgrenzung ausschließlich amtlicher Mitteilungen gegenüber nicht ausschließlich amtlicher Mitteilungen war, sofern sie überhaupt möglich war, schwierig und arbeitsaufwendig[291].

Höchst unzufrieden war man von bibliothekarischer Seite schließlich auch mit § 12 Abs. 4 des Landespressegesetzes, der entsprechend den preußischen Pflichtexemplarregelungen des 19. Jhs. den Drucker als ablieferungspflichtig bezeichnete, „wenn das Druckwerk keinen Verleger hat oder außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes verlegt wird“[292]. Da nämlich Drukker im Gegensatz zu Verlegern für ihre Druckwerke keine Prospekte und Anzeigen herauszugeben pflegen, außerdem die Drucker in Bibliographien nicht genannt sind, wäre die Ermittlung eines Werkes, das außerhalb von NRW verlegt, aber in NRW gedruckt wurde, äußerst schwierig gewesen. Infolgedessen besagte bereits § 1 Abs. 2 der Änderung vom 26.9.1967, daß „von der Ablieferungspflicht § 12 Abs. 4 des Gesetzes diejenigen Druckwerke ausgenommen [werden], die außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes verlegt werden, jedoch bereits auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen eines anderen Bundeslandes dort der Ablieferungspflicht unterliegen“[293]. Da 1967 in allen Bundesländern Pflichtexemplargesetze exi-

---

[284] Akte P 400 der ULB Bonn (Durchschlag eines Schreibens des Oberbibliotheksrats Mummendey an den Kultusminister NRW vom 29.10.1962).
[285] GVBl NW 21, 1967, 181 (=Anhang 11); s. auch o. 12.
[286] Ebenda.
[287] Ebenda.
[288] GVBl NW 20, 1966, 340 (=Anhang 10); s. auch o. 29f.
[289] Will a.O. (Anm. 42) 280; GVBl NW 20, 1966, 340 (=Anhang 10).
[290] GVBl NW 20, 1966, 340 (Anhang 10).
[291] In der Praxis unterzog man sich in der UB Bonn nicht der Mühe, zu klären, ob ein amtliches Druckwerk ausschließlich amtliche Mitteilungen enthielt – wenn es geliefert wurde, wurde es auch eingestellt.
[292] GVBl NW 20, 1966, 341 (=Anhang 10); s. auch o. 11.
[293] GVBl NW 21, 1967, 181 (=Anhang 11).

stierten[294], forderte die UB Bonn letztendlich keine Werke ein, die außerhalb Nordrhein-Westfalens verlegt, aber innerhalb von NRW gedruckt worden waren[295].

Einen erheblichen Rückschritt gegenüber der preußischen Pflichtexemplargesetzgebung des 19. Jhs.[296] bedeutete die Tatsache, daß in § 12 Abs. 1 des Landespressegesetzes NRW nur der Verlag, nicht aber der Selbstverlag als ablieferungspflichtig genannt war. Den Bonner Akten ist zu entnehmen, daß dieses Problem in einer Besprechung zwischen den Direktoren der Universitätsbibliotheken Bonn und Münster sowie je einem Vertreter des Kultus- und Innenministeriums am 10.11.1970 erörtert wurde. Man kam zu dem Ergebnis, daß „auch der Selbstverlag von der Ablieferungspflicht gemäß § 12 Abs. 1 betroffen ist“[297] und daß „bei einer eventuellen Novellierung des Landespressegesetzes (...) zu prüfen sein [wird], ob hier eine ausdrückliche Klarstellung angezeigt erscheint“[298].

Als ein weiteres Problem sollte sich herausstellen, daß das Gesetz darüber schwieg, wie im Falle mehrerer auf dem Titelblatt oder im Impressum genannter Verlagsorte zu verfahren sei[299]. Viktor Burr hatte in seinem 1953 verfaßten Entwurf eines Pflichtexemplargesetzes vorgeschlagen, daß das Werk nur dann, wenn der zuerst genannte Ort innerhalb Nordrhein-Westfalens läge, ablieferungspflichtig sein solle[300]. Da ein entsprechender Passus jedoch nicht in das Landespressegesetz von 1966 übernommen worden war, sollte sich in der UB Bonn in Absprache mit dem Kultus- und Innenministerium die Praxis herausbilden, auch von Nieder- und Zweigniederlassungen eines Verlages, sofern diese auf der Titelei genannt waren, Pflichtexemplare anzufordern[301].

Abschließend sei noch erwähnt, daß gemäß § 23 des Landespressegesetzes der Verstoß gegen die Ablieferungspflicht als Ordnungswidrigkeit galt, die, wenn sie vorsätzlich begangen worden war, mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM, wenn sie fahrlässig begangen worden war, mit einer Geldbuße bis zu 5000 DM geahndet werden konnte[302]. In den Akten der UB Bonn finden sich keine Hinweise darauf, daß einem Verlag tatsächlich einmal eine solche Geldbuße auferlegt wurde. Allein die Drohung seitens der UB, bei Nichtablieferung „über den Regie-

---

[294] H. Kirchner, Bibliotheks- und Dokumentationsrecht (1981) 181f.

[295] Obwohl natürlich in einigen Bundesländern, nämlich Berlin, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein keine Ablieferungs-, sondern lediglich eine Anbietungspflicht existierte: Will a.O. (Anm. 42) 279; Kirchner a.O. 183f.

[296] s.o. 10.

[297] Akte P 400 der ULB Bonn (Protokoll der Besprechung).

[298] Ebenda.

[299] Dies war und ist etwa, um nur zwei Beispiele zu nennen, bei Kohlhammer (Stuttgart und Köln) sowie beim Westdeutschen Verlag (Wiesbaden und Opladen) der Fall.

[300] Akte P 400 der ULB Bonn.

[301] Ebenda (u. a. handschriftliche Notiz des Bibliotheksrats Hoffmann über ein Gespräch mit Vertretern des Kultus- und Innenministeriums vom 23.8.1973; das Protokoll dieses Gesprächs, das in der Notiz erwähnt wird, ist in den Bonner Akten leider nicht vorhanden).

[302] GVBl NW 20, 1966, 343 (=Anhang 10).

rungspräsidenten als zuständige Stelle für Ordnungswidrigkeiten die im Gesetz vorgesehenen Zwangsmaßnahmen einzuleiten“[303], bewegte sämtliche Verlage, die auf mehrfaches Reklamieren nicht reagiert hatten und denen infolgedessen ein entsprechendes Vorgehen angekündigt wurde, zur Einsendung der ablieferungspflichtigen Stücke[304].

7. Die Rationalisierung der Pflichtexemplarverwaltung in der UB Bonn zwischen 1976 und 1980

Bis 1971 war die Pflichtstelle der UB Bonn mit nur einer Diplomkraft besetzt. Seit 1973 wurde zusätzlich eine BAT VII-Kraft eingesetzt, die zunächst für 21 Wochenstunden, seit 1973 ganztägig in der Pflichtstelle beschäftigt war. Im Laufe des Jahre 1973 folgte die Einstellung einer weiteren BAT VII-Halbtagskraft. Doch trotz dieser personellen Verstärkung war man nicht in der Lage, die ständig wachsende Zahl an Pflichtexemplaren zu bearbeiten: waren im akademischen Jahr 1964/65 noch insgesamt 4464 Pflichtexemplare eingearbeitet worden, so waren es im Jahr 1973 bereits 7700 Einheiten, und zwar 3900 Monographien, 1600 Fortsetzungen und 2200 Zeitschriftenbände[305]. Bis zum Jahr 1976 sollte die Zahl noch einmal beträchtlich ansteigen, und zwar auf 6827 Monographien und Fortsetzungen sowie 3833 Zeitschriftenbände[306]. Folge des starken Anstiegs des Pflichtzugangs waren nicht nur Rückstände, sondern auch die Tatsache, daß auf Karteirevisionen und bibliographische Ermittlungen, nämlich die Durchsicht der Reihe B der Deutschen Bibliographie sowie des Börsenblatts und einiger rheinischer Zeitschriften, verzichtet werden mußte – denn es blieb weder die Zeit zur Auswertung der genannten Werke noch wäre die Zeit zur Inventarisierung der nach Reklamation eingegangenen zusätzlichen Pflichtexemplare vorhanden gewesen[307].

Seit 1976 leitete H. Lohse, der Leitende Direktor der UB Bonn und Leiter der Erwerbungsabteilungen der Pflichtstelle, zahlreiche Rationalisierungsmaßnahmen hinsichtlich der Pflichtexemplarbearbeitung ein, die zusammen mit den im folgenden Kapitel zu besprechenden Einengungen des Sammelumfangs die Pflichtstelle wieder funktionsfähig machten, eine Aufarbeitung der Rückstände ermöglichten und bibliographische Ermittlungen wiederum zuließen.

---

[303] Akte P 400 der ULB Bonn (Schreiben H. Lohses an den Verlag Pahl-Rugenstein am 14.3.1985)

[304] So z. B. die Kölner Verlage Pahl-Rugenstein und Müller-Botermann (dieser Verlag versuchte interessanterweise, die Ablieferungspflicht für sich erträglicher zugestalten, indem er schadhafte Exemplare ablieferte) sowie der Bornheimer Lamuv-Verlag.

[305] Jahresbericht 1973, 1974, 6.

[306] Jahresbericht 1978, 1979, 10.

7.1. Der Sondergeschäftsgang für „minderwichtige" Literatur

1973 war der Sondergeschäftsgang NR/ZNR aus heute nicht mehr auszumachenden Gründen[308] abgebrochen worden. In den folgenden Jahren durchlief die gesamte Pflichtliteratur den Normalgeschäftsgang. Seit dem 1.1.1980 wurde dann jedoch wiederum ein Sondergeschäftsgang für nunmehr als „minderwichtige" Literatur bezeichnete Pflichtexemplare eingeführt. Ähnlich dem Sondergeschäftsgang RV der Vorkriegszeit war die Einarbeitung der minderwichtigen Literatur von der Akzessionierung bis zur Einstellung im Magazin ausschließlich der Pflichtstelle übertragen. Minderwichtiges durchlief also keine anderen Abteilungen des Hauses, wodurch insbesondere die Einbandstelle und die Katalogisierung[309] entlastet wurden.

Wie beim Vorkriegsgeschäftsgang RV dienten bei den minderwichtigen Pflichtexemplaren die Akzessionsnummern zugleich als Signaturen. In der Pflichtstelle wurde auch eine endgültige, jedoch vereinfachte maschinenschriftliche Titelaufnahme auf Durchschlagsbögen im internationalen Bibliotheksformat angefertigt. Einer der Zettel war für den neu angelegten „Alphabetischen Katalog der minderwichtigen Literatur" bestimmt, ein zweiter für die Verlegerkartei, der dritte für das Akzessionsjournal[310], der vierte für den ZK des Landes Nordrhein-Westfalen in Köln. Auf eine Aufnahme der minderwichtigen Literatur in den Interimskatalog konnte infolge der im Vergleich zum Normalgeschäftsgang stark verkürzten Bearbeitungszeit verzichtet werden[311].

Die Titelaufnahmen der minderwichtigen Pflichtexemplare waren gegenüber denjenigen der Katalogisierungsstelle insofern verkürzt, als auf bibliographische Ermittlungen, etwa bei abgekürztem Vornamen, verzichtet wurde, der Originaltitel bei Übersetzungen nicht angegeben wurde und außerdem Seitenzahl-, Abbildungs-, Formatangaben und die ISBN-Nr. fehlten. Statt des sonst üblichen, im Magazin aufgeklebten Signaturenschildchens wurde für Minderwichtiges ein neu angefertigter kombinierter Besitzstempel mit auszufüllendem Signaturenschild verwendet, so daß das Buch noch in der Pflichtstelle schnell und problemlos mit der jeweiligen Signatur versehen werden konnte. Ebenfalls noch in der Pflichtstelle, nicht in der Einbandstelle, wurde die gesamte minderwichtige Literatur verkapselt, d. h. sowohl die ge-

---

[307] Jahresbericht 1973, 1974, 6.

[308] An die Beweggründe erinnert sich leider nicht einmal die damals in der Pflichtstelle tätige Diplombibliothekarin – auch in den Akten ist hierüber nichts zu finden.

[309] In der Katalogisierung hatten sich „mehrere tausend Einheiten betragende Katalogisierungsreste fast ausschließlich aus dem Pflichtbereich" (Jahresbericht 1974, 1975, 9) gebildet, die erst mit der Einführung des Sondergeschäftsgangs für minderwichtige Literatur 1980 abgebaut werden konnten (Jahresbericht 1980, 1981, 2).

[310] Zum Akzessionsjournal s. auch u. 51.

[311] Jahresbericht 1980, 1981, 10; Akte P 400 der ULB Bonn (Schreiben H. Lohses an den Rektor der Universität Bonn und den Kultusminister vom 17.1.1980, in dem der neue Sondergeschäftsgang für minderwichtige Literatur erläutert wird).

bundenen als auch die broschierten oder gehefteten Stücke wurden, dem jeweiligen Format entsprechend, in Kapseln zusammengefaßt und die Signaturen der darin enthaltenen Werke auf dem Kapsel-Rückenschild angegeben[312]. Da an minderwichtige Pflichtexemplare keine normalen numerus-currens-Signaturen vergeben wurden, sondern mit „P" und der Jahreszahl beginnende laufende Nummern[313], die zugleich Inventarnummern waren, war eine Sonderaufstellung des Minderwichtigen im Magazin möglich – Anfang der 90er Jahre konnte zudem eine Auslagerung der Signaturen P 80/... bis P 85/... in Speichermagazin Bochum erfolgen.
In den minderwichtigen Geschäftsgang konnten naturgemäß nur Monographien, keine Zeitschriften und Fortsetzungen gegeben werden[314]. Im Gegensatz zu den früheren Geschäftsgängen RV und NR/ZNR waren minderwichtige Werke nur in Dienstkatalogen nachweisbar, nämlich in dem neu angelegten alphabetischen Katalog der minderwichtigen Pflichtliteratur und in der Verlegerkartei. Da keine Aufnahme der Titel in den alphabetischen Benutzerkatalog der UB Bonn erfolgte[315], blieben die Signaturen minderwichtiger Werke für Benutzer unermittelbar. Infolgedessen mußten alle Ortsleihscheine für nicht nachgewiesene Publikationen aus dem Pflichtexemplareinzugsgebiet der UB Bonn an die Pflichtstelle weitergeleitet und dort noch einmal überprüft werden. Um den hierdurch anfallenden zusätzlichen Arbeitsaufwand so gering als möglich zu halten, durchliefen nur solche Werke den minderwichtigen Geschäftsgang, für die eine nur geringe Benutzung zu erwarten war, also Werke, die für die wissenschaftliche Arbeit an der Universität Bonn nicht von Interesse waren und die nicht käuflich erworben worden wären. Hierbei handelte es sich, wie schon bei den Gruppen RV und NR/ZNR, insbesondere um Trivialliteratur, Kinder- und Schulbücher, Kochbücher, Hobbyliteratur, Ratgeber sowie Sachbücher, die dem Erwerbungsprofil einer Stadtbücherei entsprachen. Darüber hinaus wurde jedoch auch erstmals technische Literatur in den vereinfachten Geschäftsgang gegeben, da die Universität Bonn über keine technische Fakultät verfügt und die Nachfrage nach technischen Werken infolgedessen äußerst gering war und ist. Ebenso wurde landbauwissenschaftliche Literatur generell als minderwichtig behandelt, da Studenten der Landbauwissenschaften die von ihnen benötigte Literatur fast ausschließlich über die ebenfalls in Bonn befindliche Zentralbibliothek der Landbauwissenschaften beziehen, die Ausleihfrequenz in der UB also wiederum sehr gering ist. Wirtschaftswissenschaftliche Literatur schließlich durchlief, da im Sammelgebiet der UB Bonn kein kometenter wirtschaftswis-

[312] Ebenda.
[313] Also z. B. P 80/1
[314] Da jede physische Einheit eine laufende Nummer erhielt und die einzelnen Einheiten nach laufenden Nummern in Kapseln zusammengefaßt wurden, hätten Zeitschriften und Fortsetzungen im minderwichtigen Geschäftsgang keine Gesamtsignatur erhalten und nicht zusammmen verkapselt werden können.
[315] Hierauf mußte aufgrund der schlechten Qualität der Durchschlagzettel verzichtet werden.

senschaftlicher Verlag ansässig ist, ebenfalls den verkürzten Geschäftagang – denn auch nach den Pflichtexemplaren aus diesem Fachgebiet, die sich insbesondere aus Firmenschriften zusammensetzten, besteht kaum Nachfrage[316].

Über die Zuordnung eines Werkes zum miderwichtigen Geschäftsgang entschied zunächst der Leitende Direktor der UB Bonn, der zugleich Leiter der Erwerbungsabteilungen war, später, nachdem sich klare Kriterien für die Einstufung eines Werkes als minderwichtig herausgebildet hatten, eine in der Pflichtstelle tätige Diplombibliothekarin. Bereits 1980 durchliefen etwa 2600 physische Einheiten, also fast 50% des gesamten Monographienzugangs der Pflichtstelle, den minderwichtigenGeschäftsgang[317]. Bei einem Verhältnis von etwa 1:1 zwischen „wichtiger" und „minderwichtiger" Literatur sollte es auch in den folgenden Jahren bleiben. Die Ausleihquote minderwichtiger Literatur lag bei nur etwa 1%, die angewandten Kriterien für die Zuordnung eines Werkes zum Sondergeschäftsgang sollten sich also als richtig erweisen.

7.2. Weitere Rationalisierungsmaßnahmen in der Pflichtstelle

Eine merkliche Rationalisierung des Arbeitsablaufs wurde 1978 durch die Umstellung der mittlerweile ca. 3000 Verlage umfassenden Verlegerkartei von einer DIN-A-5-Steilkartei auf eine Bestandskartei im internationalen Bibliotheksformat erreicht. Während bisher alle gelieferten Monographien auf DIN-A-5-Karteikarten handschriftlich nachgetragen wurden[318], konnten nunmehr ein Durchschlag des ohnehin für das Akzessionsjournal, den IK, den StoK und den Laufzettel erstellten maschinenschriftlichen Zettalsatzes im internationalen Bibliotheksformat für die Verlegerkartei verwendet werden. Der Durschlag wurde hinter einer Verlegerleitkarte, die die Anschrift des Verlags verzeichnete, gemäß den P. I. in die Durchschlagszettel der übrigen Werke des betreffenden Verlags eingeordnet. Die einzelnen Verlegerleitkarten waren zunächst alphabetisch nach Orten, innerhalb der Orte nach den Verlegern geordnet.

Durch die neue Verlegerkartei wurde nicht nur überflüssige Schreibarbeit vermieden, sondern auch eine größere Übersichtlichkeit erreicht, da der Bestand nunmehr alphabetisch und nicht mehr chronologisch geordnet war. Darüber hinaus konnten reklamierte Titel durch farbige Zettel, die in das Alphabet der bereits gelieferten Titel eingeordnet wurden, hervorgehoben

---

[316] Jahresbericht 1980, 1981, 8ff.; Akte P 400 der ULB Bonn (undatiertes Thesenpapier zur „Behandlung der als Pflichtexemplare abgelieferten Monographien").
[317] Jahresbericht 1980, 1981, 9.
[318] s.o. 32.

werden, was Revisionsarbeiten außerordentlich vereinfachte. Ein weiterer Vorteil bestand darin, daß für die neue Verlegerkartei auch eine Verwendung der von der Deutschen Bibliothek in Frankfurt erstellten Titelkarten des „Wöchentlichen Verzeichnisses" als Reklamationsunterlagen möglich war[319].

Die neue Verlegerkartei blieb bis zur Einführung des integrierten Geschäftsgangs 1999 in Gebrauch. Auch nach dem Übergang zu den RAK-WB 1990 wurden die Verlegerleitkarten in ihrer alten Ordnung nach den P. I. belassen – die Durchschläge der nunmehr nach den RAK erstellten maschinenschriftlichen Titelaufnahmen wurden jedoch, von den nach den P. I. aufgenommenen Titeln durch eine farbige Nasenkarte deutlich getrennt, nach den RAK-WB alphabetisch geordnet[320].

Von den übrigen Rationalisierungsmaßnahmen, die zwischen 1974 und 1980 durchgeführt wurden, seien hier nur noch einige wenige genannt: bereits 1974 wurde die handschriftliche Eintragung der Monographien in ein Bandakzessionsjournal aufgegeben. Statt dessen wurde einer der Durchschläge des Zettelsatzes, dessen übrige Zettel als IK-, StoK- und Laufzettelexemplar dienten, als Akzessionszettel verwendet. Jeweils 250 Akzessionszettel bzw. –nummern wurden zusammengefaßt und in der hauseigenen Buchbindewerkstatt broschiert. Seit 1976 beschränkte man sich darüber hinaus auf die Akzessionierung des jeweils ersten Bandes bzw. der jeweils ersten Lieferung von Fortsetzungswerken und Loseblattsammlungen. Denn im Gegensatz zur Kaufakzession, bei der aus Gründen der Rechnungsbearbeitung auch für Folgebände und –lieferungen Inventarnummern erforderlich sind, sind neue Zugangsnummern für die Nachfolgebände von Pflichtexemplaren nicht zwingend erforderlich.

Eine weitere Vereinfachung betraf die in einer Zahl von jährlich etwa 2500[321] Exemplaren eingehenden Groschenromane des Bastei-Verlags in Bergisch Gladbach. Sie wurden nicht dem minderwichtigen Geschäftsgang zugewiesen, da sie zusammen verkapselt und Stücktitelaufnahmen vermieden werden sollten[322]. Statt dessen durchliefen die gezählten Serien, innerhalb derer die einzelnen Groschenromane erschienen[323], den „wichtigen" Geschäftsgang, wurden also z. B. auch in den alphabetischen Benutzerkatalog aufgenommen. Die einzelnen Stücke der Reihen jedoch wurden lediglich in der Serienkartei der Pflichtstelle handschriftlich

---

[319] Jahresbericht 1978, 1979, 8f.

[320] Eine Umordnung der Verlegerleitkarten nach den RAK-WB wurde vermieden, da 1990 bereits eine Verkleinerung des Sammelgebiets der UB Bonn erwartet wurde; nach der tatsächlichen Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets 1993 wurde ebenfalls auf die arbeitsintensive Umstellung der Verlegerleitkarten verzichtet, da nunmehr bereits die Einführung des integrierten Geschäftsgangs mir SIERA absehbar war.

[321] Die jährlich etwa 2500 Groschenhefte sind statistisch nicht als 2500 physische Einheiten erfaßt; da die Groschenhefte verkapselt werden, werden aus Gründen der Arbeitsersparnis nur die Kapseln gezählt und als jeweils eine Einheit erfaßt; dies ist jedoch inkonsequent, da etwa bei der ebenfalls verkapselten minderwichtigen Literatur das einzelne Pflichtexemplar, nicht die gesamte Kapsel als Einheit gezählt wird.

[322] Beides wäre im minderwichtigen Geschäftsgang nicht möglich gewesen, s. o. 48ff.

nachgetragen – im alphabetischen Benutzerkatalog sowie den Dienstkatalogen außerhalb der Pflichtstelle fehlten sie. Hier war lediglich unter dem Serientitel die Verweisung zu finden, daß der genaue Bestand bzw. das Vorhandensein spezieller Stücke in der Pflichtstelle zu erfragen sei.

Eine letzte Rationalisierungsmaßnahme, die hier genannt werden soll, betraf die als Pflichtexemplare eingehenden Zeitungen: ihre Zugangskontrolle wurde 1977 dem Magazinmeister übertragen, wodurch die in der Pflichtstelle herrschende Raumnot gelindert wurde. Während nämlich zuvor Zeitungen bis zur Bindereife in der Pflichtstelle aufbewahrt worden waren, konnten sie nun sofort ins Magazin weitergereicht werden[324].

8. Die Einengung des Sammelumfangs in den 80er Jahren

Der 1980 eingeführte Sondergeschäftsgang für minderwichtige Literatur entlastete in erster Linie die der Pflichtstelle in der Pflichtexemplarbearbeitung nachfolgenden Abteilungen, nämlich die Einbandstelle und die Katalogisierung. Für die Pflichtstelle selbst hingegen bedeutete der neue Geschäftsgang Mehrarbeit, da nun etwa minderwichtige Werke bereits in der Pflichtstelle verkapselt wurden. Obwohl der UB 1993 eine Planstelle der am 31.12.1982 aufgelösten Staatlichen Büchereistelle Aachen zur Erschließung von Pflichtliteratur zugewiesen worden war[325], gelang noch immer keine Aufarbeitung der Rückstaände, zumal die Zahl der jährlich eingehenden Pflichtexemplare weiterhin anstieg[326]. Infolgedessen entschloß sich H. Lohse, der Leitende Direktor der UB, zu einer Einengung des Sammelumfangs gemäß § 2 Abs. 2 der „Verordnung über die Ablieferung von Druckwerken" vom 26.9.1967[327], nach dem die empfangsberechtigte Bibliothek auf die Ablieferung von Druckwerken „an deren Erfassung in einer Regionalsammlung ein wissenschaftliches oder öffentliches Interesse nicht besteht"[328], verzichten konnte. Neben den entsprechend dem Landespressegesetz von 1966 ohnehin nicht zu sammelnden Akzidenzdrucksachen[329] wurden nun in Absprache mit Innen- und

---

[323] Es sei angemerkt, daß sämtliche Groschenhefte des Bastei-Verlages innerhalb gezählter Serien erscheinen.
[324] Jahresbericht 1977, 1978, 12.
[325] Akte P 400 der ULB Bonn; es handelte sich um eine BAT VIb-Stelle.
[326] 1978 waren 9148 Pflichtexemplare inventarisiert worden (Jahresbericht 1978, 1979, 11), 1980 10637 Pflichtexemplare (Jahresbericht 1980, 1981, 11), 1981 11434 Bände (Jahresbericht 1981, 1982, 11) und 1982 11687 physische Einheiten (Jahresbericht 1982, 1983, 9).
[327] GVBl NW 21, 1967, 181 (=Anhang 11)
[328] Ebenda.
[329] Ebenda.

Kultusministerium weitere Kategorien von Drucksachen nicht mehr bzw. nur noch in Auswahl gesammelt[330]:

- Periodische Veröffentlichungen in hektographierter oder noch einfacherer Form wie Schülerzeitschriften, Pfarrbriefe und Vereinszeitschriften wurden nur noch in Auswahl gesammelt[331].
- Großdruckbücher wurden nicht mehr eingestellt, da in ihnen in der Regel lediglich ein bereits in demselben oder einem anderen Verlag erschienener Text zum Zweck der besseren Lesbarkeit noch einmal in Großbuchstaben abgedruckt war. Aus dem genannten Grund wurde auch auf Drucke in Blindenschrift verzichtet[332].
- Taschenbuchausgaben von bereits vorhandenen Werken des gleichen Verlags oder eines anderen Verlags aus dem Pflichtexemplareinzugsgebeit der UB Bonn wurden nicht mehr gesammelt[333].
- Auf Lizenzausgaben, deren Text bereits innerhalb des Pflichtbereichs als Original erschienen und eingestellt worden war, wurde entgegen der bisher üblichen Sammelpraxis nunmehr verzichtet[334].
- Pressedienste wurden als „Halbfertigware“[335] von der Sammlung ausgenommen.
- Auf Veröffentlichungen der in Bonn akkredidierten Botschaften wurde in Folge ihres exterritorialen Charakters verzichtet[336].
- Amtliche Drucksachen des Bundes wurden nicht mehr gesammelt – man verließ sich auf deren Archivierung in der Bibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin sowie der Bayerischen Staatsbibliothek in München.

---

[330] Akte P 400 der ULB Bonn. – Interessant ist der ebenfalls in den Bonner Akten enthaltene gleichzeitige Schriftverkehr der UB Münster mit dem Kultusministerium, der in diesem Rahmen leider nur kurz erwähnt werden kann. In der UB Münster weigerte man sich, „von dem Ermessensspielraum des wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesses“ [Gebrauch zu machen], da wir wiederholt feststellen mußten, daß die einer Auswahlentscheidung zugrunde gelegten Kriterien infolge unvorhersehbarer Änderungen oder Verlagerungen des wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesses hinfällig werden“ (Kopie eines Schreibens der UB Münster an das Kultusministerium vom 15.9.1981).

[331] Akte P 400 der ULB Bonn (Dienstanweisung vom 25.2.1986).

[332] Ebenda. – Großdruckbücher verlegt z. B. der Bastei-Verlag in Bergisch Gladbach. – Es sei angemerkt, daß die Argumentation H. Lohses nur den Inhalt der Werke berücksichtigt; andere wichtige Aufgaben der Pflichtexemplare, wie etwa zu ermöglichen, in Zukunft Leserforschung zu betreiben (welche Texte werden in Großbuchstaben oder auch in Blindenschrift gedruckt) oder Bibliographien zu erstellen, blieben bei H. Lohses Argumentation leider unberücksichtigt.

[333] Ebenda. – Bei Kiepenheuer & Witsch in Köln z. B. erscheinen häufig Taschenbuchausgaben von zuvor in demselben Verlag in gebundener Form verlegten Werken; weiterhin erscheinen bei Bastei-Lübbe in Bergisch Gladbach häufig Werke, die zuvor im Econ-Verlag in Düsseldorf in gebundener Form verlegt wurden.

[334] Ebenda. – Lizenzausgaben von Werken, die im Original von der Zentrale für Politische Bildung in Bonn herausgegeben wurden, erscheinen oftmals bei Leske + Budrich in Opladen.

[335] M. Löffler, Presserecht (^{3}1983) I 617.

[336] Akte P 400 der ULB Bonn (Schreiben B. Picards von der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main an H. Lohse vom 27.3.1997, in dem B. Picard betont, daß seines Erachtens die Veröffentlichungen ausländischer Bot-

- Auf Veröffentlichungen der Universität Bonn wurde verzichtet – ihre Sammlung wurde dem Universitätsarchiv überlassen.
- Loseblattsammlungen wurden nur noch in Fällen, in denen Benutzung zu erwarten war, nachgelegt. In allen anderen Fällen wurde lediglich das Grundwerk aufbewahrt – den Verlegern ging eine Mitteilung zu, daß die UB Bonn auf Ergänzungslieferungen verzichtet und lediglich um Übersendung eventueller aktualisierter Neuausgaben des Grundwerks bittet[337].
- Die Groschenhefte des Bastei-Verlags wurden nur noch in Auswahl gesammelt. In Absprache mit dem Verlag wurde der UB Bonn das gesamte Sortiment zugeschickt – nicht eingestellte Hefte wurden makuliert, da, so der Verlag in einem Schreiben vom 24.1.1985, „eine Rücksendung nur unnötige Kosten verursachen würde“[338].

9. Das Pflichtexemplargesetz vom 8.6.1993 und die nochmalige Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets der U(L)B Bonn

Während sich die UB Bonn noch Anfang der 60er Jahre um die Beibehaltung des Pflichtexemplarrechts für das gesamte Gebiet der ehemaligen Nordrheinprovinz eingesetzt hatte[339], war sie Ende der 80er Jahre zum Verzicht auf einen Teil ihres Pflichtexemplareinzugsgebiets bereit. In einem am 9.12.1988 verfaßten Schreiben H. Lohses, des Leitenden Direktors der UB Bonn, an G. Gattermann, den Leitenden Direktor der UB Düsseldorf, äußerte H. Lohse, daß er dem Vorschlag des Kultusministers, eine Gesetzesänderung vorzunehmen, nach der die UB Bonn zukünftig nur noch für den Regierungsbezirk Köln zuständig wäre und die UB Düsseldorf den Regierungsbezirk Düsseldorf übernähme, positiv gegenüberstehe[340]. Ursache für diese Verzichtsbereitschaft war die Einsicht, daß bei den geringen Personal- und Einbandmitteln trotz der durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen und Einengungen des Sammelauftrags dauerhaft eine gewissenhafte Erfüllung des gesetzlichen Sammelauftrags bei ungeschmälertem Sammelgebiet nicht zu gewährleisten war. Denn fast 80% der in Nordrhein-Westfalen ansässigen Verlage haben ihren Sitz im rheinischen Landesteil, nur etwa 20% sind in Westfalen niedergelassen. Die Produktion gewerblicher und nichtgewerblicher Verleger im Rheinland ist zweieinhalbmal so hoch wie in Westfalen, der prozentuale Anteil der Pflichtex-

---

schaften nicht unter die Pflichtabgabebestimmungen fallen – in Bonn waren jedoch bis in die 80er Jahre durchaus Botschaftsveröffentlichungen, sofern sie freiwillig abgeliefert worden waren, eingearbeitet worden).

[337] Akte P 400 der ULB Bonn (Dienstanweisung vom 25.2.1986).

[338] Ebenda (Schreiben des Bastei-Verlags an die UB Bonn vom 24.1.1985).

[339] s.o. 44.

[340] Akte P 400 der ULB Bonn (Kopie des Schreibens).

emplare am Gesamtzugang der Bibliothek betrug in Bonn in den 80er Jahren etwa 20%, in Münster etwa 10%[341]. Durch die beschriebene Einengung des Sammelumfangs war die Zahl der jährlich inventarisierten Pflichtexemplare in Bonn zwar von 11687 Einheiten 1982[342] auf 9379 Bände 1986[343] und 9720 Bände 1988[344] gesunken, für diese aber immer noch knapp 10000 Pflichtexemplare pro Jahr standen in Bonn lediglich vier Ganztagskräfte zur Verfügung, während in Münster zwei Ganztagskräfte und zwei Kräfte mit jeweils 25 Stunden für die Inventarisierung von nun ca. 5000 Pflichtexemplaren pro Jahr vorhanden waren[345].

In einem Schreiben vom 23.1.1990 teilte G. Gattermann H. Lohse mit, daß „die Universitätsbibliothek Düsseldorf bereit [wäre], künftig die Pflichtexemplare aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf zu sammeln, zu erschließen und bereitzustellen, sofern (...) der Gesetzgeber es so will"[346]. Die positive Antwort Düsseldorfs lag insbesondere darin begründet, daß sich die UB Düsseldorf als Mitherausgeberin der Nordrhein-Westfälischen Bibliographie durch die Verleihung des Pflichtexemplarrechts Erleichterungen bei der Verzeichnung der Regionalliteratur erhoffte[347].

Ungeachtet der geplanten Neuverteilung der Zuständigkeit für Pflichtexemplare war ein neues Pflichtexemplargesetz seit längerem ein Desiderat – denn die Definition des Ablieferungsgutes im Landespressegesetz NRW von 1966 war angesichts der technischen Entwicklung und der neuen Publikationsformen längst veraltet.

Das gewünschte Pflichtexemplargesetz erging am 8.6.1993[348]. Es wurde als eigenständiges Gesetz vorgelegt. Hiermit wurde der Tatsache Rechnung getragen, daß das Pflichtexemplarrecht rechtssystematisch im allgemeinen Presserecht keinen Platz hat, da es nicht der Ordnung

---

[341] Raub a.O. (Anm. 11) 84.

[342] Jahresbericht 1982, 1983, 8.

[343] Jahresbericht 1986, 1987, 11.

[344] Jahresbericht 1988, 1989, 11.

[345] Raub a.O. (Anm. 11) 80.83. – In Akte P 400 der ULB Bonn ist eine umfangreiche Korrespondenz H. Lohses mit dem Kultusministerium erhalten, in der H. Lohse um die Errichtung einer zusätzlichen Planstelle für die Pflichtstelle bat; u. a. ist auch eine 1979 im Auftrag des Kultusministeriums angefertigte Auflistung des Zeitaufwands für die Erschließung und Bereitstellung der Pflichtexemplare in den der Pflichtstelle im Geschäftsgang nachfolgenden Dienststellen (Einbandstelle, Buchbinderei, Standortkatalog, Katalogisierung, Fachreferat, Beschriftung, Schlußstelle, Magazin, Ortsleihe, Fernleihe) erhalten, nach der 10,25 Personen anderer Dienststellen ausschließlich für die Pflichtexemplarbearbeitung tätig – diese 10,25 wurden aber ebenso wie diejenigen der Pflichtstelle selbst aus dem normalen Stellenplan der UB Bonn genommen, also vom Wissenschaftsministerium bezahlt, während das für die Pflichtexemplaraufgaben in erster Linie zuständige Kultusministerium lediglich eine einzige Stelle, nämlich diejenige aus der aufgelösten Staatlichen Büchereistelle Aachen, zur Verfügung gestellt hatte.

[346] Akte P 400 der ULB Bonn; daß zwischen der Anfrage aus Bonn und der Antwort aus Düsseldorf mehr als ein Jahr verstrich, lag darin begründet, daß, wie G. Gattermann in demselben Schreiben mitteilte, die UB Düsseldorf „nicht die Katze im Sack kaufen wollte und (...) daher in der Zwischenzeit gründliche Recherchen über die örtliche Verteilung der Pflichtexemplare in Nordrhein-Westfalen angestellt [hatte]".

[347] Zur Nordrhein-Westfälischen Bibliographie: MB NRW 41, 1991, 102; Landesbibliothek Nordrhein-Westfalen (1995) 5ff.

[348] GVBl NW 47, 1993, 265f. (=Anhang 12); MB NRW 43, 1993, 318f.

des Pressewesens, sondern völlig anderen, kulturpolitischen Zwecken dient[349]. Als empfangsberechtigte Bibliothek war in § 2 des neuen Pflichtexemplarrechts neben den Universitätsbibliotheken Bonn und Münster die Universitätsbibliothek Düsseldorf genannt. Die Zuständigkeit Bonns wurde, wie es bereits 1988 vorgeschlagen worden war, auf den Regierungsbezirk Köln beschränkt, Düsseldorf erhielt den Regierungsbezirk Düsseldorf als Sammelgebiet[350].
Entsprechend den Erfordernissen der modernen Medienlandschaft neu war die Definition des Ablieferungsgutes: § 1 des Pflichtexemplarrechts vom 8.6.1993 besagte: „Von allen mittels eines Vervielfältigungsverfahrens hergestellten und zur Verbreitung bestimmten Texten (Pflichtexemplare), die in Nordrhein-Westfalen verlegt werden, ist *ohne Rücksicht auf die Art des Textträgers und des Vervielfätigungsverfahrens* vom Verleger unaufgefordert unmittelbar nach dem Beginn der Verbreitung unentgeltlich und auf eigene Kosten ein Stück in handelsüblicher Form abzuliefern"[351]. In § 3 Abs. 1 hieß es weiter: „Als Texte im Sinne von § 1 des Gesetzes gelten auch die Texte in verfilmter oder elektronisch aufgezeichneter Form, besprochene Tonträger (...)"[352].
Im Gegensatz zu § 12 des Landespressegesetzes von 1966, in dem das Ablieferungsgut nur sehr knapp definiert wurde, zeichnet sich § 3 Abs. 1 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 durch die Aufzählung der unter das Gesetz fallenden Publikationsformen aus[353]. Interessant ist, daß seit 1993 auch Notendrucke ohne Text der Pflichtabgabe unterligen, während das Gesetz von 1966 nur „Musikalien mit Text oder Erläuterungen"[354] als ablieferungspflichtig bezeichnete. Diese Einschränkung, die im Pflichtexemplarrecht keinen Sinn macht und folgerichtig 1993 aufgehoben wurde, war ein Relikt des 19. Jhs.: damals unterlagen nur Musikalien mit Text den presserechtlichen Bestimmungen, da nur von Liedtexten, nicht aber von der reinen Musik Gefahr ausgehen konnte[355]. Bemerkenswert ist, daß dem Gesetzgeber des 19. Jhs. durchaus klar war, daß die genannte Einschränkung im Pflichtexemplarrecht keinen Sinn machte, so daß seit 1895 auch Musikalien ohne Text ablieferungspflichtig waren[356] - 1966 wurde jedoch die presserechtliche Beschränkung auf Musikalien mit Text in das Pflichtexemplarrecht übernommen, ohne daß wie im 19. Jh. ihre Sinnlosigkeit erkannt worden wäre.

---

[349] s.auch o. 41.
[350] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12). – Zum neuen Sammelgebiet Bonns s. Anhang 7. 13
[351] Ebenda; kursive Stellen von der Verf. der Hausarbeit kursiv gesetzt.
[352] Ebenda. – Leider können im Rahmen dieser Überblicksarbeit die neuen Publikationsformen und die für sie in Bonn entwickelten Sondergeschäftsgänge nicht näher behandelt werden – es sei jedoch auf Anhang 14 hingewiesen, wo u. a. die Höhe des Pflichtzugangs an Mikromaterialien sowie audiovisuellen und elektronischen Medien in den Jahren 1995-97 genannt ist.
[353] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12).
[354] GVBl NW 20, 1966, 340 (=Anhang 10).
[355] Raub a.O. (Anm. 11) 26.
[356] s.o. 12.

§ 3 Abs. 2 des Pflichtexemplarrechts von 1993 bezeichnet auch „sämtliche erkennbar zum Hauptwerk gehörende Beilagen“[357] als ablieferungspflichtig. Letzteres ist insofern wichtig, als Beilagen des öfteren in einem anderen, nicht im Sammelbereich ansässigen Verlag erscheinen. Als ablieferungspflichtig sind weiterhin zur Vervollständigung des Hauptwerks dienende Materialien wie Einbanddecken[358], Sammelordner oder auch Titelblätter, Inhaltsverzeichnisse und Register genannt[359].

§ 3 Abs. 3 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 nennt auch Selbst-, Kommissions- und Lizenzverleger als ablieferungspflichtige Verleger[360] - ein erheblicher Fortschritt gegenüber § 12 des Landespressegesetzes von 1966, in dem nur knapp und unpräzise vom „Verleger“[361] gesprochen wurde. Eine weitere Verbesserung, die Rechtssicherheit schuf, war in § 3 Abs. 4 des Gesetzes von 1993 zu finden: „Gibt es mehrere Verlagsorte, so ist der Hauptsitz bzw. der an erster oder hervorgehobener Stelle im Text genannte Sitz maßgeblich“[362]. Einen solchen Passus hatte schon Viktor Burr 1953 in seinem Entwurf eines neuen Pflichtexemplargesetzes vorgeschlagen[363] - da er jedoch nicht in das Landespressegesetz von 1966 übernommen worden war, hatte sich in Bonn in Absprache mit Innen- und Kultusministerium die Praxis herausgebildet, auch von Neben- und Zweigniederlassungen eines Verlags, sofern diese auf dem Titelblatt angegeben waren, Pflichtexemplare anzufordern[364].

§ 4 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 listet die Ausnahmen von der Ablieferungspflicht auf: wie im Landespressegesetz von 1966 sind Akzidenzdrucksachen nicht ablieferungspflichtig, Geschäfts-, Jahres- und Verwaltungsberichte jedoch, die gemäß den Bestimmungen von 1966 generell nicht abzuliefern waren, sind nunmehr ablieferungspflichtig, sofern sie nicht nur „unter Personen verbreitet werden, für die sie nach Gesetz und Satzung bestimmt sind“[365], d. h. sofern es sich nicht nur um interne Berichte handelt, die eventuell sogar Geschäftsgeheimnisse beinhalten. Weiterhin sind laufende Pressedienste, die als „Halbfertigware“[366] in der UB Bonn seit den 80er Jahren nicht mehr eingestellt wurden, im Gesetz von 1993 von der Ablieferungspflicht ausgenommen, ebenso „Referenten- und Schulungsmaterialien

---

[357] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12).
[358] Ebenda. – Vom Verlag gelieferte Einbanddecken werden jedoch in Bonn selten verwendet, da bei ihrem Gebrauch die Seiten des öfteren sehr stark beschnitten werden müßten, was einen gegebenenfalls nötigen zweiten oder dritten Einband unmöglich machen würde.
[359] Ebenda.
[360] Ebenda.
[361] GVBl NW 20, 1966, 341 (=Anhang 10).
[362] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12).
[363] s.o. 29f.
[364] Akte P 400 der ULB Bonn.
[365] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12). – Zur schon vor 1993 geübten Praxis der UB Bonn, Geschäfts-, Jahres- und Verwaltungsberichte, sofern sie freiwillig abgeliefert wurden, einzustellen, s. o. 45.
[366] M. Löffler, Presserecht (^{3}1983), I, 617.

mit Manuskriptcharakter“[367] – unter den Letztgenannten sind etwa Mappen mit einem bunten Gemisch an Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zu verstehen, wie sie häufig im Rahmen von Volkshochschulkursen ausgeteilt werden. Weiterhin nicht abzuliefern sind Texte, die in einer geringeren Auflage als zehn Exemplare erscheinen, sofern sie nicht „einzeln und auf Anforderung verlegt werden“[368], sofern es sich also nicht um ein „publishing on demand“ handelt[369]. Die Grenze einer geringeren Auflage als zehn Exemplare nennen auch die Sammelrichtlinien der DDB, da „Werke, die in einer so kleinen Zahl vervielfältigt wurden, (...) nicht eigentlich zur Verbreitung bestimmt sein können“[370].

Neu gegenüber dem Landespressegesetz von 1966 ist eine in § 6 Abs. 2 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 enthaltene Bestimmung, nach der der Verleger, der „das Pflichtexemplar nicht oder nicht rechtzeitig abgeliefert [hat], (...) zur Beschaffung und Nachlieferung eines Ersatzexemplars verpflichtet [bleibt]“[371]. Von einem zuerst nicht abgelieferten, dann aber vergriffenen Pflichtexemplar hat der Verleger also ein Ersatzexemplar, etwa eine Fotokopie seines noch vorhandenen Archivexemplars[372] anzufertigen – somit wurde die früher von ablieferungsunwilligen Verlegern gern benutzte Ausrede, das Exemplar sei vergriffen, unbrauchbar.

§ 5 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 besagt ähnlich § 12 Abs. 3 des Landespressegesetzes von 1966, daß „dem Ablieferungspflichtigen (...) auf Antrag von der zuständigen Bibliothek eine Erstattung der Herstellungskosten gewährt [wird], wenn ihn die unentgeltliche Ablieferung wegen der hohen Herstellungskosten und der kleinen Auflage des Werkes unzumutbar belastet“[373]. Hinsichtlich des im Vorhergehenden bereits mehrfach angesprochenen Rechtsstreits um die Verfassungsmäßigkeit der Pflichtexemplarabgabe[374] hatte eine Entscheidung des BVerfG vom 14.7.1981 die erwünschte Klarstellung gebracht. Veranlaßt durch einen Rechtsstreit über die Gültigeit der hessischen Pflichtexemplarbestimmungen, die noch keine Erstattungsmöglichkeit vorsahen, entschied das BVerfG, daß die rechtliche Verpflichtung zur unentgeltlichen Abgabe eines Belegstücks durch den Verleger keine Enteignung im Sinne des Art. 14 Abs. 3 GG darstelle. Es widerspreche jedoch dem Eigentumsrecht, daß ein Verleger auch dann ein Belegstück unentgeltlich abzuliefern habe, wenn es sich um ein mit

---

[367] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12).
[368] Ebenda.
[369] Beim „publishing on demand“ ist davon auszugehen, daß die Gesamtauflage höher als zehn Exemplare ist.
[370] Sammelrichtlinien für die Deutsche Bücherei, die Deutsche Bibliothek und das Deutsche Musikarchiv (1992) 27.
[371] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12).
[372] Die UB Bonn akzeptiert auch Fotokopien, obwohl diese naturgemäß qualitativ (auch hinsichtlich ihrer Haltbarkeit) zumeist sehr viel schlechter als die Originale sind.
[373] GVBl NW 47, 1993, 265 (=Anhang 12).
[374] s. o. 30. 42.

großem Aufwand und in kleiner Auflage hergestelltes Werk handelt[375]. Mit der Entschädigungsmöglichkeit in Sonderfällen, wie sie bereits in § 12 Abs. 3 des Landespressegesetzes NRW vorsah und auch § 5 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 beinhaltet, wird also dem Grundgesetz entsprochen. Interessant ist, daß gemäß einer zunächst vom Innenminister des Landes NRW vorgeschlagenen Fassung § 5 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 Richtzahlen enthalten sollte: „Dem Ablieferungspflichtigen wird auf Antrag von der zuständigen Bibliothek eine Erstattung der Herstellungskosten gewährt, wenn die Auflage niedriger als 500 Exemplare ist und der Nettoladenpreis über 100,- DM liegt"[376]. Die Universitätsbibliotheken Bonn, Düsseldforf und Münster baten jedoch, ihnen bei der Festlegung der Sachverhalte „niedrige Auflage" und „wertvolles Druckwerk" einen Ermessensspielraum zuzugestehen und auf die Nennung von Richtzahlen zu verzichten. Keinesfalls dürften die Richtwerte jedoch die vom Innenminister vorgeschlagene Höhe besitzen, da bei einer Auflage von weniger als 500 Exemplaren und einem Nettoladenpreis von über 100,- DM eine kaum abzusehende Vielzahl von Erstattungsanträgen auf die Bibliotheken zukäme[377]. In der Praxis sollten sich später Richtwerte durchsetzen, nach denen bei einer Auflage von weniger als 300 Exemplaren und einem Ladenpreis von mehr als 500,- DM Erstattungen gewährt wurden – im Gesetzestext wurde auf die Angabe von Zahlen verzichtet. Ebenso wie zwischen Mai 1966 und Juni 1993 blieb auch ab Juni 1993 die Zahl der von der UB Bonn geleisteten Erstattungen gering[378]; die jährlich für Erstattungen zur Verfügung stehende Summe beträgt ca. 3000,- DM.

Amtliche Drucksachen waren im Pflichtexemplargesetz von 1993 nicht mehr erwähnt – die Abgabe amtlicher Drucksachen war in einem „Gemeinsamen Runderlaß des Innenministers und des Kultusministers vom 12. März 1985 über die Abgabe amtlicher Drucksachen an öffentliche Bibliotheken"[379] geregelt worden.

Abschließend sei erwähnt, daß die UB Bonn gemäß § 2 des Pflichtexemplargesetzes von 1993 den Namen „Universitäts- und Landesbibliothek" erhielt – obwohl sie mit der Sammlung, Erschließung, Bereitstellung und Aufbewahrung der Pflichtexemplare nur einen Teil des Aufgabenkomplexes einer Landesbibliothek erfüllt[380].

---

[375] Raub a.O. (Anm. 11) 77f.; B. Picard, Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen 13, 1983, 87ff.; H. Bickelhaupt, ZfBB 31, 1984, 1ff.; H. Kirchner in: Das Buch in Praxis und Wissenschaft (1989) 553ff.

[376] Akte P 400 der ULB Bonn (Schreiben des Innenministers NRW an die UB Bonn vom 15.4.1993).

[377] Ebenda. – Es sei angemerkt, daß zahlreiche wissenschaftliche Werke eine Auflage von unter 500 Exemplaren und einen Nettoladenpreis von über 100,- DM haben.

[378] s. Anhang 15.

[379] Akte P 400 der ULB Bonn; MBl NRW 40, 1987, 122.

10. Die Pflichtexemplarverwaltung in der U(L)B Bonn in den 90er Jahren

1990 waren in der Pflichtstelle der UB Bonn zwei Diplombibliothekarinnen mit jeweils 38,5 Wochenstunden, drei Diplomkräfte mit 19,25 Wochenstunden sowie ein Bibliotheksassistent mit 38,5 Wochenstunden beschäftigt. Zwei der Halbtagskräfte inventarisierten die Monographien, die den Normalgeschäftsgang durchlaufen sollten, 1,5 Diplomkräfte die sogenannte minderwichtige Literatur, der Bibliotheksassistent die Zeitschriften und Loseblattsammlungen. Die Leiterin der Pflichtstelle, eine A 11-Ganztagskraft, war neben ihren Leitungsaufgaben insbesondere mit der Inventarisierung der zeitschriftenartigen Reihen befaßt.

Bedingt durch den Übergang der UB Bonn zur online-Katalogisierung in den HBZ-Verbund[381] 1990 ergaben sich für den Geschäftsgang einige wichtige Änderungen. Die minderwichtige Literatur, die von jeher in der Pflichtstelle nicht nur inventarisiert, sondern auch katalogisiert wurde[382], wird seit 1990 schon in der Pflichtstelle online in die Verbunddatenbank eingegeben. Hierdurch ist eine Fremdleistungsübernahme von 65% möglich geworden, d. h. in 65% der Fälle ist in der Verbunddatenbank bereits eine Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek oder einer Verbundbibliothek vorhanden, der lediglich der Bonner Lokalsatz hinzugefügt werden muß[383]. Weiterhin ist die minderwichtige Literatur infolge der online-Katalogisierung seit 1990 auch für den Benutzer ermittelbar, d. h. im OPAC abrufbar, während sie von 1980-89 lediglich in Dienstkatalogen nachweisbar war[384]. Außerdem erfolgte im Falle einer Fremdleistungsübernahme auch die Übernahme von Schlagwörtern , so daß ein Teil der minderwichtigen Literstur nunmehr auch sachlich erschlossen ist, vom Benutzer im OPAC also auch über die Schlagwortsuche ermittelt werden kann.

Die sogenannte wichtige Literatur wurde von 1990-99 weiter in der beschriebenen Weise[385], also mit Hilfe von Durchschlagzetteln im internationalen Bibliotheksformat, inventarisiert, wobei allerdings seit 1990 anstelle der P.I. die RAK-WB angewandt wurden. Die online-Eingabe der wichtigen Literatur in den HBZ-Verbund erfolgte von 1990-99 in der Abteilung Katalogisierung. Erst seit der Einführung des integrierten Geschäftsgangs mit SIERA in diesem Jahr wird auch die wichtige Literatur bereits in der Pflichtstelle katalogisiert.

---

[380] Die ULB sammelt nicht einmal außerhalb des Pflichtexemplareinzugsgebiets erschienene Literatur über das Rheinland bzw. ihr Pflichtexemplargebiet; zu den Aufgaben einer Landesbibliothek: Krieg a.O. (Anm. 52) 5; G. Gattermann MB NRW N. F. 41, 1991, 239ff.; Bibliotheken '93 (1994) 38ff.

[381] Zum HBZ-Verbund: 50 Jahre Zentralkatalog Nordrhein-Westfalen (1997) 1ff.

[382] s. o. 48.

[383] Zum Vergleich: bei den Kaufmonographien ist eine Fremdleistungsübernahme von bis zu 90% möglich; eine Fremdleistungsübernahme von 65% für minderwichtige Literatur mag dennoch erstaunlich hoch erscheinen – sie ist jedoch zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß vieles der technischen Literatur, die in Bonn minderwichtig behandelt wird, von der RWTH Aachen gekauft und zumeist sehr schnell in die Verbunddatenbank katalogisiert wird.

[384] s. o. 49.

Zeitschriften, zeitschriftenartige Reihen und Zeitungen werden seit 1990 nur noch[386] in die ZDB katalogisiert. Ansonsten durchliefen sie von 1990-99 einen Geschäftsgang, der im wesentlichen noch immer mit dem oben beschriebenen Geschäftsgang übereinstimmte.

Von Oktober 1993 bis September 1994 war in der Pflichtstelle eine zusätzliche Diplomkraft mit 38,5 Wochenstunden tätig, da die Umstellungen im Zusammenhang mit der Verkleinerung des Pflichtexemplareinzugsgebiets erhebliche Mehrarbeit bedeuteten. Zunächst mußte anhand von „Müllers großem deutschem Ortsbuch" festgestellt werden, welche Ortschaften des bisherigen Sammelgebiets zum Regierungsbezirk Köln gehören, also weiterhin der Zuständigkeit der ULB Bonn unterliegen[387]. Es folgte eine Durchsicht der Verlegerkartei – alle Orte, die nicht mehr ins Sammelgebiet der ULB Bonn fielen, wurden aus dem Gesamtalphabet herausgezogen und zu einem eigenen Alphabet zusammengefügt. Anhand dieser "neuen" Verlegerkartei wurden sämtliche innerhalb des Regierungsbezirks Düsseldorf ansässigen Verlage mittels eines Formschreibens informiert, daß ihre Pflichtexemplare ab Erscheinungsjahr 1994[388] an die ULB Düsseldorf zu liefern seien.

Auch die Serien-, Zeitschriften-, Zeitungs- und Loseblattkartei mußten auf den Erscheinungsort der Pflichtexemplare hin durchgesehen werden, wobei dies praktischerweise mit einer Revision der Karteien verbunden wurde. Karteikarten von Werken aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf wurden deutlich markiert und zweimal fotokopiert: eine Kopie ging an den zuständigen Fachreferenten der ULB Bonn, der entschied, ob das Werk in Zukunft gekauft werden sollte, was allerdings in nicht einmal 10% der Werke der Fall war, die zweite Kopie wurde an die ULB Düseldorf geschickt, die anhand der Bonner Unterlagen eine eigene Kartei aufzubauen begann.

Obwohl die Umstellungen in Zusammenhang mit der Verkleinerung des Sammelgebiets der ULB Bonn sorgfältig geplant waren, blieb es nicht aus, daß einiges übersehen wurde, was starken Ärger zur Folge haben sollte: so enthielt z. B. das Formschreiben, in dem die Verlage auf die neue Lage hingewiesen wurden, nicht die Bitte, Register von Zeitschriften des Jahrgangs 1993 auch für den Fall, daß sie erst 1994 erscheinen würden, an die ULB Bonn zu senden. Konsequenterweise gingen fast alle Register des Jahrgangs 1993 in Düsseldorf ein und mußten von dort aus an die ULB Bonn weitergeschickt werden.

---

[385] s. o. 35ff.

[386] Zeitschriften, zeitschriftenartige Reihen und Zeitungen wurden seit der Mitte der 70er Jahre in der UB Bonn doppelt katalogisiert, nämlich zum einen offline in die ZDB, zum anderen nach den P.I. für die Bonner Zettelkataloge; die doppelte Katalogisierung wurde erst 1990 aufgegeben.

[387] Ergebnis der Überprüfung ist die in Anhang 13 beigegebene Ortsliste.

[388] Es wäre praktisch unmöglich gewesen, den 8.6.1993, also den Tag, an dem das neue Pflichtexemplargesetz erging, zum Stichtag für die Zuständigkeitsveränderung zu machen.

Durch die Reduzierung des Pflichtexemplareinzugsgebiets auf den Regierungsbezirk Köln war die Zahl der ablieferungspflichtigen Verlage von 4184 im Jahr 1993[389] auf 2800 im Jahr 1994[390] gesunken, für etwa ein Drittel der ehemals ablieferungspflichtigen Verlage war also nunmehr die ULB Düsseldorf zuständig. Dank dieser Entlastung war es möglich, ab 1996 z. B. die seit den 50er Jahren uninventarisiert aufbewahrten Landkarten und Musikalien zu akzessionieren[391]. Außerdem konnten seit 1994 die bibliographischen Ermittlungen intensiviert werden: auf Pflichtexemplaren hin durchgesehen wurden seitdem nicht nur die Reihen A und B der DB, sondern auch das Börsenblatt, mehrere rheinische Zeitschriften sowie Verlagsprospekte. Da außerdem seit 1994 auch wieder Kategorien von Druckwerken gesammelt werden, die zuvor nicht eingestellt worden waren, wie etwa Lizenzausgaben, Schülerzeitschriften, Pfarrbriefe und Vereinszeitschriften, stieg die Zahl der jährlich inventarisierten Pflichtexemplare wieder an – und zwar bemerkenswerter Weise auf diejenige Höhe, die vor der Verkleinerung des Sammelbereichs erreicht worden war: waren 1993 11301 Pflichtexemplare inventarisiert worden[392], so waren es 1994 lediglich 9698 physische Einheiten[393], 1998 jedoch wieder 11288 Einheiten und 1999 sogar 11649 Pflichtexemplare[394].

[389] Jahresbericht 1993, 1994, 8.
[390] Jahresbericht 1994, 1995, 9.
[391] 1994 wurden z. B. 60 Landkarten inventarisiert, 1995 66, 1996 aber 1289 und 1997 941 Landkarte, s. u. Anhang 15.
[392] Jahresbericht 1993, 1994, 8.
[393] Jahresbericht 1994, 1995, 9.
[394] s. Anhang 15.

RÜCK- UND AUSBLICK

Das Pflichtexemplarrecht der U(L)B Bonn basierte in den letzten 175 auf insgesamt drei Pflichtexemplargesetzen, die deutlich den Wandel der Zeit veranschaulichen: war das Pflichtexemplargesetz von 1824 noch in ein Zensurgesetz eingebunden[395], so erging die Regelung von 1966 im Rahmen eines Pressegesetzes[396] - erst das Pflichtexemplargesetz von 1993 sollte ein selbständiges Gesetz sein und damit der eigentlichen, kulturpolitischen Aufgabe des Pflichtexemplarwesens gerecht werden[397].

Das Pflichtexemplareinzugsgebiet der U(L)B Bonn wurde zweimal verkleinert – 1945 aufgrund der politischen Lage, 1993 auf eigenen Wunsch der Bibliothek, da die Zahl der jährlich eingehenden Pflichtexemplare ständig anwuchs: waren in der ersten Hälfte des 19. Jhs. noch ca. 300 Pflichtexemplare pro Jahr inventarisiert worden, so waren es um 1900 bereits 1200 Bände jährlich[398], in den 50er Jahren ca. 4500 physische Einheiten[399] und 1993 11000 Pflichtexemplare im Jahr[400] . Ohne Aufstockung des Personals und der Einbandmittel stand die Bibliothek somit vor der Wahl, entweder den Sammelumfang weiter einzuschränken und auf bibliographische Ermittlungen nicht unaufgefordert eingegangener Pflichtexemplare weitgehend zu verzichten oder in einem kleineren Einzugsgebiet vollständiger zu sammeln – man entschied sich für Letzteres, auch wenn durch die hieraus resultierende Diskontinuität z. B. die Lenkung des Fernleihverkehrs erschwert wird.

Im Rahmen der vorliegenden Überblicksarbeit mußten Schwerpunkte bei der Darstellung der Pflichtexemplarverwaltung in der U(L)B Bonn gesetzt werden. Ausführlich behandelt wurden die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlichen Möglichkeiten der Ermittlung von Pflichtexemplaren, die sich im Laufe der Zeit wandelnden Sammelrichtlinien, das sich allmählich herausbildende Verständnis für den Sinn des Pflichtexemplarwesens, die Geschäftsgänge und Sondergeschäftsgänge sowie die schon in der ersten Hälfte des 19. Jhs. nicht immer angenehme Korrespondenz mit ablieferungsunwilligen Verlegern. Interessante Details und Randthemen hingegen, wie etwa der Umgang mit den neuen Medien[401], die Unterschiede in der Sammelpraxis zwischen einer Landesbibliothek wie der ULB Bonn und der DDB oder

---

[395] s. o. 9.
[396] s. o. 40ff.
[397] s. o. 54ff.
[398] s. o. 28.
[399] s. o. 34 mit Anm. 212.
[400] s. o. 62
[401] Ein aktuelles Problem, das auf der nächsten Landesbibliothekenkonferenz zur Sprache kommen wird, sind z. B. die Zeitschriften, die als Papierausgabe ihr Erscheinen eingestellt haben und in Zukunft nur noch über das Internet angeboten werden.

auch der Durchführung bestandserhaltender Maßnahmen an den wenigen erhaltenen Pflichtexemplaren des 19. Jhs., mußten ausgeklammert werden.

Im Mai 1999 wurde die Pflichtstelle der ULB Bonn im Zuge der Einführung des integrierten Geschäftsgangs mit SIERA aufgelöst. Der Sondergeschäftsgang für „minderwichtige" Literatur wird zwar beibehalten[402], sich jedoch in Zukunft kaum noch vom Normalgeschäftsgang unterscheiden – denn die frühere Besonderheit des minderwichtigen Geschäftsgangs, nämlich die gleichzeitige Inventarisierung und Katalogisierung, wird nun auch Bestandteil des Normalgeschäftsgangs sein. Auch ansonsten wird mit SIERA vieles ändern, worauf jedoch leider in diesem Rahmen nicht mehr eingegangen werden kann.

[402] s. o. ??? – Der Sondergeschäftsgang wird hauptsächlich wegen der Sonderstandortsignatur beibehalten – die

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs. = Absatz

Art. = Artikel

Börsenblatt = Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. Frankfurter Ausgabe

BVerfG = Bundesverfassungsgericht

Chronik = Universität Bonn : Chronik für das Akademische Jahr ...

DDB = Die Deutsche Bibliothek

GG = Grundgesetz

GVBl NW = Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen. Ausgabe A

GS = Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten

HBZ = Hochschulbibliothekszentrum Nordrhein-Westfalen

IK = Interimskatalog

Jahresbericht = Universitätsbibliothek Bonn : Jahresbericht

LGB = Lexikon des gesamten Buchwesens

MB NRW = Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen : Mitteilungsblatt

MBl NRW = Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

MiV = Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königlich-Preußischen Staaten

NCC = Novum corpus constitutionum Prussico-Brandenburgensium praecipue Marchicarum

OPAC = online public access catalogue

P.I. = Preußische Instruktionen

RAK-WB = Regeln für die alphabetische Katalogisierung – Wissenschaftliche Bibliotheken

StoK = Standortkatalog

UB = Universitätsbibliothek

ULB = Universitäts- und Landesbibliothek

UuStB = Universitäts- und Stadtbibliothek

ZDB = Zeitschriftendatenbank

ZfB = Zentralblatt für Bibliothekswesen

ZfBB = Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie

ZK = Zentralkatalog

„minderwichtigen", selten ausgeliehenen Signaturen sollen nicht ins Freihandmagazin gelangen.

CHRONOLOGISCHE AUFSTELLUNG DER WICHTIGSTEN BEHANDELTEN GESETZE, VERORDNUNGEN, ERLASSE, VERFÜGUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN

1789, 28. September:

Rescript wegen der zur Königlichen Bibliothek von den Buchhändlern und Buchdruckern abzuliefernden Bücher. – In: NCC 8, 1791, Sp. 2680-2684

1819, 18. Oktober:

Verordnung wie die Zensur der Druckschriften (...) einzurichten ist. – In: GS 1825, S. 2f.

1824, 28. Dezember:

Allerhöchste Kabinettsorder über einige nähere die Zensur betreffende Bestimmungen. In: GS 1825, S. 2f.

1826, 1. März:

Festsetzung des Königl. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten an sämtliche Oberpräsidenten über die Ablieferung der Pflichtexemplare. - In: MiV 8, 1847, S. 85f.

1840, 25. Februar:

Circular-Verfügung [des Königl. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten] die Ablieferung der Pflichtexemplare betreffend. - In: MiV 1, 1840, S. 93f.

1847, 11. Februar:

Bekanntmachung des Königl. Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wegen der von den Verlegern von Druckschriften an die Königl. Bibliothek zu Berlin, sowie an die Universitäts-Bibliothek in der Provinz, abzuliefernden Freiexemplare. – In: MiV 8, 1847, S. 85f.

1847, 12. März:

Allerhöchste Kabinettsorder, wegen der von den inländischen Verlegern von Druckschriften und Kunstwerken (...) abzuliefernden Freiexemplare. – In: MiV 8, 1947, S. 164f.

1847, 17. April:

Circular-Verfügung [des Königlichen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten] betr. die Verpflichtung der inländischen Verleger zur Ablieferung von Freiexemplaren erschienener Druckschriften und Kunstwerke (...). In: MiV 8, 1947, S. 257

1874, 7. Mai:

Gesetz über die Presse. – In: Reichs-Gesetzblatt 1874, S. 65-72

1945, 3. Oktober:

Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz : Pflichtexemplare. In: Mitteilungs- und Verordnungsblatt des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz 1, 1945, S. 43

1961, 7. November:

Gesetz zur Bereinigung des in Nordrhein-Westfalen geltenden preußischen Rechts. In: GVBl NW 15, 1961, S. 325-329

1966, 24. Mai:

Pressegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen. – In: GVBl NW 20, 1966, S. 340-344

1967, 26. September:

Verordnung über die Ablieferung von Druckwerken. – In: GVBl NW 21, 1967, S. 181

1981, 14. Juli:

Beschluß des BVerfG vom 14. Juli 1981 – 1BvL24/78 in dem Verfahren wegen verfassungsrechtlicher Prüfung des § 9 des Hessischen Gesetzes über Freiheit und Recht der Presse (...). – In: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 58, 1982, S. 137-152

1993, 8. Juni:

Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren. – In: GVBl NW 47, 1993, S. 265f.

LITERATURVERZEICHNIS

Aus der Geschichte der Universitätsbibliothek Bonn : Hartwig Lohse zum Abschied / hrsg. von Renate Vogt. – Bonn : Bouvier, 1993
(Bonner Beiträge zur Bibliotheks- und Bücherkunde ; 31)

Barton, Walter: Das Zeitungspflichtexemplar und die Notwendigkeit des Zeitungssammelns auch in Archiven. – In: Der Archivar 21, 1968, S. 269-276

Berz, Ernst-Ludwig: Pflichtexemplargesetzgebung in der BRD. – In: Börsenblatt 28, 1972, S. 1594-1597

Bibliotheken ´93 : Strukturen, Aufgaben, Positionen / Hrsg.: Bundesvereinigung Dt. Bibliothesverbände. – Berlin [u.a.] : Dt. Bibliotheksinst., 1994

Bickelhaupt, Helmut: Erstattung der Herstellungskosten für ein Pflichtexemplar. – In: ZfBB 31, 1984, S. 1-7

Braubach, Max: Kleine Geschichte der Universität Bonn. – Krefeld, ca. 1951

Breuer, Dieter: Geschichte der literarischen Zensur in Deutschland. – Heidelberg : Quelle & Meyer, 1982
(Uni-Taschenbücher ; 1208)

Das Buch in Praxis und Wissenschaft / hrsg. von Peter Vodesek. – Wiesbaden : Harrassowitz, 1989
(Buchwissenschaftliche Beiträge aus dem Deutschen Bucharchiv München ; 1989)

Denkschrift des Vereins Deutscher Bibliothekare über Notwendigkeit und Berechtigung des deutschen Pflichtexemplarrechts. – In: ZfBB 7, 1960, S. 375-380

Deutsche Bücherei <Leipzig>: Sammelrichtlinien für die Deutsche Bücherei, die Deutsche Bibliothek und das Deutsche Musikarchiv. – Stand: 1. Oktober 1982. – Leipzig, 1992

Eisenhardt, Ulrich: Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806) : ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur. – Karlsruhe : Müller, 1970
(Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts : Reihe A ; 3)

Ennen, Edith: Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt : kleine Geschichte der Stadt Bonn / Edith Ennen und Dietrich Höroldt. - 4., durchges. Aufl. – Bonn : Stollfuß, 1985

Erman, Wilhelm: Allgemeine Grundsätze für die Vermehrung der preußischen Staatsbibliotheken. – In: ZfB 25, 1908, S. 429-433

Erman, Wilhelm: Die Bibliothek in der öffentlichen Verwaltung. – In: Mitteilungen des Österreichischen Vereins für Bibliothekswesen 13, 1910, S. 182-185

Erman, Wilhelm: Das Bibliothekswesen in der Reichsverfassung. – In : ZFB 36, 1919, S. 135f.

Erman, Wilhelm: Geschichte der Bonner Universitätsbibliothek. – Halle : Karras, 1919
(Sammlung bibliothekswissenschaftlicher Arbeiten ; 37/38)

Franke, Johannes: Die Abgabe der Pflichtexemplare von Druckerzeugnissen : mit besonderer Berücksichtigung Preußens und des Deutschen Reiches. – Berlin : Asher, 1889
(Sammlung bibliothekswissenschaftlicher Arbeiten ; 2)

Franke, Johannes: Die Pflichtexemplare in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 16. März d. J. – In: ZfB 15, 1898, S. 482-490

Franke, Johannes: Pflichtexemplare und Fachbibliotheken. – In: Preußische Jahrbücher 1966, 1890, S. 564-576

Füchsel, Hans: Geschäftsgang und Arbeitsteilung an den wissenschaftlichen Bibliotheken.
In: ZfB 26, 1909, S. 49-59

Füchsel, Hans: Wie benutzt man die Universitätsbibliothek? : ein Wegweiser für ihre Besucher. – Leipzig : Wiegandt, 1913

Gattermann, Günter: Landesbibliotheksaufgaben in Nordrhein-Westfalen. – In: MB NRW N.F. 41, 1991, S. 239-246

Gattermann, Günter: Zum Pflichtexemplargesetz. – In: MB NRW N.F. 43, 1993, S. 321f.

Handbuch der preußischen Geschichte / hrsg. von Otto Büsch. – Berlin [u.a.]: de Gruyter
Bd. 2: Das 19. Jh. und große Themen der Geschichte Preußens. – 1992

Hartwig, Otto: Bericht über die einheitliche Regelung des Pflichtexemplarwesens. – Als Handschrift gedruckt. – Berlin, 1888 (in Akte IV a der ULB Bonn vorhanden)

Henseler, Theodor Anton: Beiträge zur Geschichte des Bonner Buch- und Zeitungsverlages.
In: Bonner Geschichtsblätter 7, 1953, S. 7-131

Hirsch, Hans: Ökonomische Maßstäbe für die kommunale Gebietsreform : eine Kritik der nordrhein-westfälischen Reformvorhaben unter besonderer Berücksichtigung des Aachen-Gesetzes. - Köln : Dt. Gemeinde-Verl., 1971
(Abhandlungen zur Kommunalpolitik ; 3)

Jütte, Werner: Zur Gültigkeit des deutschen Pflichtexemplarrechts. – In: ZfBB 3, 1956, S. 83-101

Kaspers, Heinrich: Das Pflichtexemplarrecht. – In: Börsenblatt 17, 1961, S. 373-379

Kirchner, Hildebert: Bibliotheks- und Dokumentationsrecht. – Wiesbaden : Reichert, 1981

Krieg, Werner: Landesbibliotheksaufgaben in Nordrhein-Westfalen. – Köln : Greven, 1979
(Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen ; 2)

Krieg, Werner: Der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen von seiner Gründung bis zum Sommer 1964. – Frankfurt am Main [u.a.] : Lang, 1989
(Arbeiten und Bibliographien zum Buch- und Bibliothekswesen ; 6)

Landesbibliotheksaufgaben in Nordrhein-Westfalen : Empfehlungen. – In: MB NRW N.F. 41, 1991, S. 99-119

Landesbibliotheksaufgaben Nordrhein-Westfalen : Sammeln, Erschließen, Informieren / hrsg. von der Landesbibliothekenkonferenz Nordrhein-Westfalen. – Münster, 1995

Löffler, Martin: Presserecht : Kommentar. – 3., völlig neu bearb. Aufl. – München : Beck
Bd. 1: Die Landespressegesetze der Bundesrepublik Deutschland. – 1983

Lohse, Hartwig: Kulturpolitische Bedeutung und Sammelprinzipien des regionalen Pflichtexemplarrechts. – In: ZfBB 32, 1985, S. 478-489

Lohse, Hartwig: „Weitere Gedanken über Pflichtexemplare". – In: MB NRW 40, 1990, S. 365-369

Moeller-Klepzig, Karlheinz: Buch- und Verlagswesen in Düseldorf. – In: Verlagspraxis 8, 1961, S. 183-185

Mommsen, Wilhelm: Die Zeitung als historische Quelle. – In: Archiv für Politik und Geschichte 6, 1926, S. 244-251

Nordrhein-Westfalen : Landesgeschichte im Lexikon / Red.: Anselm Faust. – 1. Aufl. – Düsseldorf : Patmos-Verl., 1993
(Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen : Reihe C, Quellen und Forschungen ; 31)

Oppenhoff, Alfred: Vor 175 Jahren kamen die Preußen : die Entstehung der preußischen Rheinprovinz, ihrer Regierungsbezirke und Kreise. – In: Heimatjahrbuch Kreis Ahrweiler 48, 1991, S. 98-102

Picard, Berthold: Das Pflichtexemplarrecht aus bibliothekarischer Sicht. – In: Arbeitsgemeinschaft für juristisches Bibliotheks- und Dokumentationswesen 13, 1983, S. 87-103

Rath, Erich von: Zur Entwicklung der Preußischen Universitätsbibliotheken in den letzten 100 Jahren. – In: Bonner Mitteilungen 12, 1933, S. 2-12

Raub, Wolfhard: 160 Jahre Pflichtexemplare für Bonn und Münster : Geschichte der Ablieferungspflicht von Druckwerken an Bibliotheken mit Vorschlägen einer Neuregelung. – Köln : Greven, 1984
(Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen ; 9)

Recht im Wandel : Beiträge zu Strömungen und Fragen im heutigen Recht ; Festschrift 150 Jahre Carl Heymanns Verlag KG / hrsg. von Carl Hermann Ule. – Köln [u.a.] : Heymann, 1965

Rehm, Magarete: Lexikon Buch, Bibliothek, Neue Medien. – München [u.a.] : Saur 1991

Reuter, Niels: Porträt eines Fachverlags : Carl Heymanns Verlag in Köln. – In: Börsenblatt 36, 1980, S. 2462-2465

Sander, Richard: Die Bonner Universitäts-Bibliothek in ihrer geschichtlichen Entwicklung. In: Bonner Mitteilungen 12, 1933, S. 18-34

Schürfeld, Charlotte: Die Universitätsbibliothek Bonn 1921-1968 : erlebte Bibliotheksgeschichte. – Bonn : Bouvier, 1974
(Bonner Beiträge zur Bibliotheks- und Bücherkunde ; 25)

Stois, Max: Die neuen Gesetze über die Freistücke im Dritten Reich. – In: ZfB 54, 1937, S. 313-334

Stois, Max: Das Recht der Pflichtexemplare mit besonderer Berücksichtigung des Deutschen Rechts. – In: ZfB 42, 1925, S. 112-139

Verlag Kiepenheuer und Witsch <Köln>: 40 Jahre Kiepenheuer & Witsch : 1949-1989. – Köln : Kiepenheuer & Witsch, 1989

Will, Erich: Die Abgabe von Druckwerken an öffentliche Bibliotheken : Recht und Praxis der Pflichtexemplare; zugleich Materialsammlung für eine Neuregelung. – Köln : Greven, 1955
(Arbeiten aus dem Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen ; 10)

Will, Erich: Bemerkungen zum Pflichtexemplarrecht der Landespressegesetze : am Beispiel von § 12 des baden-württembergischen Gesetzes über die Presse (Landespressegesetz) vom 14. Januar 1964. – In: Bibliothek und Wissenschaft 5, 1968, S. 275-309

Wüst, Wolfgang: Censur als Stütze von Staat und Kirche in der Frühmoderne : Augsburg, Bayern, Kurmainz und Württemberg im Vergleich ; Einführung, Zeittafel, Dokumente. – München: Vögel, 1998
(Schriften der Philosophischen Fakultät der Universität Augsburg : Historisch-sozialwissenschaftliche Reihe ; 57)

Zeßner-Spitzenberg, Josef: Die Anbietungs- und Ablieferungspflicht von Bibliotheksstücken nach dem Mediengesetz. – In: Biblios 30, 1981, S. 259-269

50 Jahre Zentralkatalog Nordrhein-Westfalen : 20. März 1947 – 20. März 1997. – Köln : Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen, 1997

ANHANG

Anhang 1 = Allerhöchste Kabinettsorder vom 28sten Dezember 1824, über einige näher die Zensur betreffende Bekanntmachungen (GS 1827, 2f.)

Anhang 2 = Karte der Rheinprovinz (Atlas zur Geschichte I (1973) 87)

Anhang 3 = Wichtige Orte der Rheinprovinz

Anhang 4 = Beispiele polizeilicher Abschriften von Verzeichnissen der bei der Polizei eingegangenen Überwachungsexemplare von Druckschriften (Akte IV b der ULB Bonn)

Anhang 5 = Pflichtexemplaranforderungsschreiben aus den fünfziger Jahren des 18. Jhs. (Konzept eines Mahnschreibens an den Verlag Arnz in Düsseldorf – Akte IV b der ULB Bonn)

Anhang 6 = Auflistung der Schriften des Sondergeschäftsgangs RV nach dem Katalog der Kriegsverluste, Alphabetabschnitt Aa-Ac

Anhang 7 = Karte der Regierungsbezirke Nordrhein-Westfalens (Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon (^{1}1993) 139)

Anhang 8 = Wichtige Orte in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln

Anhang 9 = Zusammenstellung von Werken mit NR/ZNR-Signatur

Anhang 10 = Pressegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GVBl NW 20, 1966, 340-344)

Anhang 11 = Verordnung über die Ablieferung von Druckwerken (GVBl NW 21, 1967, 181)

Anhang 12 = Gesetz über die Ablieferung von Druckwerken (GVBl NW 47, 1993, 265f.)

Anhang 13 = Wichtige Orte im Regierungsbezirk Köln

Anhang 14 = Neuzugänge in der ULB Bonn 1995-97

Anhang 15 = Jahresstatistik der Pflichtstelle der ULB Bonn 1993-99

(No. 909.) Allerhöchste Kabinetsorder vom 28sten Dezember 1824., über einige nähere die Zensur betreffende Bestimmungen.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 30sten November d. J. bestimme Ich im Verfolg Meiner das Zensur-Edikt betreffenden Order an das Staatsministerium vom 18ten September d. J.:

1) daß die in dem Reskript vom 26sten April 1794. enthaltene Bestimmung, vermöge deren der Druck derjenigen Schriften nicht gestattet seyn soll, die entweder den Grund aller Religion überhaupt angreifen, und die wichtigsten Wahrheiten derselben verdächtig, verächtlich oder lächerlich machen wollen, oder aber die christliche Religion, die biblischen Schriften und die darin vorgetragenen Geschichts- und positiven Glaubens-Wahrheiten für das Volk zum Gegenstande des Zweifels oder gar des Spottes zu machen, sich unterfangen, und dadurch zugleich alle Religiosität in den Grundfesten erschüttern, als in den IIten Artikel der Verordnung vom 18ten Oktober 1819. ausdrücklich aufgenommen angesehen und fernerhin aufrecht erhalten und befolgt werden soll. Ich will zugleich, daß auch in Ansehung der, für einen engern Kreis von Lesern oder nur für Gelehrte bestimmten Werke alle unanständige, lieblose, zur Vertheidigung der eigenen oder ruhigen Widerlegung entgegen gesetzter Meinungen nicht unmittelbar gehörenden, verketzernden Angriffe auf andere Glaubens-Partheien schlechthin vermieden und nicht gestattet werden sollen.
Eben so wenig sollen

2) Schriften, welche zur Kränkung der persönlichen Ehre und des guten Namens anderer abzielen, die Druckerlaubniß erhalten, und die hierüber im ältern Zensurgesetz vom 19ten Dezember 1788. §. 2. enthaltene Vorschrift soll als dem Art. II. der Verordnung vom 18ten Oktober 1819. einverleibt, angenommen werden.
Soviel

3) die Entschädigung des Verlegers wegen der, unter Zensur erschienenen, aber dennoch unterdrückten oder verbotenen und konfiszirten, Schriften betrifft; so versteht es sich von selbst, daß diejenige Behörde, welche innerhalb der Grenzen ihrer Kompetenz, eine solche Schrift ihres unzulässigen Inhalts wegen unterdrückt oder sonst außer Kurs setzt, von dem Verleger niemals in Anspruch genommen, sondern daß dieser lediglich gegen den Zensor, und zwar zunächst an ihn, und nur bei dessen Zahlungsunfähigkeit oder, wenn derselbe den Zensurvorschriften völlig genügt haben sollte, gegen den Fiskus nach nähern Bestimmungen der Gesetze zugelassen werden kann.

Dem-

Demnächst bestimme Ich mit Abänderung des XVten Artikels der Verordnung vom 18ten Oktober 1819.

4) daß mit dem 1sten Januar 1825. die Entrichtung der Zensurgebühren aus Staatskassen aufhören und dagegen, wie dies früher der Fall war, von dem Verleger oder Buchdrucker, und zwar mit drei Silbergroschen für jeden gedruckten Bogen, geleistet werden, auch

5) von eben dem Zeitpunkte an jeder Verleger wiederum schuldig seyn soll, zwei Exemplare jedes seiner Verlagsartikel, und zwar eins an die große Bibliothek hieselbst, das andere aber an die Bibliothek der Universität derjenigen Provinz, in welcher der Verleger wohnt, unentgeldlich einzusenden. Bei der Verpflichtung zur Abgabe eines Exemplars an den Zensor hat es sein Verbleiben.

6) Einheimische Buchhändler, die zugleich im Auslande Buchhandlungen besitzen, dürfen zwar die Verlagsartikel der letztern nur der dortigen Zensur unterwerfen, der Absatz solcher Artikel in den diesseitigen Staaten aber kann nicht anders gestattet werden, als wenn zuvor auch den Vorschriften des diesseitigen Zensurgesetzes ein Genüge geschehen ist.

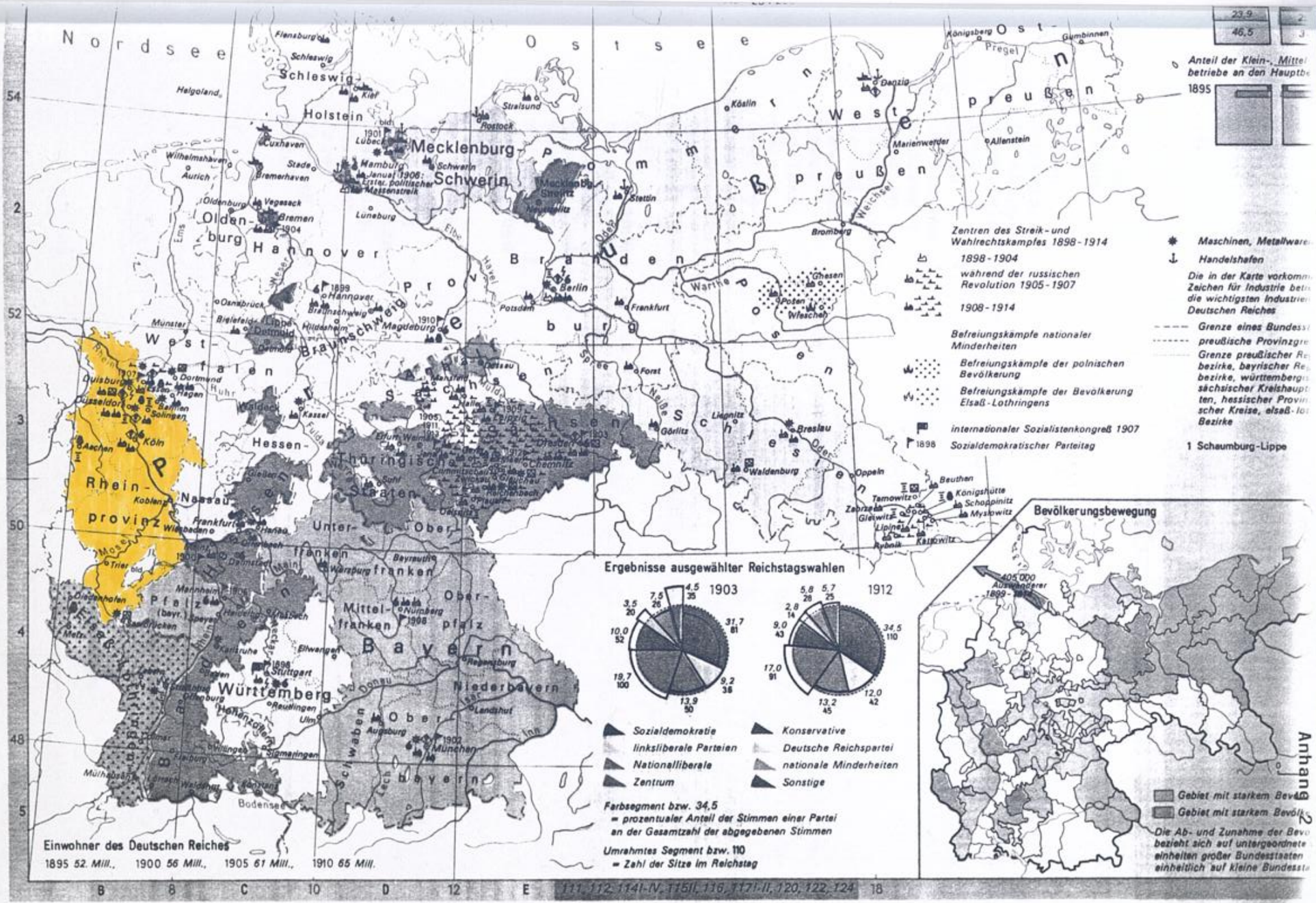
Ich beauftrage Sie, diese Bestimmungen durch den Abdruck in der Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und auf deren Befolgung zu halten.

Berlin, den 28sten Dezember 1824.

Friedrich Wilhelm.

An
die Staatsminister Frhn. v. Altenstein,
v. Schuckmann und Grafen v. Bernstorff.

(No. 910.)


Nordsee
Ostsee
Schleswig
Holstein
Mecklenburg
Schwerin
Oldenburg
Hannover
Braunschweig
Westfalen
Rheinprovinz
Hessen-Nassau
Thüringische Staaten
Sachsen
Württemberg
Bayern
Unterfranken
Mittelfranken
Oberfranken
Oberpfalz
Niederbayern
Pfalz (bayr.)
Hessen
Baden
Ostpreußen
Westpreußen
Pommern
Brandenburg
Posen
Schlesien
Einwohner des Deutschen Reiches
1895 52 Mill., 1900 56 Mill., 1905 61 Mill., 1910 65 Mill.
Ergebnisse ausgewählter Reichstagswahlen
1903
1912
Sozialdemokratie
linksliberale Parteien
Nationalliberale
Zentrum
Konservative
Deutsche Reichspartei
nationale Minderheiten
Sonstige
Farbsegment bzw. 34,5
= prozentualer Anteil der Stimmen einer Partei an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen
Umrahmtes Segment bzw. 110
= Zahl der Sitze im Reichstag
Zentren des Streik- und Wahlrechtskampfes 1898-1914
1898-1904
während der russischen Revolution 1905-1907
1908-1914
Befreiungskämpfe nationaler Minderheiten
Befreiungskämpfe der polnischen Bevölkerung
Befreiungskämpfe der Bevölkerung Elsaß-Lothringens
internationaler Sozialistenkongreß 1907
1898 Sozialdemokratischer Parteitag
Maschinen, Metallware
Handelshafen
1 Schaumburg-Lippe
Bevölkerungsbewegung
Anteil der Klein-, Mittel
betriebe an den Hauptbe
1895
Anhang 2

Aachen
Barmen
Bonn
Düren
Düsseldorf
Duisburg
Elberfeld
Emmerich
Essen
Euskirchen
Godesberg
Hamborn
Kaiserswerth
Kettwig
Kevelaer
Kleve
Koblenz
Köln
Krefeld
Kreuznach
Langenberg
Lennep
Lindlar
Linz
Maria Laach
Mayen
Mettmann
Mönchengladbach
Moers
Mülheim a. d. R.
Neunkirchen
Neuss
Neuwied
Oberhausen
Remagen
Remscheid
Saarbrücken
Saarlouis
Solingen
Trier
Viersen
Wesel

Nachweisung

in dem Bezirke der Königlichen Polizei-Direktion
zu Trier im IV. Quartale 1853 vorgekommenen periodischen Schriften und Druckschriften.

No. 38

An Königl. Regierung, Abtheilung des Innern in Bonn, mit ergebenst zu übersenden.

Trier, am 1. Januar 1854.

Der Königl. Polizei-Direktor,

Hillesheim

N.	Bezeichnung der Druckschrift.	Erscheinungs-Zeit	Namen und Wohnort des Verfassers resp: Redacteurs	Des Druckers
1.	Saar- und Moselzeitung.	Seit 1850 täglich mit Ausnahme der Montage in Folge des Ver[illegible]	Friedrich Lintz Buchdrucker in Trier	
2.	Trier'sches Anzeigen- und Kreisblatt für den Kreis Saarburg.	Wöchentlich [illegible] Samstag, Kommissions-, Intelligenz- und Amts-Verkündigungs-Blatt [illegible]	Anton Schoenberger, Buchdrucker in Trier	
3.	Trier'sches Kreisblatt [illegible]	Seit 1823 bis auf Einmal am Samstage	Hermann Lehfeldt, Landrathsamts-Sekretär in Trier.	Peter Joseph Buntenbroich, Buchdrucker in Trier.
4.	Kreisblatt für den Kreis Trier.	Seit 3 Mai 1853 wöchentlich 2 mal Dienstags u. Freitags	Peter Joseph Buntenbroich, Buchdrucker in Trier.	
5.	Kirchlicher Anzeiger für die Diözese Trier.	Januar 1853 alle 14 Tage	Bischöflich. General-Vikariat zu Trier	Joseph Kohn & Comp. in Trier.
6.	Practischer Leitfaden für Lehrer über den Gebrauch der metrischen Maße und Gewichte.	October 1853.	J. P. Scherer, Lehrer in Bosen	Buntenbroich'sche Buchdruckerei in Trier
7.	Ueber Darstellung guter Mittelweine, selbst aus unreifen Trauben. I. Heft.	id	Dr. Ludwig Gall in Trier.	A. Schoenberger Trier.
8.	Der Schulfreund. IX. Jahrgang. 4tes Heft.	id	J. H. Schmitz, Pfarrer in der Eifel.	J. Kohn & Comp. Trier
9	Bilder des Lebens	1/4 jährig seit October 1853.	Dr. J. A. M. Brühl	Fr. Lintz'sche Buchdr. in Trier
10	Schilderung der Merkmale der Liebe, aus dem Französischen.	id	Nicht anzugeben	id
11.	Anzeigeblättchen für die [illegible]	Dezember	Heinrich Schneider	[illegible]

5.

Königl. Preuß. Polizei-Directorium
von
ELBERFELD und BARMEN.

An
die Königliche Landes-Bibliothek
zu
Bonn

Der Königlichen Landes-Bibliothek wird in der Anlage das Verzeichniß der im III Quartal neu hier und in Barmen erschienenen Zeitungsschriften zur gefälligen weiteren Veranlassung ergebenst übersandt.

Elberfeld, am 1. October 1853.

Anhang 4

Verzeichniß
der im III Quartal 1853 hierselbst erschienenen Zeitungen
Zeit- und Flugschriften.

Titel der Druckschrift.	Namen des Druckers und Verlegers.
Neuer Almanach für 1854. Mit Beiträgen von Adolf Schults – Elberfeld. Verlag von R. L. Friederichs.	Lucas und Friederichs.
Jahresbericht des Gymnasiums zu Elberfeld Ostern 1852/53.	Lucas &
Jahresbericht der Real- und Gewerbeschule 1852/53.	Lucas
Beiträge zur näheren Kenntniß der Periplaneta [illegible] Blatta.) orientalis Linné Verlag von R. L. Friederichs.	und Friederichs

Barmen.

vacat.

Auszug

der erschienenen periodischen Schriften und Druckschriften
über 20 Bogen, pro 1 Quartal 1854.

	Bezeichnung resp. kurzer Inhalt der Schrift.	Namen des Druckers.	des Verlegers.	des Herausgebers
	Bergisches Volks-Blatt	A. Reiffen	A. Reiffen	J. Kron
	Berg. Intelligenz-Blatt.	J. G. C. Fiebel.		

Es sind weder neue noch periodische Erscheinungen

Solingen, den 1 April 1854.

Der Bürgermeister,

Keller

Zu Empfang (Dieses Blatt gehört hierher)

135

Wohlgeboren

Euer in Folge der allerhöchsten, die Ablieferung eines Frei-Exemplars von sämtlichen Verlags-, Commissions- und Druckwerken an die Landes-Universität betreffenden Kabinets-Ordre vom 28. December 1824 (Gesetzsammlung 1825. No. I. S. 3. § 5, wiederholt 1849. No. XXII. § 4), ferner in Gemäßheit der Verfügungen des königl. Oberpräsidiums zu Koblenz vom 3. April 1826 (Amtsblatt der königl. Regierung zu Köln 1826. St. XV. S. 94) und vom 22. April 1833, so wie der neuen Ministerialverfügung vom 17. April 1847 (Ministerialblatt 1847. S. 257), endlich auf Grund des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 (Gesetzsammlung 1851. No. XVI. § 6), hiedurch gebührend ersucht, Ihre Verlags-, Commissions- und Druckartikel, so wie die mit gedrucktem Text begleiteten Kupferwerke und Landkarten, an die hiesige königl. Universitäts-Bibliothek baldigst einsenden zu wollen, nämlich:

~~Grundriß der Heilwissenschaft~~
~~Zoologische Skizzen~~
Elsevers Manuscripte, Bd
VIII, Heft 1 u. 2
1. Kurz d. Literatur, redig. von
A. Kaufmann, Jahrg. I.
Lief. 1.
2. Wolf, Lieb., Gallerie berühmter Leute, 6 Hefte
m. Text 8
4. Molster, L. Divisionis veterorum. gr 4°

Zugleich sind Ew. Wohlgeboren wiederholt ersucht, die gefällige Einsendung der letzten Bogen des „Grünmeyer Gebete", da wir diese Bogen, wie Ihnen bereits ~~vielfach~~ über ~~mehrfach~~ bemerkt worden, mitgetheilt wünschen, in den von Ihnen am 23 Jan. ej. abgeliefert worden mitgetheilt hatte. Mit gefälliger Bereitwilligkeit, mit welcher Ihnen Seitens der k. Bibliothek-Verwaltung sogleich eingehende Dienste geleistet werden, erwarten Ew. Wohlgeb. ein gleiches für Ihre Legalität verbunden

Nach der oben angeführten Ministerialentscheidung vom 17. April 1847 sind alle Druckschriften ohne Ausnahme, Broschüren, Zeitungsblätter, Kupferwerke und Landkarten aber nur dann als ablieferungspflichtig anzusehen, wenn sie in Begleitung eines gedruckten Textes, **gleichviel von welchem Umfange und welcher Bedeutung**, erschienen sind.

Wunsch zu erfüllen gefällig sein.

Bonn, den ~~28 Nov.~~ 11 Dec. 1855 (unter der ersten nachen Datum)

Der königliche Oberbibliothekar
für denselben Ritschel
Bonse

RV 998
Achenbach, Gustav: Kleine Bibelkunde für Schule und Kinderlehre. - 2. Aufl. - Barmen : Wiemann, 1894. - 16 S.

RV 2160
Achenbach, Gustav: Kleine Bibelkunde für Schule und Kinderlehre. -
9. Aufl.- Barmen : Wiemann, 1908. - 16 S.

RV 8271
Achtung! : Kindergefahr! - Remagen : Verkehrs-Verl., ca. 1937. -
20 S.
(Bibliothek des deutschen Verkehrswesens ; 15)

RV 9507
Acken, Bernhard van: Ein großer und schöner Dienst am Menschen : Apostolat am Sterbenden. - Leutesdorf : Verl. des Johannesbundes, 1939. - 32 S.

RV 9218
Acken, Bernhard van: Rechtes verstehen. - Kevelaer : Butzon + Bercker, ca. 1937. - 78 S.

RV 5212
Acker, Hermann: Religion und Leben. Literaturratgeber für die Jugend. - 2. Aufl. - Trier: Paulinus-Verl., 1917. - 53 S.

RV 5433
Acker, Hermann: Religion und Leben. - 3. Aufl. - Trier : Paulinus-Verl., 1918. - 84 S.

RV 4468
Ackermann, Josef: Trost der armen Seelen : Belehrungen und Beispiele über den Zustand der Seelen im Fegefeuer. - 35. Aufl. - Köln (u.a.): Benziger, ca. 1915. - 480 S.

RV 1003
Ackermann, Nicolas: Christus unsere Zuversicht : Gebet- und Andachtsbuch für Katholische Christen. - Saarlouis : Stein, 1874. - 319 S.

RV 7699
Ackermann-Paseg, O.: Der Dom zu Xanten : Federzeichnungen / Ill. von O. Ackermann-Paseg; Text von Edmund Renard. - Moers : Steiger, 1924. - 7 Bl.
(Heimatbilder ; 9)

RV 7699
Ackermann-Paseg, O.: Rheinische Dorfkirchen : Federzeichnungen / Ill. von O. Ackermann-Paseg; Text von Edmund Renard. - Moers : A. Steiger, 1922. - 7 Bl.
(Heimatbilder ; 8)

RV 4855
Vaterländische Abende. - Düsseldorf : Generalsekretariat des Katholischen Jünglingsvereins, 1915[1]

RV 5240
Abendmahl, Todelsqual, Grabesnacht, Osterpracht : die kirchliche Feier des Gründonnertags, Karfreitags und Karsamstags gemeinverständlich dargestellt. - Essen : Fredebusch & Koenen, 1917. - 24 S.

RV 1002
Lustige Abend-Unterhaltungen : eine Sammlung ...; Deklamationsstücke. - 2. Aufl. - Köln : Puttmann, ca. 1881

RV 994
Abanhaus, Albertine: Edda-Märchen : der Jugend erzählt. - Wesel : Düms. 1893. - 72 S.

RV 9406
Neues Ablaßbüchlein : neue reiche Quellen der göttlichen Barmherzigkeit. - Leutesdorf : Johannesbund, 1938. - 64 S.

RV 2734
Neue Ablaßgebete. - Saarlouis : Hausen, 1909. - 4 S.

RV 6642
Grammatica religiosa : auf dem Wege zur Innerlichkeit / aus der grammatica religiosa des P. Abraham a Santa Clara frei ins Deutsche übertragen von Willibrod Schlags - Trier : Paulinus-Verl., 1925. - 51 S.

RV 8269
Praktischer Führer durch das Gewerbesteuerrecht. - Köln : O. Schmidt, 1937

RV 1118
Kurzer Abriß der Geschichte des 19. Jahrhunderts. - Düsseldorf : Schaub, 1874. - 32 S.

RV 7496
Kurzer Abriß der Evangelischen Kulturkunde. - Godesberg : Buchhandl. der Evang. Pädagogen, 1928. - 23 S.

RV 9942
Zum Abschied des Herrn Pastor Samuel Henrichs von Homberg, Niederrhein, am 15. Nov. 1936. - Homberg, 1936

RV 996
Abt, C.: Neue Vorträge und Scherze zu Polterabend und Hochzeit. - 3. Aufl. - Oberhausen : Spaarmann, ca. 1889. - 96 S.

RV 998

---

1. Anstelle der im Katalog der Kriegsverluste verwendeten P. I. sind dier die RAK-WB verwendet.

Nordrhein-Westfalen nach der kommunalen Neugliederung (Stand: 1992)



Pflichtorte der UB Bonn

Aachen
Adendorf
s. Wachtberg
Ahrdorf
Aldekerk
Aldenhoven
Alfter
Alsdorf
Amern
Angermund
Anrath
Arloff
Arnoldsweiler
Alpen

Baal
Bad Godesberg
s. Bonn
Bad Honnef
Baesweiler
Barmen
Bedburg
Benrath
Bensberg
s. Berg. Gladbach
Bergheim
Bergisch Gladbach
Bergneustadt
Beuel
s. Bonn
Bielstein
Birkesdorf
Birten
Bislich
Blankenheim
Bonn
Bornheim
Brachelen
Brand
Breyell
Brienen
Broichweiden
Brüggen
Brühl
Brünen
Büderich
Buir
Burscheid
Buschberg

Dattenfeld
Denklingen
Dinslaken
Dormagen
Dülken
Düren
Düsseldorf
Duisburg
Duisdorf
s. Bonn

Eckenhagen
Eilendorf
Eiserfey
Elberfeld
s. Wuppertal
Elsdorf
Elten
Emmerich
Engelskehn
Erkelenz
Erkrath
Erp
Eschweiler
Essen
Euskirchen

Frechen
Flamersheim

Gahlen
Gangelt
Geilenkirchen
Geldern
Gemünd
Goch
Grefrath
Gressenich
Grevenbroich
Gürzenich
Gummersbach
Gymnich

Haag
Haan
Haldern
Hamminkeln
Hau
Heimbach
Heimerzheim
Heinsberg
Hellenthal
Hennef
Heppendorf
Herchen
Hersel
Herzogenrath
Hilden
Hochneukirch
Hoengen
Hollerath
Holzheim
Homberg
Horrem
Hückelhoven
Hückeswagen
Hüls
Hünxe
Hürth

Isselburg
Issum
Jüchen
Jülich

Kaiserswerth
Kaldenkirchen
Kalkar
Kall
Kamp-Lintfort
Kaster
Kavelaer
Keeken
Kellen
Kempen
Kerpen
Kessel
Kettwig
Kleve
Köln
Königswinter
Kohlscheid
Kommern
s. Mechernich
Kornelimünster
Korschenbroich
Kranenburg
Krefeld
Kreuzau
Kürten
Kupferdreh

Langenberg
Langenfeld
Lechenich
Leichlingen
Leverkusen
Liblar
Lindlar
Linnich
Lobberich
Lövenich
Lohmar
Losheim

Marienbaum
Marienheide
Mechernich
Meckheim
Menzelen
Merken
Merkstein
Mettmann
Mönchengladbach
Moers
Mondorf
Monheim
Monschau
Morsbach
Much
Mühlheim
Münstereifel

Nettersheim
Neunkirchen
Neukirchen-Vluyn
Neuß
Neviges
Nideggen
Niederkrüchten
Nievenheim
Nörvenich

Obergudem
s. Bergheim
Oberhausen
Oberkassel
s. Bonn
Oberpleis
s. Königswinter
Oberwinter
Oedt
Opladen
s. Leverkusen
Orsoy
Osterath
Overath

Pfalzdorf
Porz
s. Köln
Pütz
Puffendorf
Pulheim

Radevormwald
Ratheim
Ratingen
Rees
Reichshof
Remscheid
Rheinbach
Rheinberg
Rheindahlen
Rheinhausen
Rheinkamp
Rheydt
s. Mönchengladbach
Rodenkirchen
Rösrath
Roetgen
Rommerskirchen
Rosbach
s. Windeck
Ründeroth
Rüttgen
Ruhrort
Ruppichteroth

Schermbeck
Schleiden
Schmidtheim
Schmitthof
Schönau
Sechtem
Setterich
Siegburg
Sieglar
Simmerath
Sittard
Solingen
Sonsbeck
Spellen
St. Hubert
St. Tönis
Stolberg
Straelen
Süchteln

Titz
Troisdorf
Tüddern
Türnich

Uckerath
Übach-Palenberg
Uedem
Uerdingen

Velbert
Viersen
Villip
s. Wachtberg
Voerde
Vorst
Wachtberg
Wachtendonk
Walbeck
Waldbröl
Waldniel
Walheim
Walsum
Wasserberg
Weeze
Wegberg
Weisweiler
Wevelinghoven
s. Grevenbroich
Werden
Wermelskirchen
Wesel
Wesseling
Wickrath
Wiehl
Willich
Windeck
Wipperfürth
Wülfrath
Würselen
Wuppertal

Zülpich
Zons

Anhang 8

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 47/2
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Geissel, Lieselotte
Titel : ¬Das Märchen vom Zwergen Tippeltapp dem Raben Huckepack und der Kräutermuhme
Verfasserangabe: Lieselotte Geissel
Verlagsort : Wuppertal-Elberfeld
Verlag : Putty
Jahr : [1946]
Umfangsangabe : 8 gez. Bl.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 47/5
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Bary, Erika ¬de
Titel : ¬Ein Kind und die Welt
Verfasserangabe: von Erika de Bary
Verlagsort : Essen
Verlag : v. Chamier
Jahr : 1947
Umfangsangabe : 118 S.
Sprache : de

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 47/6
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Bauer, Paul
Titel : Bluteiweiße, Endstromstoffwechsel, Immunität
Untertitel : eine neuartige Vorstellung
Verfasserangabe: Paul Bauer
Verlagsort : [Düsseldorf]
Verlag : [Bagel]
Jahr : [1947]
Umfangsangabe : 19 S. ; 8-o
Allg. Fussnoten: Als Ms. gedr.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/3
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Alphen, Hieronymus ¬van
Titel : Kinderland
Einheitssacht. : Kleine gedichten voor kinderen <dt.>
Verfasserangabe: Hieronymus van Alphen. übertr. a. d. Holland. von Max H. H. Brauer nach e. Ausg. um 1780
Verlagsort : Krefeld
Verlag : Bensemann
Jahr : 1947
Umfangsangabe : 61 S.

<F1>=Hilfe <F3>=Vormerkung <F4>=Bestellung <F5>=Exemplaranzeige <F9>=Bände
<F10>=Neue Suche <F11>=Übergeordneter Titel <Cur ↑/↓>=Blättern
<Bild ↑/↓>=Trefferwechsel <PRINT>=Druck <F12>=Funktion zurück

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/4
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Altendorf, Hans
Titel : Pit
Untertitel : vom Zirkusjungen zum Arzt
Verfasserangabe: Hans Altendorf
Verlagsort : Bonn
Verlag : Borromäus-Verein
Jahr : 1948
Umfangsangabe : 176 S.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/6
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Andersen, Hans Christian
Titel : ¬Der Schweinehirt
Einheitssacht. : Svinedrengen <dt.>
Verfasserangabe: Hans Christian Andersen. Zeichn. v. Wilhelm Martin Busch
Verlagsort : Hamburg
Verlag : Kayser
Jahr : 1948
Umfangsangabe : 7 Bl.
Serie/Reihe : Versuche der Maximilian-Gesellschaft in Hamburg ; 1

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/7
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Andres, Stefan
Titel : Wir sind Utopia
Untertitel : Novelle
Verfasserangabe: Stefan Andres
Verlagsort : Düsseldorf
Verlag : Bagel
Jahr : 1948
Umfangsangabe : 81 S.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/8
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Baum, Gisela ¬von
Titel : Sommerstunden des Lebens
Verfasserangabe: Gisela v. Baum
Verlagsort : Düsseldorf
Verlag : Merkur-Verl.
Jahr : [1947]
Umfangsangabe : 48 S.
Serie/Reihe : Rheinische Reihe

<F1>=Hilfe <F3>=Vormerkung <F4>=Bestellung <F5>=Exemplaranzeige <F9>=Bände
<F10>=Neue Suche <F11>=Übergeordneter Titel <Cur ↑/↓>=Blättern
<Bild ↑/↓>=Trefferwechsel <PRINT>=Druck <F12>=Funktion zurück

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/10
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Bergmann, Theodor
Titel : Maisüches on Heijblumme
Untertitel : Gedichte u. Erzählungen in niederrhein. Mundart
Verfasserangabe: Theodor Bergmann
Verlagsort : [Köln] [u.a.]
Verlag : Staufen - Verl.
Jahr : [1948]
Umfangsangabe : 162 S. ; 8-o

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/12
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Böhle, Lis
Titel : Zwesche Ring un Rhing
Verfasserangabe: von Lis Böhle. Mit Zeichn. v. Willy Key
Verlagsort : Köln
Verlag : Pick
Jahr : 1947
Umfangsangabe : 164 S. ; 8-o

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/13
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Boehmer, Emil
Titel : Da ward in mir Gesang
Verfasserangabe: Emil Boehmer
Verlagsort : Essen
Verlag : Chamir
Jahr : [1948]
Umfangsangabe : 36 S.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/14
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Bonsels, Waldemar
Titel : Kaja
Untertitel : Novelle
Verfasserangabe: Waldemar Bonsels
Verlagsort : Düsseldorf
Verlag : Vier Falken Verl.
Jahr : 1947
Umfangsangabe : 93 S.

<F1>=Hilfe <F3>=Vormerkung <F4>=Bestellung <F5>=Exemplaranzeige <F9>=Bände
<F10>=Neue Suche <F11>=Übergeordneter Titel <Cur ↑/↓>=Blättern
<Bild ↑/↓>=Trefferwechsel <PRINT>=Druck <F12>=Funktion zurück

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/15
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Brentano, Clemens
Titel : ¬Das Märchen vom Murmeltier
Verfasserangabe: Clemens Brentano
Verlagsort : Köln
Verlag : Volker-Verl.
Jahr : 1948
Umfangsangabe : 60 S. ; 8-o
Serie/Reihe : Volker-Schulbuchreihe

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/16
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Büchner, Johannes
Titel : Susann oder das Notwendige
Untertitel : Erz.
Verfasserangabe: Johannes Buechner
Verlagsort : Wuppertal
Verlag : Abendland-Verl.
Jahr : [1947]
Umfangsangabe : 102 S. ; 8-o

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/19
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Dale, Norman
Titel : Zelten-Paddeln-Abenteuer
Einheitssacht. : Dangerous Treasure <dt.>
Verfasserangabe: Norman Dale. [in Deutsche übertr. von C. Schuldt]
Verlagsort : Wuppertal
Verlag : Pulty
Jahr : [1947]
Umfangsangabe : 158 S.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 48/23
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Dorgel`es, Roland
Titel : Ich hab' dich sehr geliebt, Vivette ...
Einheitssacht. : Montmartre mon pays <dt.>
Untertitel : Geschichten vom Montmartre
Verlagsort : Bonn
Verlag : Verl. d. Europ. Bücherei, Hieronimi
Jahr : 1948
Umfangsangabe : 70 S. : Ill.
Allg. Fussnoten: Aus d. Franz. übers.
Schlagwort : Paris

<F1>=Hilfe <F3>=Vormerkung <F4>=Bestellung <F5>=Exemplaranzeige <F9>=Bände
<F10>=Neue Suche <F11>=Übergeordneter Titel <Cur ↑/↓>=Blättern
<Bild ↑/↓>=Trefferwechsel <PRINT>=Druck <F12>=Funktion zurück

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 50/1 Treffer: 1/1
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Becker, Bernd
Titel : ¬Der König vom Vogelsberg
Untertitel : Heimatroman a. d. Bergischen Lande
Verfasserangabe: Bernd Becker
Verlagsort : Düsseldorf
Verlag : Kämmerer
Jahr : [1949]
Umfangsangabe : 306 S. ; 8-o
Sprache : de

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 52/8 Treffer: 1/1
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Hanstein, Paula ¬von
Titel : Du warst für mich bestimmt
Untertitel : Frauen-Roman
Verfasserangabe: Paula von Hanstein
Verlagsort : Düsseldf.
Verlag : Bach
Jahr : 1957
Umfangsangabe : 250 S.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 60/2 Treffer: 1/1
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Dwynn, Jeffrey C.
Titel : Sie wollten die Erde
Untertitel : Zukunftsroman
Verfasserangabe: J. C. Dwynn
Ausgabebez. : 1. Aufl.
Verlagsort : Wuppertal-Barmen
Verlag : Wiesemann
Jahr : [1959]
Umfangsangabe : 266 S.
Serie/Reihe : Ein Wieba-Roman

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 60/5 Treffer: 1/1
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Hollweg, Edda
Titel : Dr. med. Bianka Saliok
Untertitel : Roman
Verfasserangabe: Edda Hollweg
Verlagsort : Rheydt
Verlag : Verlag Das Leihbuch
Jahr : [1959]
Umfangsangabe : 287 S.

<F1>=Hilfe <F3>=Vormerkung <F4>=Bestellung <F5>=Exemplaranzeige <F9>=Bände
<F10>=Neue Suche <F11>=Übergeordneter Titel <Cur ↑/↓>=Blättern
<Bild ↑/↓>=Trefferwechsel <PRINT>=Druck <F12>=Funktion zurück

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 61/11
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : KLEMISCH, FRANZ-JOSEF
Titel : Unser Bistum Essen
Verfasserangabe: Franz-Josef Klemisch
Verlagsort : Essen
Verlag : Driewer
Jahr : [1960]
Umfangsangabe : 32 S.
Begleitmaterial: 2 Beil.

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur : NR 61/15
Status : bestellbar
Standort: Hauptbibliothek/Speichermag. Bochum
Treffer: 1/1
Verliehen bis: --.--.----

Verfasser : Breitbach, Reinhold
Titel : ¬Die Flucht
Verfasserangabe: Weihnachtserz. von Reinhold Breitbach
Verlagsort : Wuppertal
Verlag : Kiefel
Jahr : [1960]
Umfangsangabe : 31 S. ; 8-o

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur :
Status : ----------
Treffer: 1/1

Titel : Samenkörner
Verlagsort : Wuppertal
Verlag : Brockhaus
Ersch. Weise : N.F. 1.1907 - 20.1926 nachgewiesen; nachgewiesen Nr. 623. 1941; 624.1950 - 995.1980; damit Ersch. eingest.
ISSN : 0342-7463
Sprache : de
Bestand : Bestand ausgelagert nach 461
Zs_Signatur : ZNR 17
Hinweise : Speichermagazin Bochum

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur :
Status : ----------
Treffer: 1/1

Titel : Libelle
Untertitel : Zeitschrift für die Frau
Verlagsort : Düsseldorf
Jahr : 1950
Ersch. Weise : [1.]1950; 2.1951 - 10.1959,26
spaeter u.d.T. : 41243-0 Aufgeg. in --->Ihre Freundin
Sprache : de
Bestand : Bestand ausgelagert nach 461
Zs_Signatur : ZNR 20
Hinweise : Speichermagazin Bochum

<F1>=Hilfe <F3>=Vormerkung <F4>=Bestellung <F5>=Exemplaranzeige <F9>=Bände
<F10>=Neue Suche <F11>=Übergeordneter Titel <Cur ↑/↓>=Blättern
<Bild ↑/↓>=Trefferwechsel <PRINT>=Druck <F12>=Funktion zurück

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur :
Status : ----------

Treffer: 1/1

Titel : Jahrbuch für Poliere und Schachtmeister
Verlagsort : Düsseldorf-Lohausen
Verlag : Werner
Jahr : 1950
Ersch. Weise : 1950[?]
Sprache : de
Bestand : Bestand ausgelagert nach 461
Zs_Signatur : ZNR 33
Hinweise : Speichermagazin Bochum

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur :
Status : ----------

Treffer: 1/1

Titel : Gottesfreund
Untertitel : Monatszeitschr. d. Dominikaner
Verlagsort : Köln
Verlag : Albertus-Magnus-Verl.
Jahr : 1951
Ersch. Weise : [1=4].1951, Mai - [12=15].1962; 16.1963 - 23.1970
fruehere Ausg. : 531601-7 Vorg. --->¬Der Gottesfreund
Sprache : de
Bestand : Bestand ausgelagert nach 461
Zs_Signatur : ZNR 50
Hinweise : Speichermagazin Bochum

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur :
Status : ----------

Treffer: 1/1

Titel : Taschenbuch für den Braunkohlenbergbau
Verlagsort : Düsseldorf
Verlag : Marklein
Jahr : 1953
Ersch. Weise : 1.1953 - 3.1955
spaeter u. d. T. : 880463-1 Forts. --->Taschenkalender für den Bergbau auf Braunkohle, Erz, Salz, Erdöl
Sprache : de
Bestand : Bestand ausgelagert nach 461
Zs_Signatur : ZNR 58
Hinweise : Speichermagazin Bochum

Einzeltrefferanzeige / Universitätsbibliothek Bonn (ULB)

Signatur :
Status : ----------

Treffer: 1/1

Titel : Kinder wachsen ins Leben
Verlagsort : Köln
Verlag : Greven
Ersch. Weise : [circa 1954] nachgewiesen
Beilagen : 413035-2 Beil. zu --->Jung-Köln
Sprache : de
Bestand : Bestand ausgelagert nach 461
Zs_Signatur : ZNR 114
Hinweise : Speichermagazin Bochum

2250

Pressegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespressegesetz NW)

Vom 24. Mai 1966

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Inhaltsübersicht

§ 1 Freiheit der Presse
§ 2 Zulassungsfreiheit
§ 3 Öffentliche Aufgabe der Presse
§ 4 Informationsrecht der Presse
§ 5 Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke
§ 6 Sorgfaltspflicht der Presse
§ 7 Begriffsbestimmungen
§ 8 Impressum
§ 9 Persönliche Anforderungen an den verantwortlichen Redakteur
§ 10 Kennzeichnung entgeltlicher Veröffentlichungen
§ 11 Gegendarstellungsanspruch
§ 12 Ablieferungspflicht der Verleger und Drucker
§ 13 Anordnung der Beschlagnahme
§ 14 Umfang der Beschlagnahme
§ 15 Durchführung der Beschlagnahme
§ 16 Verbreitungsverbot für beschlagnahmte Druckwerke
§ 17 Aufhebung der Beschlagnahme
§ 18 Entschädigung für fehlerhafte Beschlagnahme
§ 19 Vorläufige Sicherstellung
§ 20 Beschlagnahme zur Beweissicherung
§ 21 Strafrechtliche Verantwortung
§ 22 Strafbare Verletzung der Presseordnung
§ 23 Ordnungswidrigkeiten
§ 24 Zeugnisverweigerungsrecht, Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbot
§ 25 Verjährung
§ 26 Geltung für Rundfunk
§ 27 Schlußbestimmungen

§ 1

Freiheit der Presse

(1) Die Presse ist frei. Sie ist der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet.

(2) Die Freiheit der Presse unterliegt nur den Beschränkungen, die durch das Grundgesetz unmittelbar und in seinem Rahmen durch dieses Gesetz zugelassen sind.

(3) Sondermaßnahmen jeder Art, die die Pressefreiheit beeinträchtigen, sind verboten.

(4) Berufsorganisationen der Presse mit Zwangsmitgliedschaft und eine mit hoheitlicher Gewalt ausgestattete Standesgerichtsbarkeit der Presse sind unzulässig.

§ 2

Zulassungsfreiheit

Die Pressetätigkeit einschließlich der Errichtung eines Verlagsunternehmens oder eines sonstigen Betriebes des Pressegewerbes darf von irgendeiner Zulassung nicht abhängig gemacht werden.

§ 3

Öffentliche Aufgabe der Presse

Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe insbesondere dadurch, daß sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.

§ 4

Informationsrecht der Presse

(1) Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.

(2) Ein Anspruch auf Auskunft besteht nicht, soweit

1. durch sie die sachgemäße Durchführung eines schwebenden Verfahrens vereitelt, erschwert, verzögert oder gefährdet werden könnte oder
2. Vorschriften über die Geheimhaltung entgegenstehen oder
3. ein überwiegendes öffentliches oder ein schutzwürdiges privates Interesse verletzt würde oder
4. deren Umfang das zumutbare Maß überschreitet.

(3) Allgemeine Anordnungen, die einer Behörde Auskünfte an die Presse überhaupt, an diejenige einer bestimmten Richtung oder an ein bestimmtes periodisches Druckwerk verbieten, sind unzulässig.

(4) Der Verleger einer Zeitung oder Zeitschrift kann von den Behörden verlangen, daß ihm deren amtliche Bekanntmachungen nicht später als seinen Mitbewerbern zur Verwendung zugeleitet werden.

§ 5

Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke

Die Presse darf Anklageschriften oder andere amtliche Schriftstücke eines Straf- oder Bußgeldverfahrens nicht veröffentlichen, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist.

§ 6

Sorgfaltspflicht der Presse

Die Presse hat alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen. Die Verpflichtung, Druckwerke von strafbarem Inhalt freizuhalten (§ 21 Abs. 2), bleibt unberührt.

§ 7

Begriffsbestimmungen

(1) Druckwerke im Sinne dieses Gesetzes sind alle mittels der Buchdruckerpresse oder eines sonstigen zur Massenherstellung geeigneten Vervielfältigungsverfahrens hergestellten und zur Verbreitung bestimmten Schriften, besprochenen Tonträger, bildlichen Darstellungen mit und ohne Schrift und Musikalien mit Text oder Erläuterungen.

(2) Zu den Druckwerken gehören auch die vervielfältigten Mitteilungen, mit denen Nachrichtenagenturen, Pressekorrespondenzen, Materndienste und ähnliche Unternehmungen die Presse mit Beiträgen in Wort, Bild oder ähnlicher Weise versorgen. Als Druckwerke gelten ferner die von einem presseredaktionellen Hilfsunternehmen gelieferten Mitteilungen ohne Rücksicht auf die technische Form, in der sie geliefert werden.

(3) Den Bestimmungen dieses Gesetzes über Druckwerke unterliegen nicht

1. amtliche Druckwerke, soweit sie ausschließlich amtliche Mitteilungen enthalten,
2. die nur Zwecken des Gewerbes und Verkehrs, des häuslichen und geselligen Lebens dienenden Druckwerke, wie Formulare, Preislisten, Werbedrucksachen, Familienanzeigen, Geschäfts-, Jahres- und Verwaltungsberichte und dergleichen, sowie Stimmzettel für Wahlen.

(4) Periodische Druckwerke sind Zeitungen, Zeitschriften und andere in ständiger, wenn auch unregelmäßiger Folge und im Abstand von nicht mehr als sechs Monaten erscheinende Druckwerke.

§ 8

Impressum

(1) Auf jedem im Geltungsbereich dieses Gesetzes erscheinenden Druckwerk müssen Name oder Firma und Anschrift des Druckers und des Verlegers, beim Selbstverlag des Verfassers oder des Herausgebers genannt sein.

(2) Auf den periodischen Druckwerken sind ferner der Name und die Anschrift des verantwortlichen Redakteurs anzugeben. Sind mehrere Redakteure verantwortlich, so muß das Impressum die in Satz 1 geforderten Angaben für jeden von ihnen enthalten. Hierbei ist kenntlich zu machen, für welchen Teil oder sachlichen Bereich des Druckwerks jeder einzelne verantwortlich ist. Für den Anzeigenteil ist ein Verantwortlicher zu benennen; für diesen gelten die Vorschriften über den verantwortlichen Redakteur entsprechend.

(3) Zeitungen und Anschlußzeitungen, die regelmäßig ganze Seiten des redaktionellen Teils fertig übernehmen, haben im Impressum auch den für den übernommenen Teil verantwortlichen Redakteur und den Verleger zu benennen. Neben- oder Unterausgaben einer Hauptzeitung, insbesondere Kopfzeitungen, Bezirks- oder Lokalausgaben, müssen im Impressum auch den Verleger der Hauptzeitung angeben.

§ 9

Persönliche Anforderungen an den verantwortlichen Redakteur

(1) Als verantwortlicher Redakteur kann nur tätig sein und beschäftigt werden, wer

1. im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen ständigen Aufenthalt hat,
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und die Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, nicht durch richterliche Entscheidung verloren hat,
3. das 21. Lebensjahr vollendet hat,
4. unbeschränkt geschäftsfähig ist,
5. unbeschränkt strafrechtlich verfolgt werden kann.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 Nr. 3 und 4 gelten nicht für Druckwerke, die von Jugendlichen für Jugendliche herausgegeben werden.

(3) Von der Voraussetzung des Absatzes 1 Nr. 1 kann der Innenminister in besonderen Fällen auf Antrag Befreiung erteilen. Die Befreiung kann widerrufen werden.

§ 10

Kennzeichnung entgeltlicher Veröffentlichungen

Hat der Verleger oder der Verantwortliche (§ 8 Abs. 2 Satz 4) eines periodischen Druckwerks für eine Veröffentlichung ein Entgelt erhalten, gefordert oder sich versprechen lassen, so muß diese Veröffentlichung, soweit sie nicht schon durch Anordnung und Gestaltung allgemein als Anzeige zu erkennen ist, deutlich mit dem Wort „Anzeige" bezeichnet werden.

§ 11

Gegendarstellungsanspruch

(1) Der verantwortliche Redakteur und der Verleger eines periodischen Druckwerks sind verpflichtet, eine Gegendarstellung der Person oder Stelle zum Abdruck zu bringen, die durch eine in dem Druckwerk aufgestellte Tatsachenbehauptung betroffen ist. Die Verpflichtung erstreckt sich auf alle Neben- oder Unterausgaben des Druckwerks, in denen die Tatsachenbehauptung erschienen ist.

(2) Die Pflicht zum Abdruck einer Gegendarstellung besteht nicht, wenn

a) die betroffene Person oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Veröffentlichung hat oder
b) die Gegendarstellung ihrem Umfange nach nicht angemessen ist oder
c) es sich um eine Anzeige handelt, die ausschließlich dem geschäftlichen Verkehr dient.

Überschreitet die Gegendarstellung nicht den Umfang des beanstandeten Textes, so gilt sie als angemessen. Die Gegendarstellung muß sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben. Sie bedarf der Schriftform und muß von dem Betroffenen oder seinem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein. Der Betroffene oder sein Vertreter kann den Abdruck nur verlangen, wenn die Gegendarstellung unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung, dem verantwortlichen Redakteur oder Verleger zugeht.

(3) Die Gegendarstellung muß in der nach Empfang der Einsendung nächstfolgenden, für den Druck nicht abgeschlossenen Nummer in dem gleichen Teil des Druckwerks und mit gleicher Schrift wie der beanstandete Text ohne Einschaltungen und Weglassungen abgedruckt werden; sie darf nicht in der Form eines Leserbriefs erscheinen. Der Abdruck ist kostenfrei. Wer sich zu der Gegendarstellung in derselben Nummer äußert, muß sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(4) Für die Durchsetzung des vergeblich geltend gemachten Gegendarstellungsanspruchs ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Auf Antrag des Betroffenen kann das Gericht anordnen, daß der verantwortliche Redakteur und der Verleger in der Form des Absatzes 3 eine Gegendarstellung veröffentlichen. Auf dieses Verfahren sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das Verfahren auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung entsprechend anzuwenden. Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht zu werden. Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen der gesetzgebenden Organe des Bundes und der Länder und der Vertretungen der Gemeinden (Gemeindeverbände) sowie der Gerichte.

§ 12

Ablieferungspflicht der Verleger und Drucker

(1) Von jedem Druckwerk, das im Geltungsbereich dieses Gesetzes verlegt wird, hat der Verleger an nachstehende Bibliotheken ein Stück unentgeltlich und auf eigene Kosten abzuliefern:

a) an die Universitätsbibliothek in Bonn, soweit das Druckwerk in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln verlegt wird,
b) an die Universitätsbibliothek in Münster, soweit das Druckwerk in den Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold und Münster verlegt wird.

(2) Von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind die in § 7 Abs. 2 bezeichneten Druckwerke sowie bildliche Darstellungen ohne Text. Der Innenminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Kultusminister durch Rechtsverordnung weitere Ausnahmen von der Ablieferungspflicht zu bestimmen. Dabei sind im besonderen die Druckwerke von der Ablieferungspflicht auszunehmen, bei denen ein wissenschaftliches oder öffentliches Interesse an der Sammlung nicht besteht.

(3) Auf Antrag ist eine Entschädigung in Höhe der Selbstkosten zu gewähren, wenn die unentgeltliche Ablieferung insbesondere wegen der Auflage oder des Wertes des Druckwerks dem Verleger nicht zugemutet werden kann.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für den Drucker, wenn das Druckwerk keinen Verleger hat oder außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes verlegt wird.

§ 13

Anordnung der Beschlagnahme

(1) Die Beschlagnahme eines Druckwerks kann nur der Richter anordnen.

(2) Die Beschlagnahme darf nur angeordnet werden, wenn

1. dringende Gründe für die Annahme vorliegen, daß das Druckwerk eingezogen oder seine Unbrauchbarmachung angeordnet wird und
2. in den Fällen, in denen die Einziehung oder die Anordnung der Unbrauchbarmachung einen Antrag oder eine Ermächtigung voraussetzt, dringende Gründe für die Annahme vorliegen, daß der Antrag gestellt oder die Ermächtigung erteilt wird.

(3) Die Beschlagnahme darf nicht angeordnet werden, wenn

1. der mit ihr verfolgte und erreichbare Rechtsschutz offensichtlich geringer wiegt als ein durch die Beschlagnahme gefährdetes öffentliches Interesse an unverzögerter Unterrichtung durch das Druckwerk oder
2. ohne weiteres feststeht, daß die nachteiligen Folgen der Beschlagnahme außer Verhältnis zu der Bedeutung der Sache stehen.

§ 14

Umfang der Beschlagnahme

(1) Die Anordnung der Beschlagnahme erfaßt nur die Stücke eines Druckwerks, die sich im Besitz des Verfassers, Verlegers, Herausgebers, Redakteurs, Druckers, Händlers oder anderer bei der Herstellung, Veröffentlichung oder Verbreitung mitwirkender Personen befinden, sowie die öffentlich ausgelegten oder öffentlich angebotenen oder sonst zur Verbreitung oder Vervielfältigung bestimmten Druckstücke; die Beschlagnahme kann in der Anordnung noch weiter beschränkt werden. Die Beschlagnahme kann auf Druckformen, Platten und Matrizen oder entsprechende, den gedanklichen Inhalt der Veröffentlichung tragende Vervielfältigungsmittel ausgedehnt werden.

(2) In der Beschlagnahmeanordnung sind die die Beschlagnahme veranlassenden Stellen des Druckwerks unter Anführung der verletzten Gesetze zu bezeichnen. Ausscheidbare Teile, die nichts Strafbares enthalten, sind von der Beschlagnahme auszuschließen.

(3) Die Beschlagnahme eines Druckwerks kann dadurch abgewendet werden, daß der Betroffene den die Beschlagnahme veranlassenden Teil von der Vervielfältigung oder der Verbreitung unverzüglich ausschließt.

§ 15

Durchführung der Beschlagnahme

(1) Die Maßnahmen zur Durchführung der Beschlagnahme sind der Bedeutung der Sache anzupassen.

(2) Besteht kein öffentliches Interesse an einer amtlichen Verwahrung der Druckwerke, kann die Beschlagnahme auch in der Weise durchgeführt werden, daß den in § 14 Absatz 1 Satz 1 genannten Personen der wesentliche Inhalt der Beschlagnahmeanordnung schriftlich oder mündlich unter Hinweis auf die Wirkung der Beschlagnahme (§ 16) bekanntgegeben wird.

§ 16

Verbreitungsverbot für beschlagnahmte Druckwerke

Während der Dauer einer Beschlagnahme ist die Verbreitung des von ihr betroffenen Druckwerks oder der Wiederabdruck des die Beschlagnahme veranlassenden Teils dieses Druckwerks verboten.

§ 17

Aufhebung der Beschlagnahme

(1) Die Beschlagnahmeanordnung ist aufzuheben, wenn nicht binnen eines Monats die öffentliche Klage erhoben oder die selbständige Einziehung oder Unbrauchbarmachung beantragt ist.

(2) Reicht die in Absatz 1 bezeichnete Frist wegen des Umfangs des Verfahrens oder infolge erheblicher Beweisschwierigkeiten nicht aus, so kann der Staatsanwalt bei dem Gericht beantragen, die Frist um einen Monat zu verlängern. Der Antrag kann einmal wiederholt werden.

(3) Solange weder die öffentliche Klage erhoben noch ein Antrag auf selbständige Einziehung oder Unbrauchbarmachung gestellt ist, ist die Beschlagnahmeanordnung aufzuheben, wenn der Staatsanwalt dies beantragt. Gleichzeitig mit dem Antrag tritt das Verbot nach § 16 außer Kraft. Der Staatsanwalt hat die Betroffenen von der Antragstellung zu unterrichten.

§ 18

Entschädigung für fehlerhafte Beschlagnahme

(1) War die Beschlagnahme unzulässig oder erweist sich ihre Anordnung als ungerechtfertigt, so ist dem durch die Beschlagnahme unmittelbar Betroffenen auf Antrag eine angemessene Entschädigung in Geld zu gewähren. Dies gilt auch, wenn die Beschlagnahmeanordnung fortbesteht, obwohl sie nach § 17 Abs. 1 aufzuheben war.

(2) Der Anspruch kann nur geltend gemacht werden, wenn die Beschlagnahme aufgehoben oder wenn weder im Hauptverfahren noch im Einziehungsverfahren (§§ 430 ff. der Strafprozeßordnung) die Einziehung oder die Unbrauchbarmachung des Druckwerks angeordnet worden ist. Der Anspruch entfällt, wenn Bestrafung oder Einziehung nur deshalb unterblieben sind, weil kein Antrag gestellt oder keine Ermächtigung erteilt worden ist.

(3) Die Entschädigung wird für den durch die Beschlagnahme verursachten Vermögensschaden geleistet. Entschädigungspflichtig ist das Land.

(4) Der Antrag nach Absatz 1 ist binnen drei Monaten nach der Bekanntmachung der in Absatz 2 genannten Entscheidung bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts zu stellen, in dessen Bezirk die Entscheidung ergangen ist. Über den Antrag entscheidet der Justizminister; er kann diese Befugnis auf die Oberlandesgerichtspräsidenten übertragen. Gegen den Bescheid ist binnen einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Zustellung die Klage zulässig. Das Landgericht ist ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig.

§ 19

Vorläufige Sicherstellung

(1) Der Staatsanwalt oder seine Hilfsbeamten dürfen ein Druckwerk ohne richterliche Beschlagnahme zu anderen Zwecken als zur Beweissicherung wegnehmen (vorläufig sicherstellen), wenn seine Herstellung oder Verbreitung

1. als Hochverrat, als Staatsgefährdung, als Landesverrat oder
2. nach §§ 109 b, 109 g, 110, 128, 129, 130, 184 des Strafgesetzbuches oder
3. nach § 21 Abs. 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften

mit Strafe bedroht ist und wenn eine richterliche Anordnung der Beschlagnahme nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann. Im Falle des § 184 des Strafgesetzbuches darf ein Druckwerk nur vorläufig sichergestellt werden, wenn sein Inhalt das Schamgefühl offensichtlich grob verletzt. § 13 Abs. 2 und 3 sowie §§ 14 und 18 sind auf die vorläufige Sicherstellung entsprechend anzuwenden.

(2) Die vorläufige Sicherstellung ist unzulässig bei Tageszeitungen.

(3) Die gerichtliche Entscheidung über die Beschlagnahme (§ 13) eines vorläufig sichergestellten Druckwerks hat der Staatsanwalt innerhalb von 24 Stunden nach der Sicherstellung zu beantragen. Das Gericht hat innerhalb von 24 Stunden nach Eingang des Antrags zu entscheiden. Der Beschluß des Gerichts, der die Beschlagnahme ablehnt, hebt die vorläufige Sicherstellung auf.

(4) Ist die vorläufige Sicherstellung von einem Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft angeordnet worden, so muß er die Verhandlungen spätestens innerhalb von 12 Stunden dem Staatsanwalt vorlegen.

(5) Die Anordnung der vorläufigen Sicherstellung wird unwirksam, wenn nicht binnen fünf Tagen seit ihrem Erlaß der Beschlagnahmebeschluß der Behörde mitgeteilt ist, die die Sicherstellung angeordnet hat; das vorläufig sichergestellte Druckwerk ist unverzüglich freizugeben.

§ 20

Beschlagnahme zur Beweissicherung

Auf die Beschlagnahme einzelner Stücke eines Druckwerks zur Sicherung des Beweises finden die §§ 13 bis 19 keine Anwendung.

§ 21

Strafrechtliche Verantwortung

(1) Die Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen, die mittels eines Druckwerks begangen werden, bestimmt sich nach den allgemeinen Strafgesetzen.

(2) Ist durch ein Druckwerk der Tatbestand einer mit Strafe bedrohten Handlung verwirklicht worden und hat

1. bei periodischen Druckwerken der verantwortliche Redakteur oder
2. bei sonstigen Druckwerken der Verleger

vorsätzlich oder leichtfertig seine Verpflichtung verletzt, Druckwerke von strafbarem Inhalt freizuhalten, so wird er mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, soweit er nicht wegen dieser Handlung schon nach Absatz 1 als Täter oder Teilnehmer strafbar ist. Kann die durch das Druckwerk verwirklichte mit Strafe bedrohte Handlung nur auf Antrag oder mit Ermächtigung verfolgt werden, so setzt die Verfolgung des Vergehens nach Satz 1 voraus, daß der Antrag gestellt oder die Ermächtigung erteilt ist.

§ 22

Strafbare Verletzung der Presseordnung

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich

1. entgegen der Vorschrift des § 5 amtliche Schriftstücke veröffentlicht,
2. als Verleger eine Person zum verantwortlichen Redakteur bestellt, die nicht den Anforderungen des § 9 entspricht,
3. als verantwortlicher Redakteur zeichnet, obwohl er die Voraussetzungen des § 9 nicht erfüllt,
4. als verantwortlicher Redakteur oder Verleger — beim Selbstverlag als Verfasser oder Herausgeber — bei einem Druckwerk strafbaren Inhalts den Vorschriften über das Impressum (§ 8) zuwiderhandelt,
5. entgegen dem Verbot des § 16 ein beschlagnahmtes Druckwerk verbreitet oder wieder abdruckt.

§ 23

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als verantwortlicher Redakteur oder Verleger — beim Selbstverlag als Verfasser oder Herausgeber — den Vorschriften über das Impressum (§ 8) zuwiderhandelt oder als Unternehmer Druckwerke verbreitet, in denen die nach § 8 vorgeschriebenen Angaben (Impressum) ganz oder teilweise fehlen,
2. als Verleger oder als Verantwortlicher (§ 8 Abs. 2 Satz 4) eine Veröffentlichung gegen Entgelt nicht als Anzeige kenntlich macht oder kenntlich machen läßt (§ 10),
3. gegen die Verpflichtung aus § 11 Abs. 3 Satz 3 verstößt,
4. gegen die Ablieferungspflicht gemäß § 12 verstößt.

(2) Ordnungswidrig handelt ferner, wer fahrlässig einen der in § 22 genannten Tatbestände verwirklicht.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann, wenn sie vorsätzlich begangen worden ist, mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark, wenn sie fahrlässig begangen worden ist, mit einer Geldbuße bis zu 5000 Deutsche Mark geahndet werden.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 (BGBl. I S. 177) ist der Regierungspräsident. Er entscheidet auch über die Abänderung und Aufhebung eines rechtskräftigen, gerichtlich nicht nachgeprüften Bußgeldbescheides (§ 66 Abs. 2 dieses Gesetzes).

§ 24

Zeugnisverweigerungsrecht, Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbot

(1) Redakteure, Journalisten, Verleger, Herausgeber, Drucker und andere, die bei der Herstellung oder Veröffentlichung eines periodischen Druckwerks berufsmäßig mitwirken, können über die Person des Verfassers, des Einsenders oder des Gewährsmannes einer Veröffentlichung im redaktionellen Teil des Druckwerks oder einer zur Veröffentlichung in diesem Teil gegebenen oder als Material dazu dienenden Mitteilung und über deren Inhalt das Zeugnis verweigern.

(2) Die Beschlagnahme von Schriftstücken, Tonträgern, Abbildungen und Darstellungen, die sich im Gewahrsam der zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigten oder der Redaktion, des Verlages oder der Druckerei befinden, ist unzulässig, wenn sie bezwecken soll, Tatsachen zu ermitteln, festzustellen oder nachzuweisen, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht erstreckt.

(3) Für die Durchsuchung gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Die Beschränkungen der Beschlagnahme und der Durchsuchung gelten nicht, wenn der zur Verweigerung des Zeugnisses Berechtigte als Täter oder als Teilnehmer einer strafbaren Handlung dringend verdächtig ist. Sie gelten jedoch, wenn lediglich der Verdacht eines Vergehens nach § 21 Abs. 2 besteht.

§ 25

Verjährung

(1) Die Verfolgung strafbarer Handlungen,

1. die durch die Veröffentlichung oder Verbreitung von Druckwerken strafbaren Inhalts begangen werden, oder
2. die in diesem Gesetz sonst mit Strafe bedroht sind,

verjährt bei Verbrechen in einem Jahr, bei Vergehen in sechs Monaten.

(2) Die Verfolgung der in § 23 genannten Ordnungswidrigkeiten verjährt in drei Monaten.

(3) Die Verjährung beginnt mit der Veröffentlichung oder Verbreitung des Druckwerks. Wird das Druckwerk in Teilen veröffentlicht oder verbreitet oder wird es neu aufgelegt, so beginnt die Verjährung erneut mit der Veröffentlichung oder Verbreitung der weiteren Teile oder Auflagen.

§ 26

Geltung für Rundfunk

(1) Für den Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) gelten die §§ 4, 5, 6, 9 Abs. 1, §§ 11 und 24 entsprechend.

(2) Der Gegendarstellungsanspruch (§ 11) richtet sich gegen den, der die beanstandete Sendung veranstaltet hat. Die Gegendarstellung muß unverzüglich für den gleichen Bereich und zu einer gleichwertigen Sendezeit wie die beanstandete Sendung verbreitet werden.

(3) § 24 gilt mit folgender Maßgabe:

1. Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt Intendanten, Programmdirektoren, Redakteure und andere, die bei der Vorbereitung oder Durchführung einer Sendung berufsmäßig mitwirken.
2. Wenn der Verfasser, der Einsender oder der Gewährsmann selbst in der Sendung spricht, darf das Zeugnis über seine Person nicht verweigert werden.

(4) Der Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen" vom 6. Juli 1961 (Bekanntmachung vom 9. August 1961 — GV. NW. S. 269 —) bleibt unberührt.

Anhang 10

§ 27

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1966 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (RGBl. S. 65), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 1935 (RGBl. I S. 839),
2. das Gesetz über die Berufsausübung von Verlegern, Verlagsleitern und Redakteuren vom 17. November 1949 (GS. NW. S. 444) und die Durchführungsverordnung vom 5. Dezember 1949 (GS. NW. S. 444).

Düsseldorf, den 24. Mai 1966

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.)

Der Ministerpräsident
Dr. Meyers

Der Innenminister
Weyer

Der Justizminister
Dr. Sträter

— GV. NW. 1966 S. 340.

Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM

Einzellieferung nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)
In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.
Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 6,60 DM. Ausgabe B 7,70 DM.

F 3229 A

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

20. Jahrgang Ausgegeben zu Düsseldorf am 20. Juni 1966 **Nummer 47**

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2128	27. 5. 1966	Verordnung über die Hygiene bei der Ausübung des Friseurhandwerks (Friseur-Hyg.VO)	346
51	17. 5. 1966	Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung	347

Anhang 10

VII 376°

Anhang 11
F 3229 A

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

21. Jahrgang | Ausgegeben zu Düsseldorf am 20. Oktober 1967 | Nummer 45

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2250	26. 9. 1967	Verordnung über die Ablieferung von Druckwerken	181
7824	9. 10. 1967	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes im Lande Nordrhein-Westfalen	181
	6. 10. 1967	Anzeige des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen nach § 5 des Gesetzes vom 10. April 1872 (PrGS. NW. S. 2)	182

2250

Verordnung über die Ablieferung von Druckwerken

Vom 26. September 1967

Auf Grund des § 12 Abs. 2 des Landespressegesetzes vom 24. Mai 1966 (GV. NW. S. 340) wird im Einvernehmen mit dem Kultusminister verordnet:

§ 1

(1) Von der Ablieferungspflicht gemäß § 12 des Gesetzes werden ausgenommen:

1. Unveränderte Neuauflagen von Druckwerken, soweit sie im gleichen Verlag und nicht später als 10 Jahre nach der früheren Auflage erscheinen;
2. Sonderdrucke aus Druckwerken, die bereits gemäß § 12 des Gesetzes abgeliefert sind;
3. Dissertationen, soweit sie nicht im Buchhandel erscheinen.

(2) Von der Ablieferungspflicht gemäß § 12 Abs. 4 des Gesetzes werden diejenigen Druckwerke ausgenommen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes verlegt werden, jedoch bereits auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen eines anderen Bundeslandes dort der Ablieferungspflicht unterliegen.

§ 2

(1) Die empfangsberechtigte Bibliothek kann auf die Ablieferung von Musikalien und besprochenen Tonträgern sowie von Neben- oder Unterausgaben einer Hauptzeitung verzichten, soweit das wissenschaftliche oder öffentliche Interesse an der Sammlung dem Verzicht nicht entgegensteht.

(2) Die empfangsberechtigte Bibliothek kann auch auf die Ablieferung anderer Druckwerke verzichten, an deren Erfassung in einer Regionalsammlung ein wissenschaftliches oder öffentliches Interesse nicht besteht.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 26. September 1967

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Weyer

— GV. NW. 1967 S. 181.

7824

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes im Lande Nordrhein-Westfalen

Vom 9. Oktober 1967

Auf Grund der §§ 2, 5, des § 6 Abs. 2 und des § 10 Abs. 2 des Tierzuchtgesetzes vom 7. Juli 1949 (WiGBl. S. 181), geändert durch Gesetz vom 23. Juni 1953 (BGBl. I S. 445) wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Durchführung des Tierzuchtgesetzes im Lande Nordrhein-Westfalen vom 29. Juli 1960 (GV. NW. S. 308) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 erhalten die Absätze 1 und 2 folgende Fassung:

„(1) Bei der obersten Körbehörde wird je eine Körkommission für die Körung von Vollbluthengsten, Traberhengsten und solchen Hengsten, die sich im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen befinden (Landbeschäler), gebildet. Vollbluthengste und Traberhengste, die ausschließlich außerhalb der Vollblutzucht oder Traberzucht verwendet werden sollen, gelten nicht als Vollblut- oder Traberhengste im Sinne des Satzes 1.

2. Nov. 1967
Universitätsbibliothek
Bonn
VII 376

V. Schlußvorschriften

§ 23

Rundfunkgesetzliche Bindungen

Die das ZDF betreffenden rundfunkgesetzlichen Vorschriften sind für die Anstalt unmittelbar bindend.

§ 24

Reisekosten, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung

(1) Die Mitglieder des Fernsehrates und des Verwaltungsrates haben Anspruch auf Reisekostenvergütung, Tage- und Übernachtungsgelder. Sie erhalten ferner eine Aufwandsentschädigung.

(2) Das Nähere beschließt der Fernsehrat auf Vorschlag des Verwaltungsrates.

§ 25

Inkrafttreten der Satzung

(1) Diese Satzung tritt am 2. April 1962 in Kraft.

(2) Die Satzung ist in den Amtlichen Verkündigungsblättern der vertragschließenden Länder bekanntzugeben. Das gleiche gilt für Satzungsänderungen.

– GV. NW. 1993 S. 261.

2250

Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren (Pflichtexemplargesetz)

Vom 18. Mai 1993

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Ablieferungspflicht

Von allen mittels eines Vervielfältigungsverfahrens hergestellten und zur Verbreitung bestimmten Texten (Pflichtexemplare), die in Nordrhein-Westfalen verlegt werden, ist ohne Rücksicht auf die Art des Textträgers und des Vervielfältigungsverfahrens vom Verleger unaufgefordert unmittelbar nach Beginn der Verbreitung unentgeltlich und auf eigene Kosten ein Stück in handelsüblicher Form abzuliefern.

§ 2

Zuständige Bibliotheken

Die Pflichtexemplare sind abzuliefern

- für den Regierungsbezirk Köln an die Universitätsbibliothek in Bonn,
- für den Regierungsbezirk Düsseldorf an die Universitätsbibliothek in Düsseldorf,
- für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster an die Universitätsbibliothek in Münster.

Die Universitätsbibliotheken Bonn, Düsseldorf und Münster erhalten den Namen „Universitäts- und Landesbibliothek".

Die Bibliotheken sind zur fachgerechten Aufbewahrung, Erschließung und Bereitstellung der Pflichtexemplare verpflichtet.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Als Texte im Sinne von § 1 des Gesetzes gelten auch die Texte in verfilmter oder elektronisch aufgezeichneter Form, besprochene Tonträger, Notendrucke und andere graphische Musikaufzeichnungen, Landkarten, Ortspläne und Atlanten sowie bildliche Darstellungen, wenn sie mit einem erläuternden Text verbunden sind.

(2) Die Ablieferungspflicht umfaßt sämtliche erkennbar zum Hauptwerk gehörende Beilagen sowie zu Zeitschriften, Lieferungswerken, Loseblattausgaben und ähnlichen Veröffentlichungen gehörige Einbanddecken, Sammelordner, Titelblätter, Inhaltsverzeichnisse, Register und andere Materialien, die der Vervollständigung des Hauptwerkes dienen.

Sind mehrere Einbandarten handelsüblich, ist das Pflichtexemplar in der dauerhaftesten Form abzuliefern. Dies gilt nicht für Vorzugs- und Prachtausgaben, wenn eine andere Einbandart genügend dauerhaft ist.

(3) Als ablieferungspflichtige Verleger im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Kommissions-, Lizenz- und Selbstverleger. Bei Tonträgern gilt als Verleger der Hersteller.

(4) Als innerhalb von Nordrhein-Westfalen verlegt gelten Texte mit nordrhein-westfälischem Verlagsort. Gibt es mehrere Verlagsorte, so ist der Hauptsitz bzw. der an erster oder hervorgehobener Stelle im Text genannte Sitz maßgeblich.

§ 4

Ausnahmen von der Ablieferungspflicht

(1) Den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen nicht:

1. Texte, die nur gewerblichen, geschäftlichen oder innerbetrieblichen Zwecken, der Verkehrsabwicklung oder dem häuslichen oder geselligen Leben dienen (Akzidenzdrucksachen), wie zum Beispiel Formulare, Preislisten, Werbedrucksachen, Gebrauchsanweisungen, Familienanzeigen, Flugblätter, Plakate, Verkaufskataloge und Fahrpläne,
2. Geschäfts-, Jahres- und Verwaltungsberichte, soweit sie nur unter Personen verbreitet werden, für die sie nach Gesetz und Satzung bestimmt sind,
3. Texte, die in einer geringeren Auflage als zehn Exemplare erscheinen, sofern es sich nicht um Texte handelt, die einzeln auf Anforderung verlegt werden,
4. Dissertationen und andere Hochschulprüfungsarbeiten, sofern sie nicht im Buchhandel erscheinen,
5. Referenten- und Schulungsmaterialien mit Manuskriptcharakter,
6. Laufende Pressedienste.

(2) Die zuständige Bibliothek kann im Einvernehmen mit dem Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen auf die Abgabe weiterer Arten von Texten bis auf Widerruf verzichten.

§ 5

Erstattung

Dem Ablieferungspflichtigen wird auf Antrag von der zuständigen Bibliothek eine Erstattung der Herstellungskosten gewährt, wenn ihn die unentgeltliche Ablieferung wegen der hohen Herstellungskosten und der kleinen Auflage des Werkes unzumutbar belastet. Der begründete Antrag ist spätestens bei Ablieferung des Textes zu stellen.

§ 6

Ordnungswidrigkeit

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig die Verpflichtung zur Ablieferung von Pflichtexemplaren nach § 1 des Gesetzes nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt.

(2) Hat ein Verleger das Pflichtexemplar nicht oder nicht rechtzeitig abgeliefert, bleibt er zur Beschaffung und Nachlieferung eines Ersatzexemplars verpflichtet. Kommt er dieser Verpflichtung auch nach Aufforderung innerhalb eines Monats nicht nach, so handelt er ordnungswidrig.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM geahndet werden.

(4) Zuständige Verwaltungsbehörde nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Regierungspräsident.

§ 7

Verjährung

Die Verfolgung der in § 6 des Gesetzes genannten Ordnungswidrigkeiten verjährt in drei Monaten.

§ 8

Ermächtigung

Das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen über die Art der abzuliefernden Texte, Ausgabe und die Ausstattung der Pflichtexemplare, die Ablieferungsfristen, das Verfahren bei der Ablieferung und die Einschränkung der Ablieferungspflicht für bestimmte Gattungen von Texten zu erlassen.

§ 9

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten § 12 und § 23 Abs. 1 Nr. 4 des Landespressegesetzes NW vom 24. Mai 1966 (GV. NW. S. 340), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. September 1992 (GV. NW. S. 346), und die Verordnung über die Ablieferung von Druckwerken vom 26. September 1967 (GV. NW. S. 181) außer Kraft.

Düsseldorf, den 18. Mai 1993

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
(L. S.) Johannes Rau

Der Kultusminister
Hans Schwier

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
Anke Brunn

– GV. NW. 1993 S. 265.

Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1
Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 95,– DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 4000 Düsseldorf 1
Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
ISSN 0177-5359

Pflichtorte der UB Bonn ab Erscheinungsjahr 1994

Aachen
Adendorf
  s. Wachtberg
Ahrdorf
Aldenhoven
Alfter
Alsdorf
Arloff
Arnoldsweiler

Baal
Bad Godesberg
  s. Bonn
Bad Honnef
Bad Münstereifel
Baesweiler
Barmen s. Jülich
Bedburg
Bensberg
  s. Berg. Gladbach
Bergheim
Bergisch Gladbach
Bergneustadt
Bielstein
Birkesdorf
Blankenheim
Bonn
Bornheim
Brachelen
Broichweiden
Brüggen (Erft)
Brühl
Buir
Burscheid

Dahlem
Dattenfeld
Denklingen
Düren

Eckenhagen
Eilendorf
Eiserfey
Eitorf
Elsdorf
Engelskirchen
Erftstadt
Erkelenz
Erp
Eschweiler
Euskirchen

Flamersheim
Frechen

Gangelt
Geilenkirchen
Gemünd
Gressenich
Gürzenich
Gummersbach
Gymnich

Haag
Hau
Heimbach
Heimerzheim
Heinsberg
Hellenthal
Hennef (Sieg)
Heppendorf
Herchen
Hersel
Herzogenrath
Hollerath
Holzheim
Hückelhoven
Hückeswagen
Hürtgenwald
Hürth

Inden

Jülich

Kall
Kerpen
Köln
Königswinter
Kohlscheid
Kommern
  s. Mechernich
Kornelimünster
Kreuzau
Kürten

Langerwehe
Lechenich
Leichlingen (Rhld.)
Leverkusen
Liblar
Lindlar
Linnich
Lövenich
Lohmar
Losheim

Marienheide
Mechernich
Meckenheim
Merken
Merkstein
Merzenich
Mondorf
Monschau
Morsbach
Much

Nettersheim
Neunkirchen-Seelscheid
Nideggen
Niederkassel
Niederzier
Nörvenich
Nümbrecht

Oberaußem
  s. Bergheim
Oberpleis
  s. Königswinter
Oberwinter
Odenthal
Opladen
  s. Leverkusen
Overath

Pütz
Puffendorf
Pulheim

Radevormwald
Ratheim
Reichshof
Rheinbach
Rodenkirchen
Rösrath
Roetgen
Rosbach
  s. Windeck
Ründeroth
Ruppichteroth

Sankt Augustin
Schleiden
Schönau
Sechtem
Selfkant
Siegburg
Sieglar
Simmerath
Stolberg (Rhld.)
Swisttal

Titz
Troisdorf
Tüddern
Türnich

Uckerath
Übach-Palenberg

Vettweiß
Villip
  s. Wachtberg

Wachtberg
Waldbröl
Waldfeucht
Walheim
Wassenberg
Wegberg
Weilerswist
Weisweiler
Wermelskirchen
Wesseling
Wiehl
Windeck
Wipperfürth
Würselen

Zülpich

Schlachem s. Windeck/Sieg

4.2.98/Vg

Mengengerüst Neuzugänge

	Jahr	insgesamt	davon Pflicht	Anteil Pflicht
Laufende Zeitschriften ohne Nat.Abt. ohne Med Abt. ohne UZ ohne Zeitungen	1995	Titel: 7.728	3.888	50,0 %
	1996	7.892	4.080	51,7 %
	1997	7.990	4.251	53,2 %
	->			55,0 %
neue Zeitschriften	1995	Titel: 379	272	71,8 %
	1996	333	254	76,3 %
	1997	357	248	69,5 %
	D	356	258	72,5 %
abgebrochene Zeitschriften 1995 bedingt durch Änderung des Pflichtbereichs extrem hohe Werte	1995	Titel: 1.133	1.047	92,4 %
	1996	169	62	36,6 %
	1997	185	77	41,6 %
	->			40,0 %
Zugang Zeitschriftenbände	1995	Bände: 4.757	2.044	43,0 %
	1996	4.629	2.069	44,7 %
	1997	4.633	2.144	46,3 %
	->			48,0 %
laufende Zeitungen als Papierausg.	1995	Titel: 55	39	70,9 %
	1996	55	39	70,9 %
	1997	55	39	70,9 %
	->	55	39	70,9 %
laufende Zeitungen auf Mikrofilm Die 3 dem Pflichtbereich zugerechneten Zeitungen werden im ZZ gekauft als Benutzungsfilme zu den Pflichtexemplaren 'Bonner GA', 'Rheinische Post', 'Kölner Stadtanzeiger'	1995	17	3	17,6 %
	1996	17	3	17,6 %
	1997	17	3	17,6 %
	->	17	3	17,6 %
Zugang Monographien für den regulären Geschäftsgang incl. Nat.Abt. und Med.Abt.	1995	Bände: 21.179	4.143	19,6 %
	1996	19.397	4.568	23,5 %
	1997	20.240	4.282	21,2 %
	->	20.200	4.400	21,8 %

Zugang minderwichtige Pflicht	1995	Bände: 3.370	3.370	100 %
	1996	3.300	3.300	100 %
	1997	3.989	3.989	100 %
	->		3.500	
Zugang Karten	1995	67	66	98,5 %
	1996	1.352	1.289	95,3 %
	1997	941	941	100 %
	->	1.020	1.000	98,0 %
Zugang Noten	1995			
Notenhefte wurden bis 1995 bei Monographien gezählt (geringe Mengen).	1996	104	104	100 %
	1997	625	625	100 %
	->	500	500	100 %
Zugang audiovisuelle Medien allein und in Medienkombinationen	1995	134	131	97,8 %
	1996	222	220	99,0 %
	1997	148	142	95,9 %
	->	163	160	2,7 %
Zugang Mikromaterialien	1995	7433	200	2,7 %
	1996	5450	492	9,0 %
	1997	6355	477	7,5 %
	->	6000	450	7,5 %
Zugang elektronische Medien allein und in Medienkombinationen	1995	166	147	88,6 %
	1996	275	130	47,3 %
	1997	409	321	78,5 %
	->	400	320	80 %

Anmerkung:
Gezählt sind jeweils physische Einheiten unabhängig vom bibliographischen Zusammenhang (wie in der DBS). Dies führt z.B. bei Mikromaterialien zu Angaben, die keinen Anhaltspunkt für die Arbeitsbelastung geben. Die Zahl der bibliographischen Einheiten läßt sich annähernd aus der Zahl der neu vergebenen Signaturen der jeweiligen Mediengruppe erschließen.

/ DBS

PFLICHTSTELLE 1

Anhang 15

1993

Bestand und Zugang nach Materialien:		Zugang im Berichtsjahr + Buchbindereinheiten
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	8	11301
Dissertationen nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden	10	11.111
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	12	
Karten und Pläne nach Blättern*	14	206
Noten nach physischen Einheiten*	16	+
Patente nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Einzelstücken	18	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	20	
Normen nach physischen Einheiten*	22	
Handschriften nach Einzelstücken*	24	
Tonträger nach Einzelstücken* Schallplatten, 11 Kassetten, 4 CD	28	15
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten* Dias 2V, Arbeitstransparente 3	28	23
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* 18	30	18
Sonstiges nach physischen Einheiten → Mikromaterialien nach Einzelstücken* 8 Microfiches, Microfilm	32	8
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* 310 Disketten	34	310

Summe: 11.881 = (4.

↗ für Chronik

Beachten Sie bitte die Erläuterungen!

PFLICHTSTELLE 3

Anhang 15

1993

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*	
Kauf	(35)		(36)		
Tausch	(37)		(38)		
Pflicht*	(39)	1118811	(40)	2321,25	
Geschenke	(41)				
Summe*	(42) = (39)	1118811	(43)	2321,25	
darunter aus Fremdmitteln*	(44)		(45)		
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*	(46)		(47)		
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	(48)		(49)		
darunter Reihenwerke und Fortsetzungen	(50)	786	(51)		

(35)-(51) In den Spalten "Zugang insgesamt" und "Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (7)-(34).

(39) + (40) Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben.
Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!

(42) Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte "Zugang" (8) - (34).

(43) Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (56) abzüglich (57).

(44) + (45) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (61) enthalten sein.

(46) + (47) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

(48) + (49) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch *Zeitschriften*, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.

/ DBS 1994 PFLICHTSTELLE 1

Anhang 15

Bestand und Zugang nach Materialien:		Zugang im Berichtsjahr + Fortsetzungen 182
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	(8)	9516
Dissertationen nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden	(10)	9698
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(12)	
Karten und Pläne nach Blättern*	(14)	60
Noten nach physischen Einheiten*	(16)	
Patente nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Einzelstücken	(18)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(20)	
Normen nach physischen Einheiten*	(22)	
Handschriften nach Einzelstücken*	(24)	
Tonträger nach Einzelstücken* Schallplatten, Kassetten, CD (115, 23)	(28)	138
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten* Dias=2 Arbeitstransparente=21	(28)	23
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* 17	(30)	17
Sonstiges nach physischen Einheiten → Mikromaterialien nach Einzelstücken* Microfiches, Microfilm (341)	(32)	341
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* Disketten (138)	(34)	138

Summe: 10.415 (42)

für Chronik

Beachten Sie bitte die Erläuterungen!

PFLICHTSTELLE

1994

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*	
Kauf	(35)		(36)		
Tausch	(37)		(38)		
Pflicht*	(39)	1041 15	(40)	17 97	
Geschenke	(41)				
Summe*	(42)	1041 15	(43)	17 97	
darunter aus Fremdmitteln*	(44)		(45)		
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*	(46)		(47)		
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	(48)		(49)		
darunter Reihenwerke und Fortsetzungen	(50)	407	(51)		

(35)-(51) In den Spalten "Zugang insgesamt" und "Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (7)-(34).

(39) + (40) Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben. **Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!**

(42) Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte "Zugang" (8) - (34).

(43) Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (56) abzüglich (57).

(44) + (45) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (61) enthalten sein.

(46) + (47) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

(48) + (49) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch *Zeitschriften*, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.

DBS

PFLICHTSTELLE 1

Anhang 15

1995

Bestand und Zugang nach Materialien:		Zugang im Berichtsjahr
		+ Zeitungen 10
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	(8)	9436
		9557
Dissertationen nach physischen Einheiten*		
→ gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden	(10)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(12)	
Karten und Pläne nach Blättern*	(14)	66
Noten nach physischen Einheiten*	(16)	+
Patente nach physischen Einheiten*		
→ gedruckte Materialien nach Einzelstücken	(18)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(20)	
Normen nach physischen Einheiten*	(22)	
Handschriften nach Einzelstücken*	(24)	
Tonträger nach Einzelstücken* 4 Schallplatten, 62 Kassetten, 58 CD	(28)	1116
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten* Dias 9 Arbeitstransparente 17	(28)	26
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* 15	(30)	15
Sonstiges nach physischen Einheiten		
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken* 174 Mikrofiches, Microfilm	(32)	174
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* Bildtafeln 147	(34)	147

Summe: 10.101 = (42)

Beachten Sie bitte die Erläuterungen!

PFLICHTSTELLE 3

1995

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*	
Kauf	36		38		
Tausch	37		39		
Pflicht*	38		40		
Geschenke	41				
Summe* (39) +	42	1011911		2251914	43
darunter aus Fremdmitteln*	44		45		
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*	46		47		
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	48		49		
darunter Reihenwerke und Fortsetzungen	50	5718	51		

(35)-(51) In den Spalten "Zugang insgesamt" und "Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (7)-(34).

(39) + (40) Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben.
Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!

(42) Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte "Zugang" (8) - (34).

(43) Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (56) abzüglich (57).

(44) + (45) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (61) enthalten sein.

(46) + (47) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

(48) + (49) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch *Zeitschriften*, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.

JBS

PFLICHTSTELLE 1

Anhang 15

1996

Bestand und Zugang nach Materialien:		Zugang im Berichtsjahr
		+ Berichtigungen + 11
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	(8)	9923
		10041
Dissertationen nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden	(10)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(12)	
Karten und Pläne nach Blättern*	(14)	1289
Noten nach physischen Einheiten*	(16)	+
Patente nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Einzelstücken	(18)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(20)	
Normen nach physischen Einheiten*	(22)	
Handschriften nach Einzelstücken*	(24)	
...träger nach Einzelstücken* Schallplatten, Kassetten, CD 64 138	(26)	202
...as und Arbeitstransparente nach Ausleih-...einheiten* Dias 80 Arbeitstransparente	(28)	80
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* 18	(30)	18
Sonstiges nach physischen Einheiten → Mikromaterialien nach Einzelstücken* Mikrofilme, Mikrofiches 412	(32)	412
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* Disketten 130	(34)	130
CD-ROM		
Summe:		12.172 = (42)

Beachten Sie bitte die Erläuterungen!

PFLICHTSTELLE 3

1996

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*
Kauf	(35)		(36)	
Tausch	(37)		(38)	
Pflicht*	(39)	1217 2	(40)	2633
Geschenke	(41)			
Summe*	(39) + (42)	1217 2	(43)	2633
darunter aus Fremdmitteln*	(44)		(45)	
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*	(46)		(47)	
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	(48)		(49)	
darunter Reihenwerke und Fortsetzungen	(50)	545	(51)	

(35)-(51) In den Spalten "Zugang insgesamt" und "Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (7)-(34).

(39) + (40) Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben. **Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!**

(42) Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte "Zugang" (8) - (34).

(43) Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (56) abzüglich (57).

(44) + (45) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (61) enthalten sein.

(46) + (47) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

(48) + (49) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch *Zeitschriften*, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.

DBS

Fachstelle

Anhang 15

1997

Bestand und Zugang nach Materialien:		Zugang im Berichtsjahr
		10316 + Zeitun-
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	(8)	10415 ◀ 9
Dissertationen nach physischen Einheiten*	(10)	
→ gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden		
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(12)	◀
Karten und Pläne nach Blättern*	(14)	941
Noten nach physischen Einheiten*	(16)	625 ◀
Patente nach physischen Einheiten*	(18)	
→ gedruckte Materialien nach Einzelstücken		
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(20)	◀
Normen nach physischen Einheiten*	(22)	
Handschriften nach Einzelstücken* ~~44~~ 63	(24)	◀
Tonträger nach Einzelstücken* Kassetten, CD	(26)	107
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten* Diss 1 Arbeitstransparente 9	(28)	10 ◀
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* 35	(30)	35
Sonstiges nach physischen Einheiten 467	(32)	467 ◀
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken* Microfiches, Microfilm		
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* Disketten 65	(34)	321

CD-ROM 256

Summe: 12.921 = (4.

Beachten Sie bitte die Erläuterungen!

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*	
Kauf	(35)		(36)		
Tausch	(37)		(38)		
Pflicht*	(39)		(40)	2930,40	
Geschenke	(41)				
Summe*	(42) = (39)	12921	(43)	2930,40	
darunter aus Fremdmitteln*	(44)		(45)		
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*	(46)		(47)		
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	(48)		(49)		
darunter Reihenwerke und Fortsetzungen	(50)	480	(51)		

(35)-(51) **In den Spalten "Zugang insgesamt" und "Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (7)-(34).**

(39) + (40) **Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben.**
Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!

(42) **Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte "Zugang" (8) - (34).**

(43) **Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (56) abzüglich (57).**

(44) + (45) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (61) enthalten sein.

(46) + (47) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

(48) + (49) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch *Zeitschriften*, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.

/

DBS
Berichtsjahr 1998

Pflichtstelle 1

Anhang 15

Bestand und Zugang nach Materialien:		Zugang im Berichtsjahr
		10.056 + Zeitungen
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	⑧	10160
Dissertationen nach physischen Einheiten*		
→ gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden		
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken		
Karten und Pläne nach Blättern*	⑭	213 ✓
Noten nach physischen Einheiten*	⑯	403 ✓
Patente nach physischen Einheiten*		
→ gedruckte Materialien nach Einzelstücken		
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken		
Normen nach physischen Einheiten*		
Handschriften nach Einzelstücken*		
Tonträger nach Einzelstücken* 22 Kassetten, 74 CDs	㉖	96
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten* Dias 5 Arbeitstransparente 47	㉘	52 ✓
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* 21	㉚	21
Sonstiges nach physischen Einheiten		
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken* Microfiches, Microfilm	㉜	+
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* Disketten 40 CD-ROMs 303	㉞	343
Summe:		11.288 = (

Beachten Sie bitte die Erläuterungen!

DBS
Berichtsjahr 1998

Pflichtstelle 3

Anhang 15

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*
Kauf				
Tausch				
Pflicht*	(39)	11288	(40)	2918,81
Geschenke				
Summe*	(39) =	(42) 11288	(43)	2918,81 DM
darunter aus Fremdmitteln*				
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*				
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	(48)		(49)	
darunter Reihenwerke und Fortsetzungen	(50)	439	(51)	

(35)-(51) In den Spalten "Zugang insgesamt" und "Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (7)-(34).

(39) + (40) Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben.
Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!

(42) Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte "Zugang" (8) - (34).

(43) Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (56) abzüglich (57).

(44) + (45) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (61) enthalten sein.

(46) + (47) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

(48) + (49) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch *Zeitschriften*, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.

Anhang 15

Statistik — Monographienerwerbung

Pflicht

Berichtsjahr 1999

Bestand, Zugang und Abgang nach Materialien im Berichtsjahr:		Zugang
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden*	(10)	7732
Dissertationen nach physischen Einheiten* → gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden	(13)	./.
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(16)	./.
Karten und Pläne nach Blättern*	(19)	259
Noten nach physischen Einheiten*	(22)	45
Patente nach physischen Einheiten → gedruckte Materialien nach Einzelstücken	(25)	./.
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(28)	./.
Normen nach physischen Einheiten*	(31)	./.
Handschriften nach Einzelstücken*	(34)	./.
Tonträger nach Einzelstücken* (151 Kassetten, 148 Schallplatten, 1 CD, 1 Schallplatte)	(37)	301
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten* (8)	(40)	9
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten* (36)	(43)	36
Sonstiges nach physischen Einheiten → Mikromaterialien nach Einzelstücken	(46)	1
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* (Diskette 28, CD-ROM 161)	(49)	189

1 Mikrofiche, 1 Mikrofilm

SUMME Zugang = DBS 58: 8.572

zum Titelblatt.

Statistik Berichtsjahr 1999

Zeitschriftenerwerbung

Anhang 15

Bitte zählen Sie in der folgenden Tabelle unter Abgang die Medien, die zum vorübergehenden Gebrauch eingearbeitet werden.

Bestand, Zugang und Abgang nach Materialien im Berichtsjahr:		Zugang		Abgang*
Bücher, Zeitschriften und Zeitungen nach Buchbinderbänden* (2156 / 101)	(10)	2257	(11)	
Dissertationen nach physischen Einheiten*				
→ gedruckte Materialien nach Buchbinderbänden	(13)		(14)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(16)		(17)	
Karten und Pläne nach Blättern*	(19)	5	(20)	
Noten nach physischen Einheiten*	(22)		(23)	
Patente nach physischen Einheiten				
→ gedruckte Materialien nach Einzelstücken	(25)		(26)	
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(28)		(29)	
Normen nach physischen Einheiten*	(31)		(32)	
Handschriften nach Einzelstücken*	(34)		(35)	
Tonträger nach Einzelstücken*	(37)		(38)	
Dias und Arbeitstransparente nach Ausleiheinheiten*	(40)		(41)	
Filme und Videomaterialien nach physischen Einheiten*	(43)		(44)	
Sonstiges nach physischen Einheiten (Tonträger-Anfänger: 16)				
→ Mikromaterialien nach Einzelstücken	(46)	723 (11)	(47)	
→ Sonstige Materialien nach physischen Einheiten* (11 Bibliothek + 81 CD-ROM)	(49)	92	(50)	

SUMME Zugang = DBS 58: 3.077

Statistik Zeitschriftenerwerbung

Berichtsjahr 1999 Seite 3

Zugang und Ausgaben im Berichtsjahr nach Art der Erwerbung:		Zugang nach physischen Einheiten insgesamt*		Ausgaben insgesamt (ohne Einband)*
Kauf	(51)		(52)	
Tausch	(53)		(54)	
Pflicht*	(55)	3077	(56)	2006,60
Geschenke*	(57)			
Summe*	(58)	3077	(59)	2006,60
darunter aus Fremdmitteln*	(60)		(61)	
darunter ausländische Bibliotheksmaterialien*	(62)		(63)	
darunter Lücken- oder Rückergänzung*	(64)		(65)	
darunter Reihenwerke oder Fortsetzungen	(66)		(67)	

03.1/(51)-(67) **In den Spalten „Zugang insgesamt" und „Ausgaben insgesamt" sind sämtliche Bibliotheksmaterialien zu berücksichtigen. Zählung in der ersten Spalte nach physischen Einheiten gemäß (9)-(50).**

03.1/(55)+(56) Hier sind nur Zugänge aufgrund der staatlichen Bestimmungen über die Abgabe von Pflichtexemplaren (einschließlich Pflichtkauf) bzw. Amtsdrucksachen anzugeben. **Dissertationen der eigenen Hochschule sowie andere Belegexemplare werden hier nicht mitgezählt!**

03.1/(57) Hierzu zählen auch diejenigen Bibliotheksmaterialien, die von Bibliotheken des eigenen Systems an die Hauptbibliothek abgegeben worden sind, sofern die abgebende Bibliothek nicht in der Angabe zu Frage Nr (1) enthalten ist.

03.1/(58) **Hier muß die Angabe identisch sein mit der Summe der Werte zur Spalte „Zugang" (10)-(50).**

03.1/(59) **Hier muß die Angabe identisch sein mit dem Wert zu (78) abzüglich (80).**

03.1/(60)+(61) Landes-, Bundes-, DFG-Zuschüsse oder sonstige Zuwendungen, die nicht vom eigentlichen Träger der Bibliothek stammen. Die Angabe muß in (87) enthalten sein.

03.1/(62)+(63) Als ausländische Bibliotheksmaterialien gelten alle Veröffentlichungen, deren Erscheinungsorte außerhalb der jeweiligen Grenzen des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin liegen, bzw. im Zeitpunkt des Erscheinens lagen. Die Sprache, in der die betreffende Veröffentlichung geschrieben ist, spielt hier keine Rolle. Ausschlaggebend für die Einordnung ist der erstgenannte Verlagsort und die Zugehörigkeit zum Zeitpunkt des Erscheinens.

03.1/(64)+(65) Hierunter fallen einerseits Reprints, andererseits Werke, die mindestens 5 Jahre nach ihrem Erscheinungstermin zugehen. Hierzu gehören auch ***Zeitschriften***, die als Reprint oder mindestens 5 Jahre nach Erscheinen zugehen.